

Diplomarbeit

»Immer wieder hoch die Fahne!«

zu Hans Haackes Werk »Die Fahne hoch!«

verfasst von

Robert Fröhlich

angestrebter akademischer Grad

Magister der Künste (Mag.art.)

vorgelegt am

Institut für Kunstwissenschaften, Kunstpädagogik und Kunstvermittlung
der
Universität für angewandte Kunst Wien

bei

em. Prof. Dr. phil. Daniela Hammer-Tugendhat

Wien, im Juli 2014

Ich erkläre hiermit an Eides statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht.

Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Inhaltsverzeichnis

NACHSPIEL

Forschungslage	7
Warum schreibe ich?	9
Kurzbiografie Hans Haacke	11
Die Auftraggeber	12
»ArgusAuge«, München Königsplatz, 1991	13
»Die Fahne hoch!«, Hans Haacke, Königsplatz München, 1991	13
Zur Kritik	14
Zur fehlenden Kritik	15
Von Kunst sprechen	17

ZUM APPELL

Ein SS-Totenkopf	19
Ein Totenkopf?	23
Die Propyläen zu München	25
Griechischer Unabhängigkeitskampf, griechische Monarchie & Philhellenismus	26
Königsplatz - Königlicher Platz - Ein Deutscher Heldenplatz	28
Die Anrufung der 'unsterblichen Blutzeugen' – Zum Appell	30
Frakturschrift und die 'Schwabacher Judenlettern'	32
Zwei weitere Anmerkungen zur Schrift	34
Schwarze Fahnen	35

DEUTSCHE INDUSTRIE I

SS & Industrie – Zur Genealogie einer Beziehung

Die »Industrielleneingabe«	37
Das Geheimtreffen vom 20. Februar 1933	38
Zur Historiker-Kontroverse	40
Die »Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft«	41
Der »Freundeskreis Reichsführer SS Heinrich Himmler« – Die Schutzstaffel der Industrie	42
Anhang	44
Friedrich Flick auf dem Weg zum Bundesverdienstkreuz	47
Die Freilassung der industriellen Kriegsverbrecher	48
Thyssen, Krupp & das Erbe der Kriegswirtschaft	50

DEUTSCHE INDUSTRIE II

Zur Kontinuität der Herrschaftsakte

Der Herrschaftsakt Rüstung	54
Truman Doktrin & Marshallplan	58
Die Währungsreform vom 20. Juni 1948	59
Wirtschaftswunder, Koreakrise, Koreaboost	61
Die Wiederbewaffnungsdiskussion	62
Im Geltungsbereich der NATO	64
Anhang	65

IM IRAK

Der Staat als Waffenhändler	67
Der Staat als Kriegspartei	69
Hussein als Hitlers Wiedergänger	72
Being framed – Haackes SS-Totenkopf als pars pro toto des Bösen?	74
Senator Helms Liste	76
Deutsche Industrie desavouiert die Friedensbewegung	79
Listen und Gegenlisten	80
»Die Fahne hoch!« – was ist ein Titel?	81

VORSPIEL

Karriere und andere Vergleiche	84
»Art Workers Coalition«, Museum of Modern Art & Vietnam War	85
»And babies.«	86
»Information« - The Museum of Modern Art, New York, 1970	87
Text als Werkzeug	89
Vorbilder?	91
Vergleich und Resümee	92
Kunst im öffentlichen Raum – Kunst für Öffentlichkeit	93
Was ist das Kunstwerk (für mich)?	94
Literaturverzeichnis	97
Abbildungsverzeichnis	99



Abb. 1: Hans Haacke, »Die Fahne hoch!«, München Königsplatz 1991

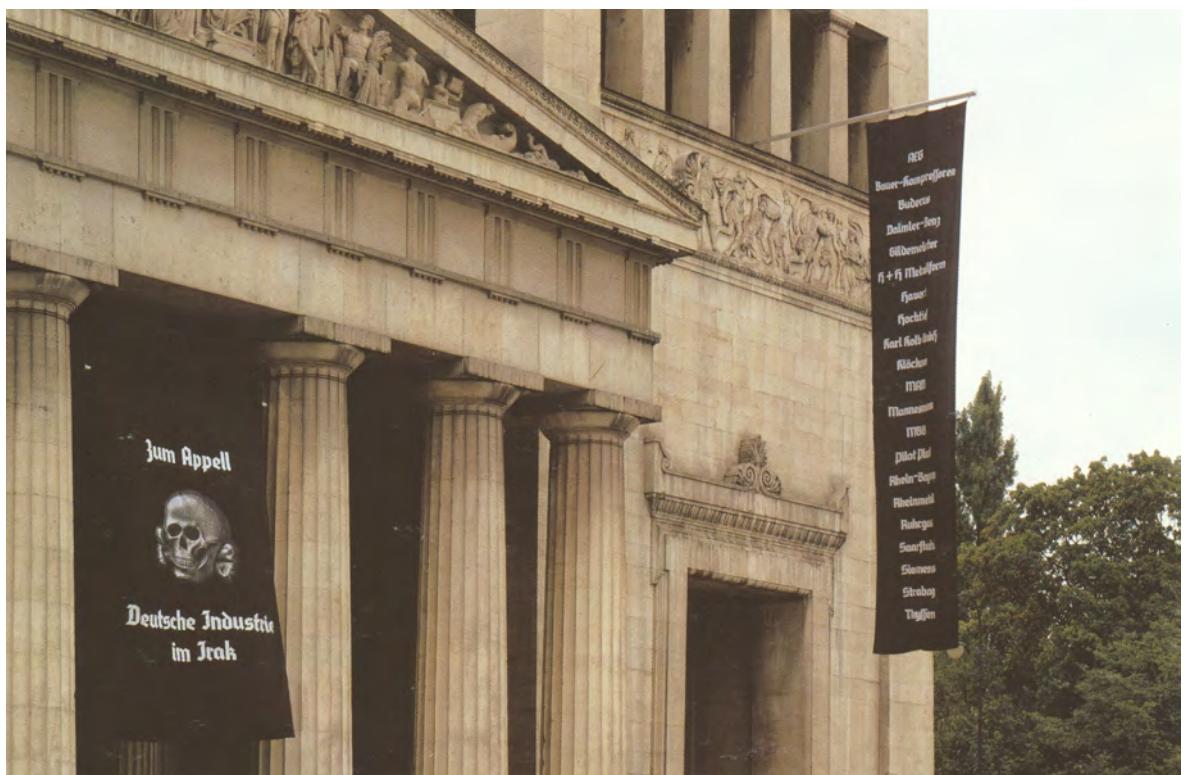


Abb. 2: Hans Haacke, »Die Fahne hoch!«, München Königsplatz 1991, Detailansicht

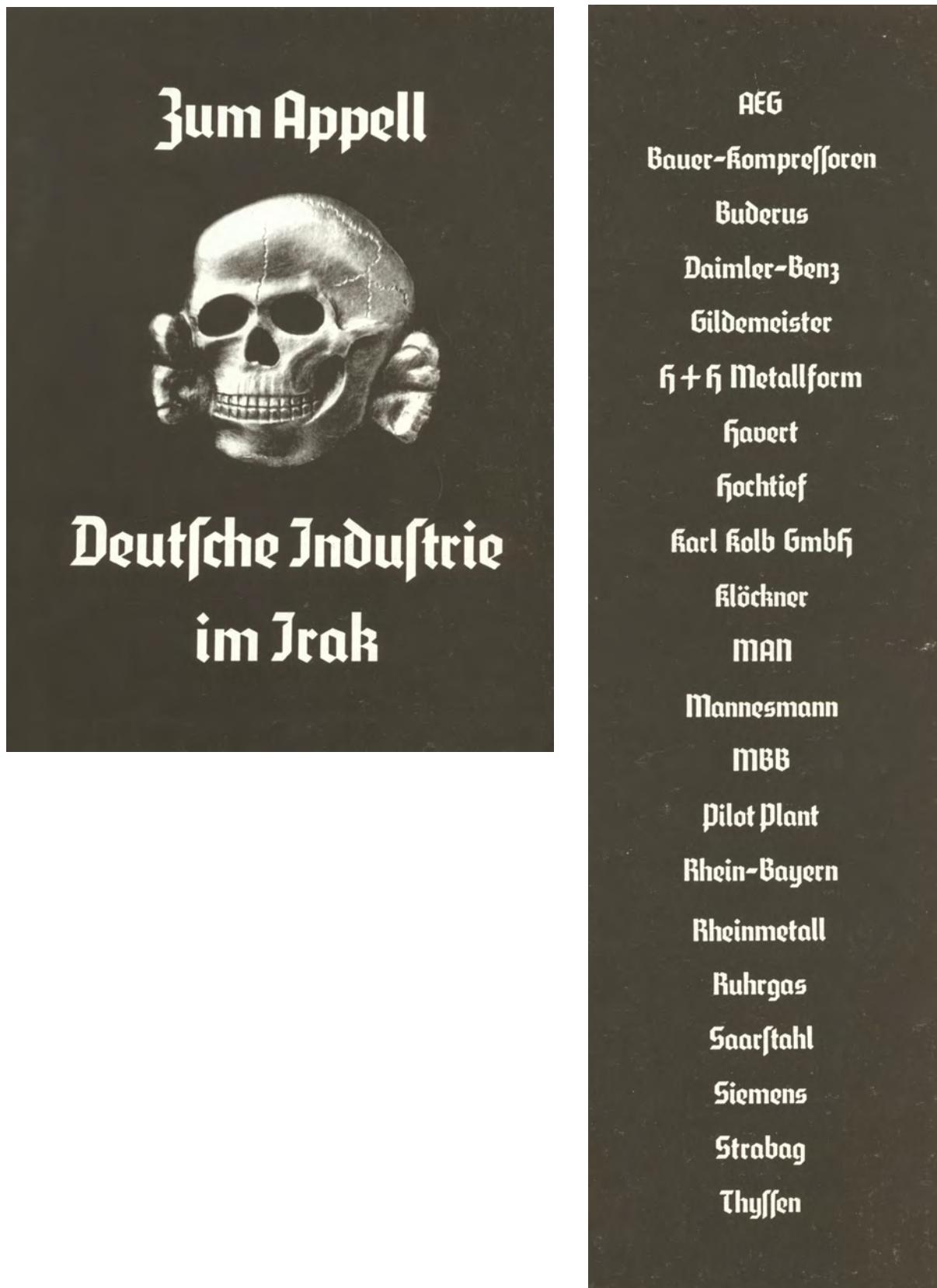


Abb. 3: Hans Haacke, »Die Fahne hoch!«,
München Königsplatz 1991, Fahne Mitte

Abb. 4: Hans Haacke, »Die Fahne hoch!«,
Fahne links und rechts

NACHSPIEL

„Die Dampfmaschine, die Druckerpresse und die staatlichen Schulen, die drei wichtigsten Errungenschaften der industriellen Revolution, haben den Königen die Macht entrissen und sie dem Volk gegeben. Dabei hat das Volk genau das Maß an Macht gewonnen, das die Könige verloren. Denn wirtschaftliche Macht hat die Tendenz, politische Macht nach sich zu ziehen, und die Geschichte der industriellen Revolution zeigt, wie diese Macht von den Königen und dem Adel zuerst auf das Bürgertum übergegangen ist. Das allgemeine Wahlrecht und Schulbildung für alle haben diese Entwicklung noch verstärkt, und am Ende fürchtete sich die Bourgeoisie sogar vor dem einfachen Mann. Es schien als würde nun die Masse die Macht übernehmen.“

Mittlerweile hat allerdings eine Gegenreaktion eingesetzt. Die herrschende Minderheit hat ein mächtiges Instrument entdeckt, mit dem sie die Mehrheit beeinflussen kann. Die Meinung der Massen ist offensichtlich formbar, sodass ihre neu gewonnene Kraft in die gewünschte Richtung gelenkt werden kann. Unsere heutige Gesellschaftsstruktur würde ohne diese Praxis nicht funktionieren. Wann immer etwas von allgemeiner Bedeutung unternommen werden soll, sei es in den Bereichen Politik, Finanzen, Industrie, Landwirtschaft, Wohltätigkeit, Bildung oder anderen Gebieten, dient Propaganda den unsichtbaren Herrschern als Mittel zur Durchsetzung.

Die Alphabetisierung sollte den gemeinen Bürger dazu befähigen, seine Angelegenheiten selbst zu regeln. Durch Lesen und Schreiben sollte sich auch sein Geist so entwickeln, dass er zum Regieren fähig wäre. Aber statt den Geist zu beflügeln, hat ihn die Alphabetisierung dem Einfluss von Prägungen ausgesetzt: Druckerzeugnissen voller Werbeslogans, Leitartikel, wissenschaftlicher Erkenntnisse, den Trivialitäten der Boulevardpresse zusammen mit tradierten Denkmustern. Zum eigenständigen Denken kommt es dabei eher selten.“¹

1 Edward Bernays, „Propaganda – Die Kunst der Public Relations“, erstmals 1928, hier zitiert nach der deutschen Ausgabe bei Orange Press, Kempten 2007, S.27

„Es ist teuer, die gesellschaftliche Maschine zu manipulieren. Deshalb liegt die unsichtbare Herrschaft und Kontrolle der Meinungen und Gewohnheiten der Massen tendenziell in der Hand von nur wenigen Menschen.“²

² Edward Bernays, S.40

Forschungslage

Der Katalog der Deutschen Nationalbibliothek liefert bei der Suche nach Hans Haacke eine Hochschulschrift mit dem Titel „*Rationalität und Innerlichkeit : Strategien des Umgangs mit der gesellschaftlichen Realität im Werk von Hans Haacke, K. H. Hödicke, Matt Mullican und Werner Tübke*“ von Berthold Naumann aus. Aus dieser Dissertation von 1997 liegt mir lediglich das Inhaltsverzeichnis vor. Die Arbeit »Die Fahne hoch!« von Hans Haacke dürfte dort, soweit das aus dem Inhaltsverzeichnis zu schließen ist, nicht näher behandelt werden. Im Kapitel „Haacke und Hödicke“ ist ein Punkt „Arbeiten zum Golfkrieg“, für die das Inhaltsverzeichnis den Umfang von einer Seite ausweist.

Die Arbeit „*Art into Society – Society into Art*“ von Gabriele Hoffmann wird vom kunstgeschichtlichen Institut der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg unter den abgeschlossenen Dissertationen bei Prof. Janhsen gelistet, erscheint im Onlinekatalog der Deutschen Nationalbibliothek aber nicht unter den Hochschulschriften. Mir liegt das Werk als Buch, erschienen bei VDG (Verlag und Datenbank für Geisteswissenschaften), Weimar 2011 vor. Gabriele Hoffmann schreibt in ihrem Vorwort: „*Mein besonderes Interesse am Werk von Hans Haacke betrifft dessen Gesellschaftsbezug an den Schnittstellen von Kunst, Politik und Wirtschaft.*“ Es ist daher einigermaßen verwunderlich, dass sie der Arbeit »Die Fahne hoch!« kaum eineinhalb Seiten widmet. Ihr offenkundiges Desinteresse gipfelt in einer äußerst verknappten Beurteilung: „*Von den Betrachtern, die mit der Installation auf dem Münchener Königsplatz 1991 konfrontiert wurden, konnten vermutlich nicht alle die drei schwarzen Banner in ihrer symbolischen Bedeutung verstehen. Etwas zu kurz geschlossen erscheint mir hier denn auch die räumliche und zeitliche Kontextualisierung von SS-Symbol und der Liste deutscher Firmen, die am »Aufbau des irakischen Waffenarsenals mitgewirkt [haben und] auch bei Saddam Husseins Programm zur Herstellung chemischer und atomarer Waffen«.*“³ „*Für Hans Haacke kam 1991 in München wohl nur eine Installation in Frage, welche die Systemverflechtungen von Politik, Wirtschaft und Kultur der Gegenwart mit der Erinnerung an eben diese Verflechtung während der Nazidiktatur verbindet.*“⁴

Dass Hoffmann hier etwas für „zu kurz geschlossen“ hält und bestenfalls durch „Erinnerung“ an damals in Verbindung mit dem Heute sieht, ist nach meiner Beurteilung symptomatisch für unseren

3 Gabriele Hoffmann, „*Art into Society – Society into Art*“, Verlag und Datenbank für Geisteswissenschaften, Weimar 2011, S.115

4 ebenda, S.116

**Umgang mit der Geschichte von Herrschaft, Unterdrückung und Ausbeutung: Die Weigerung
sehen zu wollen, dass Kontinuität besteht!**

Warum schreibe ich?

Sowohl meine Mutter, als auch mein Vater gehören zu jener großen Gruppe von Menschen, die für ihren Lebensunterhalt gearbeitet haben. Beiden war die Arbeit nicht in erster Linie Quell der Freude und Erbauung sondern mehr tägliche Notwendigkeit zur Existenzsicherung. Meine alleinerziehende Mutter fand dennoch Zeit, mich früh in Ausstellungen, Museen, zu Konzerten und in die Oper mitzunehmen.

Manchmal sah ich Bilder, die für mich bestenfalls schön bunt waren. Aus den bedächtigen Bewegungen und der stillen Kontemplation der Ausstellungsbesucher vor den Werken schloss ich aber, dass diese mit dem Öl auf der Leinwand eine Verbindung eingingen, die sie tatsächlich innerlich berührte.

Bildender Künstler zu sein, schien mir bald die erstrebenswerteste Form der Arbeit, da dies in meiner Phantasie das höchste Maß an Selbstbestimmung mit sich brachte. Die zu erfüllende Aufgabe, so meinte ich, wäre den Menschen, die im Austausch mit meinen Werken meinen Lebensunterhalt finanzieren würden, etwas zu geben, das sie fasziniert. Ein faires Geschäft, wie ich dachte. Oh Kind!

Mit 18 Jahren bewarb ich mich an den beiden Wiener Kunsthochschulen, doch ein Platz im 'Bildungs-Establishment' war für mich vorerst nicht vorgesehen. Die Bewusstseinsindustrie wollte ich dennoch studieren, und die Arbeit in Werbeagenturen in Österreich, Deutschland und der Schweiz hat mich über die Machtverhältnisse und Einflussmöglichkeiten mehr gelehrt, als ich mir für ein geruhsames Leben an Wissen erhofft hatte.

Ich habe gelernt mich zu artikulieren und zu präsentieren, und zehn Jahr später hat es geklappt mit der Aufnahmeprüfung. Wunderbaren Menschen bin ich dadurch begegnet. Die Kritik bleibt dennoch. Mit 18 Jahren hatte ich genauso viel Talent zum Künstler wie mit 28. Talent gilt als feststellbare Voraussetzung, nicht aber der eigene Wille. Die künstliche Verknappung innerhalb des Systems muss erhalten bleiben, damit der Markt nicht überschwemmt wird. Wo kämen wir denn hin, wenn jeder ein Künstler, jede eine Künstlerin werden könnte?

Das Primat von Politik und Wirtschaft bestimmt, wieviele Ressourcen für Bildung zur Verfügung

stehen, und nicht die Nachfrage der Kinder, die ihren Interessen, ihren eigenen Fragestellungen nachgehen wollen. Die Moral der Herrschenden lässt es zu, dass Wissen und Können nur in streng dosierten Mengen weitergegeben werden, während auf dem 'freien' Markt, von Lebensgrundlagen bis Waffen, alles nach Angebot und Nachfrage mit maximalem Profit gehandelt wird.

Hans Haacke ist in das System Kunst eingedrungen und hat dort immer wieder Dinge platziert, die zu der Frage führten, ob das angemessen sei. An diesen Punkt zu gelangen, die Türen zu finden, um in einem sensibel reagierenden Umfeld kritisch agieren zu können, ist für mein Dafürhalten die eigentliche, große, künstlerische Leistung. In diesem Punkt bin ich fasziniert von Haackes Können und seinem Willen, sich öffentlich zu betätigen, und nicht „*kampflos das Feld zu räumen*“. „*Wenn man sich nicht an der öffentlichen Debatte beteiligt, auch auf offiziellen Foren wie der Biennale, dann räumt man sozusagen kampflos das Feld und überlässt es anderen. Wenn einem das Ergebnis dann nicht paßt, darf man sich nicht beklagen. Ein Vakuum symbolischer Macht gibt es nie.*“⁵ Die Frage, warum ich es für angemessen halte, der herrschenden Moral nach unangemessene Fragen zu stellen, würde der Soziologe Pierre Bourdieu wohl mit Verweis auf meinen Habitus beantworten. Wo komme ich her, was habe ich erfahren, was hat mich geprägt, was gedenke ich daher zu erreichen?

Anhand eines Werks wie »Die Fahne hoch!« von Hans Haacke ist es möglich, weiterführende Fragen im Hinblick auf eine größere Gruppe von Menschen, eine Gesellschaft, zu stellen. Wie kommt es, dass die Bundesrepublik Deutschland drei Generationen nach den unvorstellbarsten Verbrechen der drittgrößte Waffenexporteur des Planeten ist? Wie kommt es, dass die fünf ständigen Mitglieder im UN-Sicherheitsrat, Frankreich, Russland, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten und Volksrepublik China die fünf größten Waffenexporteure weltweit (mit Ausnahme von Deutschland als nicht ständiges Mitglied) sind? Und wie kommt es, dass wir anscheinend immer noch glauben, es sei nötig, weltweit jährlich rund 1750 Milliarden US-Dollar in Waffensysteme zu investieren, während weltweit Menschen größten Mangel leiden?⁶

Wenn leider Krieg ist, und wir begehren nicht schuld daran zu sein, werden wir all unsere Waffen niederlegen müssen.

5 Hans Haacke in: »Texte zur Kunst«, Dezember 1992, 2. Jahrgang Nr. 8, S. 62

6 Sam Perlo-Freeman, Carina Solmirano, SIPRI Fact Sheet, „Trends in World Military Expenditure, 2013“, Solna, Sweden, April 2014, (<http://books.sipri.org/files/FS/SIPRIFS1404.pdf>)

Kurzbiografie Hans Haacke

Hans Haacke wurde 1936 in Köln geboren, hat in Kassel Kunst für das Lehramt studiert und lebt seit 1967 in New York City. Nach eigener Aussage war ihm bald klar, dass er nicht darauf angewiesen sein wollte, sein Auslangen mit dem Verkauf von Kunst zu finden. Er hatte ab 1967 eine Anstellung an der Cooper Union for the Advancement of Science and Art in New York City. 1993 bekam er zusammen mit Nam June Paik den Goldenen Löwen der Venediger Biennale und 1998 die Ehrendoktorwürde der Bauhaus-Universität Weimar.

„Als Kunststudent in Kassel, unter anderem Aufgrund meiner Beobachtungen hinter den Kulissen der documenta 1959, hatte ich mir vorgenommen, nie vom Verkauf meiner Arbeiten abhängig sein zu wollen. Deshalb habe ich meine Brötchen immer primär durchs Unterrichten verdient, seit 1967 an der Cooper Union, einer Kunsthochschule in New York. Das tue ich auch heute noch. Seit 1975 habe ich Tenure, was in etwa einem unkündbaren Beamtenstatus entspricht. Diese, wenn auch beschränkte, finanzielle Basis verschafft mir ein erhebliches Maß an Unabhängigkeit. Ohne die hätte ich oft den Schwanz einziehen müssen.“⁷

Hans Haacke 1997

⁷ Hans Haacke, „Standortkultur, Das Politische und die Kunst“, Herausgegeben von der Fakultät Gestaltung der Bauhaus-Universität Weimar anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde an Hans Haacke, Verlag Bauhaus-Universität Weimar 1998, S.73

Die Auftraggeber

Hans Haackes Werk »Die Fahne hoch!« entstand im Rahmen eines größeren Ausstellungsprojekts, bei dem der Ausstellungsort, der Münchener Königsplatz, den Ausgangspunkt der Überlegungen bildete. 1988 entfernte man die von den Nationalsozialisten verlegten Granitplatten vom Münchener Königsplatz, und ein neuer Rasen wurde angelegt. Im November 1990 hat der Münchener Stadtrat entschlossen, die »Städtische Galerie im Lenbachhaus« „mit der Durchführung eines Pilotprojekts“ für „zukünftige, turnusmäßige Großveranstaltungen“ zu beauftragen.⁸ Aus Zeitmangel kooperierte man mit einem bereits laufenden Ausstellungsvorhaben, dem »ISARprojekt 1991: Fotografie«. Daher hatte die Gruppenausstellung »ArgusAuge« auf dem Münchener Königsplatz der Idee nach einen Fotografieschwerpunkt.

Für die Konzeption der Ausstellung am Königsplatz beauftragte Helmut Friedel, der Direktor der Städtischen Galerie Lenbachhaus von 1990–2013, Werner Fenz. Ausschlaggebend dafür war nach Aussage von Friedel das Ausstellungsprojekt »Bezugspunkte 38/88« in Graz 1988, das ebenfalls von Fenz kuratiert wurde, und für Friedel eine Garantie war, dass „nicht irgendwelche Artefakte ausgestellt“ würden, sondern dass „die unmittelbare Auseinandersetzung der Künstler mit diesem Ort ein der Situation angemessenes, wenn auch offenes Ergebnis zeitigen konnte“.⁹ Werner Fenz hatte mit Hans Haacke bereits 1988 in Graz zusammengearbeitet, Titel der dort gezeigten Arbeit Haackes war »Und ihr habt doch gesiegt«. Friedel studierte Kunstgeschichte und Klassische Archäologie in München und Florenz, Fenz Kunstgeschichte, Germanistik und Archäologie in Graz und Wien.

⁸ Helmut Friedel in: „ArgusAuge“, Herausgeber Werner Fenz, Copyright bei den Autoren und Städtische Galerie im Lenbachhaus München, Weber Offset, München 1991, S.5

⁹ ebenda

»ArgusAuge«, München Königsplatz, 13. September – 10. Oktober 1991

Werner Fenz hat für die temporäre, künstlerische Gestaltung auf dem Königsplatz, die unter dem Titel »ArgusAuge« der Öffentlichkeit präsentiert wurde, vier Künstler_innen und zwei Künstlerpaare eingeladen (sechs Werke von insgesamt acht Personen). Im Ausstellungskatalog zu »ArgusAuge« schreibt Fenz: „*Die Imagination und die ästhetisch-geistige Intervention sollten nicht abgepackt als vorgefertigte Qualitäten in den Ateliers der Künstler lagern, sondern das Resultat geistiger Kapazitäten sein, die aus einem ganz speziellen Kontext heraus freigesetzt werden.*“¹⁰

Für die von anderen Künstler_innen im Rahmen dieser Ausstellung realisierten Arbeiten verweise ich ausdrücklich auf den Ausstellungskatalog. Notwendig zu besprechende Wechselwirkungen mit der Arbeit Hans Haackes kann ich aus der heutigen Perspektive nicht ausmachen.

»Die Fahne hoch!«, Hans Haacke, Königsplatz München, 1991

Der Ausstellungskatalog von »ArgusAuge« verzichtet mit der dezidierten Absage an vorgefertigte, handelbare Atelierware konsequenter Weise auf die sonst übliche Auszeichnung der räumlichen Dimensionen des Werks. In seinem Dialogbuch mit Pierre Bourdieu (*Libre-Échange*, 1994 erstmals im französischen Original) liefert Hans Haacke diese Informationen nach. Dort ist das Werk wie folgt beschrieben:

„*Temporäre Installation im öffentlichen Raum. Zwei Fahnen, je 1100 x 250 cm; eine Fahne mit Fotosiebdruck, 550 x 350 cm; Architektonischer Kontext. Der Titel ist der Beginn des Horst-Wessel-Liedes. Gruppenausstellung »ArgusAuge«, September 1991, Königsplatz München. Organisiert durch Gastkurator Werner Fenz für die Städtische Galerie im Lenbachhaus, München.*“¹¹

Die mittlere Fahne trägt oben den Schriftzug „Zum Appell“, dann einen Fotosiebdruck der silbergrauen SS-Totenkopf-Mützenkorkade, darunter „Deutsche Industrie im Irak“.

Die beiden 11 Meter langen Fahnen nennen in alphabetischer Reihenfolge von oben nach unten

10 Werner Fenz in: „ArgusAuge“, Herausgeber Werner Fenz, Copyright bei den Autoren und Städtische Galerie im Lenbachhaus München, Weber Offset München 1991, S.9

11 Pierre Bourdieu & Hans Haacke, „Freier Austausch – Für die Unabhängigkeit der Phantasie und des Denkens“, S. Fischer Verlag GmbH. Frankfurt am Main, 1995, S.30.

die Namen von 21 Industrieunternehmen:

AEG, Bauer-Kompressoren, Buderus, Daimler-Benz, Gildemeister, H + H Metallform, Havert, Hochtief, Karl Kolb GmbH, Klöckner, MAN, Mannesmann, MBB, Pilot Plant, Rhein-Bayern, Rheinmetall, Ruhrgas, Saarstahl, Siemens, Strabag, Thyssen.

Alle Schriftelemente sind weiß in Frakturschrift gesetzt, die Fahnen sind schwarz.

Zur Kritik

Wegen der Nennung des Namens »Ruhrgas« hat die Ruhrgas AG eine einstweilige Verfügung gegen die Stadt München erwirkt, woraufhin die Fahnen einen Tag vor Ende der Ausstellung abgenommen werden, und dem Ausstellungskatalog später folgender Text hinzugefügt werden musste:

„Das Kulturreferat der Landeshauptstadt München und die Städtische Galerie im Lenbachhaus weisen darauf hin, daß gemäß Einstweiliger Verfügung des Landesgerichts München I vom 8.10.1991 der Name »Ruhrgas« in der Installation »Die Fahne hoch...« von Hans Haacke nicht mehr erwähnt werden darf. Das fragliche Geschäft wurde nicht von der Firma »Ruhrgas AG«, sondern von der Firma »LOI Industrieofenanlagen GmbH«, einer mittelbaren Tochter der Firma »Ruhrgas AG« getätigt.“¹²

Hans Haacke nennt in einem Interviewgespräch mit Pierre Bourdieu einen Artikel der Zeitschrift »Der Spiegel« als seine Informationsquelle.¹³ Der einzige Spiegel-Artikel zwischen Ende 1989 und Ende 1991 der die Ruhrgas AG im Zusammenhang mit dem Irak nennt, ist „Unter der Obhut des Diktators – Bundesdeutsche Firmen helfen bei der Aufrüstung des Irak“ (»Der Spiegel« 32/1990). Dort heißt es im Wortlaut: „Die Essener Ruhrgas ist in Tadschi ebenfalls dabei. Ihre Tochterfirma LOI Industrieofenanlagen hat Spezialöfen für Rohre von maximal 15 Metern Länge und Härteanlagen geliefert.“¹⁴ Ob Haacke diese Information versehentlich übersah, oder die Nennung der »Ruhrgas« anstatt ihrer Tochterfirma bewusste Strategie im Kampf um Aufmerksamkeit war, kann nur Gegenstand von Spekulationen sein. Letzteres wäre dem

12 In: „ArgusAuge“, Herausgeber Werner Fenz, Copyright bei den Autoren und Städtische Galerie im Lenbachhaus München, Weber Offset München 1991, S.54

13 Pierre Bourdieu & Hans Haacke, „Freier Austausch – Für die Unabhängigkeit der Phantasie und des Denkens“, S. Fischer Verlag GmbH. Frankfurt am Main, 1995, S.29.

14 In: »Der Spiegel« 32/1990, 6.8.1990, „Unter der Obhut des Diktators – Bundesdeutsche Firmen helfen bei der Aufrüstung des Irak“, (<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13499851.html>)

erfahrenen Öffentlichkeitsarbeiter jedenfalls zuzutrauen.

Das Aufbegehren der Ruhrgas AG blieb das Einzige ihrer Art. (Soll an dieser Stelle das Schweigen von Siemens, Thyssen und Co. als Zustimmung interpretiert werden, oder sollen wir denken, das hofnärrische Gebaren eines Künstlers ist keines Kommentars von Seiten der Konzerne würdig?) Durch die einstweilige Verfügung gegen die Stadt München wurden die Fahnen eingezogen. Als Hans Haacke 2006 eine große Werkschau in Hamburg und Berlin hatte, verklagte er die städtische Galerie im Lenbachhaus und damit den Eigentümer, die Stadt München, da die Fahnen nicht mehr auffindbar waren, um Kostenersatz von 13.500 Euro für die Wiederherstellung. Vor dem Landgericht München I hat Richter Maximilian Laubmeier, Haacke 11.500 Euro zugesprochen, da die Stadt verpflichtet gewesen wäre, das Werk ordnungsgemäß zu lagern. Die 2.000 Euro die Haacke für seinen Arbeitsaufwand angegeben hatte, wurden ihm mangels Belegen nicht erstattet.

Versucht man heute im Internet über Hans Haackes Werk »Die Fahne hoch!« zu recherchieren, ist es vor allem diese Geschichte, zu der man die meisten Beiträge findet.

Zur fehlenden Kritik

Die Ausgabe November/Dezember 1991 der Zeitschrift »Kunstforum International« berichtet unter dem Titel „ArgusAuge“ über die stattgefundene Ausstellung am Münchner Königsplatz, und schreibt über Hans Haackes Arbeit wörtlich:

„Haacke installierte an den Propyläen drei schwarze Fahnen. Eine Totenkopffahne mit der Aufschrift »Zum Appell. Deutsche Industrie im Irak« wird flankiert von zwei Fahnen, die Firmen und Gesellschaften nennen, die im weitesten Sinne Kriegsgeräte an den Irak lieferten. Mit der Anspielung auf Hitlers »Blutzeugenappell« stellt Haacke einen Zusammenhang her zwischen dem Verhalten der Großindustrie zur Zeit des Dritten Reiches und heute. Dies mag durchaus als pauschalisierender altlinker Faschismusvorwurf erscheinen. Die subtileren Dimensionen der Arbeit, Haackes intendierte Anspielung auf den Propyläenfries und das dort qua Blickkontakt hergestellte Einverständnis zwischen Krieger und Kaufmann, werden übertönt. Das häufig gegen die Arbeit gerichtete Argument allerdings, die auf den Fahnen genannten Namen seien längst bekannt, ist als Einwand unberechtigt, solange die Industrie

vergleichbare Geschäfte weiter betreibt.“¹⁵

Es scheint zunächst bemerkenswert, dass der Autor eines renommierten Kunstmagazins von „einer Totenkopffahne“ spricht, handelt es sich doch nicht um irgendeinen Totenkopf, sondern um das Totenkopfemblem der Schutzstaffel der NSDAP, abgekürzt SS. Nach gründlicher Recherche ist es mir jedoch nicht gelungen, einen einzigen Pressebericht über Haackes Arbeit zu finden, der dieses wesentliche Detail auch so benennt.

Dass in Haackes Werk die „subtile Dimension“ darin liege, eine „Anspielung auf den Propyläenfries“ zu machen, ist schlichtweg lächerlich. Für die Besucher_innen der Ausstellung vor Ort war die Bezugnahme auf die Giebelfiguren des 1848 verstorbenen Bildhauers Ludwig von Schwanthaler sicher zweitrangig, zumal der zwischen Krieger und Kaufmann behauptete Blickkontakt in ca. 20 Metern Höhe vom Boden aus ohnehin nur schwer auszumachen ist. Man würde wohl auch nicht ebenso relativierend sagen, die Arbeit sei eine „Anspielung“ auf den gesamten Platz und seine Geschichte. Es handelt sich vielmehr um eine ortsspezifische Arbeit, die sehr pointiert Bezüge herstellt, sowohl zur Geschichte wie zur Gegenwart des Ortes, auf dem das Gebäude mit seinem Giebel ruht, samt der heute und dazumal vor Ort handelnden Personen. Von intendierter aber übertönter Anspielung auf ein einzelnes kunsthistorisches Detail kann keine Rede sein, es sei denn, man möchte grundsätzlich nicht hören, was gesagt wird. Was ein „altlinker pauschalisierender Faschismusvorwurf“ sein soll, weiß ich ebenso wenig, wie ich über die Verbindungen von SS und Industrie vor dem Verfassen dieser Arbeit wenig zu sagen wusste. Diese Bildungslücke zu schließen, ist Teil der Aufgabe, die sich hier stellt.

Darüber hinaus ist zu erwähnen, dass ich keine weiteren, zeitgenössischen Besprechungen der Arbeit finden konnte. Die Pressemeldungen, die auffindbar sind, beschäftigen sich fast ausschließlich mit der Klage um die verschwundenen Fahnen und stammen aus der Zeit nach 2006.

Wenige Wochen nach der Ausstellung »ArgusAuge« wurde bekannt, dass Hans Haacke zusammen mit Nam June Paik nominiert wurde, den deutschen Pavillon bei der Biennale in Venedig 1993 zu bespielen. Nominiert wurde Hans Haacke für Venedig von Klaus Bußmann, ein Kurator und Kunsthistoriker, der 1991 und 1993 für die deutschen Beiträge in Venedig verantwortlich war. Die Bestellung des Kurators sowie die Übernahme der Kosten für die Ausgestaltung des nationalen Pavillons in den Giardini obliegt im Falle Deutschlands dem

15 in: „Kunstforum International“, November/Dezember 1991, Band 116, S.349-350

Auswärtigen Amt. Damit soll festgehalten werden, dass Hans Haacke 1991 längst ein Künstler von internationalem Rang war, dessen Werk in München man nicht versehentlich übersehen konnte.

Der Verdacht liegt nahe, dass man sich Max Horkheimers 1939 geschriebene Worte 1991 zu einer unausgesprochenen Rechtfertigung verdrehte. Nach dem Fall der Mauer wollte über den Kapitalismus nicht reden, wer im neuen Deutschland noch was gelten sollte, also war es nur opportun, auch über den Faschismus zu schweigen.

Von Kunst sprechen

Im Ausstellungskatalog zu »ArgusAuge« ist ein Text aus der spitzen Feder Hans Haackes enthalten, der einen Bogen spannt von der Entstehungszeit der Gebäude auf dem Münchner Königsplatz (1816-1862) über die NS-Zeit bis zu Großaktionären bei Daimler-Benz (wie etwa dem Emirat Kuwait).¹⁶ Schon der Titel des Artikels „Arbeiter der Faust & Arbeiter der Stirn“ zitiert Hitlerreden und spätere Propagandafilme, verweist aber in seiner Bedeutung auch nicht zuletzt auf den Beruf des Künstlers und in diesem Zusammenhang auf seine immanente Befangenheit.¹⁷ Mit weniger als 2000 sehr pointierten, schonungslosen Worten gibt Haacke eine Lesehilfe für das Werk, die, ob ihrer ungemeinen Dichte, gleichzeitig als Aufforderung zur eigenen Recherche über die adressierten Verhältnisse verstanden werden muss. Denn eine detaillierte, kritische Analyse eines Kunstwerks fragt nicht zuerst danach, was intendiert der Künstler, was will uns der Künstler damit sagen, sondern beginnt bei der Frage: was ist es? Das Wollen eines Künstlers oder einer Künstlerin und die Rezeption der Betrachter_innen müssen keinesfalls in Einklang sein. Wahrnehmung und Interpretation variieren nicht nur von Empfänger_in zu Empfänger_in, sondern sind auch immer orts- und zeitabhängig. Die Frage lautet daher zuallererst: Was ist das Kunstwerk? Was kann (mit wissenschaftlicher Sicherheit) über das Kunstwerk und die Bedingungen seiner Entstehung gesagt werden? Um dann zu der Frage zu gelangen: Was ist das Kunstwerk für mich? Die Werkzeuge, die uns zur Entschlüsselung von Kunstwerken zur Verfügung

16 Hans Haacke, „Arbeiter der Stirn & Arbeiter der Faust“, in: „ArgusAuge“, Herausgeber Werner Fenz, Copyright bei den Autoren und Städtische Galerie im Lenbachhaus München, Weber Offset München 1991, S.57ff

17 „Der von Hitler geprägte Ausdruck Arbeiter der Stirn und der Faust findet sich gedruckt zuerst im Völk. Beob. Vom 5. Juni 1921.“ „Sie müssen sich gegenseitig wieder achten lernen, der Arbeiter der Stirne den Arbeiter der Faust und umgekehrt.“ so in: Cornelia Schmitz-Berning, „Vokabular des Nationalsozialismus“ Nachdr. der Ausg. von 1998, de Gruyter Verlag, Berlin 2000, S.41

stehen, haben wir durch Erziehung, Bildung und Sozialisation erhalten, und variieren dementsprechend von Person zu Person. Oder um mit Pierre Bourdieu's Worten zu sprechen: „die Wahrnehmung von Kunstwerken“ ist „vermittelte Entschlüsselung“. Und umgekehrt, fehlt der Schlüssel, verschließt sich das Werk.

„Die von den ausgestellten Werken angebotene Information, die die Entschlüsselfähigkeiten des Betrachters übersteigt, sieht dieser so an, als besäße sie keinerlei Bedeutung, genauer gesagt, keine Strukturierung und Organisation, da er sie nicht zu »dekodieren«, d.h. in verständliche Formen zu bringen vermag.“¹⁸

Dies gilt für abstrakte Malerei gleich wie für ein Werk, zu dessen Lesbarkeit Kenntnisse etwa über die deutsche Geschichte und Zeitgeschichte von Nöten sind. Während das Wissen über abstrakte Malerei bisweilen schon einem höheren Bildungsniveau zugerechnet wird, so hofft man zumindest im Geschichtsunterricht genügend mitbekommen zu haben, um keine Nachhilfe zu brauchen.

Auch hier erleichtert uns Bourdieu den Weg in die Bibliothek:

„Die wissenschaftliche Erkenntnis unterscheidet sich vom naiven Erlebnis (das sich als Verwirrung oder unmittelbares Verstehen äußert) insoweit, als sie ein Wissen um die Bedingungen der Möglichkeit einer angemessenen Betrachtung einschließt. Gegenstand der Kunsthistorik ist die Kultur, da sie nämlich sowohl diese Wissenschaft wie auch ein unmittelbares Verständnis des Kunstwerks erst ermöglicht.“¹⁹

Aufgabe einer Arbeit wie der vorliegenden ist letztlich, einen Interpretationsschlüssel anzubieten, indem alle Informationen zur Verfügung gestellt werden, die der Verfasser notwendiger Weise einholen musste, um über ein unmittelbares Verstehen hinaus, zu einer – hoffentlich auch für andere – brauchbaren und angemessenen Betrachtung zu gelangen.

„Das Kunstwerk im Sinne eines symbolischen – und nicht so sehr ökonomischen – Gutes (auch das nämlich kann es sein) existiert als Kunstwerk überhaupt nur für denjenigen, der die Mittel besitzt, es sich anzueignen, d.h. es zu entschlüsseln.“²⁰

18 Pierre Bourdieu, „Zur Soziologie der symbolischen Formen“, Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 1970, S.164

19 ebenda

20 ebenda S.169

ZUM APPEL

Ein SS-Totenkopf

„Wo immer andererseits in der freien Welt unliebsame Tatsachen diskutiert werden, kann man häufig beobachten, daß man ihre bloße Feststellung nur darum toleriert, weil dies von dem Recht zur freien Meinungsäußerung gefordert werde, daß also, halb bewußt und halb ohne dessen auch nur gewahr zu werden, eine Tatsachenwahrheit in eine Meinung verwandelt wird.“²¹

Hannah Arendt, 1967

§ 86 des Deutschen Strafgesetzbuchs stellt für das Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen, hierzu zählen unter anderem das SS-Totenkopfemblem und das »Horst-Wessel-Lied« („Die Fahne hoch...“), eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder eine Geldstrafe in Aussicht, da der Gesetzgeber darin eine „Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates“ erkennt. Dies „gilt nicht, wenn das Propagandamittel oder die Handlung der staatsbürgerlichen Aufklärung, der Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen, der Kunst oder der Wissenschaft, der Forschung oder der Lehre, der Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens oder der Geschichte oder ähnlichen Zwecken dient“²². Haackes Werk erfüllt gleichzeitig mehrere, für die Straflosigkeit relevante Kriterien. Denn es dürfte sich zweifelsfrei zumindest um Kunst zur staatsbürgerlichen Aufklärung handeln, um Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens und der Geschichte, sowie um ein Werk, das Gegenstand von Wissenschaft, Forschung und Lehre ist, was ich im Augenblick des Schreibens zu beweisen trachte.

In Deutschland kam es wiederholt zu erstinstanzlichen Verurteilungen von Antifaschisten wegen des Tragens oder Verwendens von durchgestrichenen oder mit einer symbolischen Faust zerschlagenen Hakenkreuzen (zuletzt 2005 in Tübingen und 2006 in Stuttgart). Die Urteile wurden jeweils von höherer Instanz aufgehoben. Nach einer Verfassungsbeschwerde eines Kreisvorsitzenden der NPD, der wegen der in Frakturschrift gesetzten Aufschrift auf seinem T-Shirt „die Jugend stolz/die Fahnen hoch“ verurteilt wurde, weil es sich dabei eindeutig um ein Zitat des

21 Hannah Arendt, „Wahrheit und Politik“ in „Wahrheit und Lüge in der Politik“, erstmals 1967, zitiert nach der ungekürzten Taschenbuchausgabe, Piper Verlag, München 2013, S.55

22 § 86 StGB Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen

Horst-Wessel-Liedes handelt, erklärte das Verfassungsgericht den Schutzzweck des Paragraphen 86a StGB unter anderem so:

„Ein Unterstützungs willen für die durch das Kennzeichen symbolisierte Organisation muss dabei nicht bestehen. Die Norm verbietet somit die entsprechenden Kennzeichen grundsätzlich aus dem Bild des politischen Lebens und errichtet so ein kommunikatives „Tabu“. Es soll bereits jeder Anschein vermieden werden, in der Bundesrepublik Deutschland gebe es eine verfassungswidrige politische Entwicklung in dem Sinne, dass verfassungsfeindliche Bestrebungen in der durch das Kennzeichen symbolisierten Richtung geduldet würden.“²³

Weiters definiert der Gesetzgeber „verfassungswidrige Organisation“ als „Vereinigung, die unanfechtbar verboten ist, weil sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtet“.²⁴

Die SS wurde am 10. Oktober 1945 durch den Alliierten Kontrollrat gesetzlich aufgelöst und eine Neugründung verboten. Im Rahmen der Nürnberger Prozesse wurde die SS als verbrecherische Organisation wegen der Organisation von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingestuft. Die »SS-Totenkopfverbände«, vormals »SS-Wachverbände« waren ab 1933/34 die wesentliche Organisationseinheit für den Betrieb der Konzentrationslager. Die Bezeichnung »Waffen-SS« wird 1939 für militärische Verbände der SS gebräuchlich, die »SS-Division-Totenkopf« war ein Kampfverband im zweiten Weltkrieg, der sich aus ehemaligem Wach- und Verwaltungspersonal der Konzentrationslager rekrutierte. Sämtliche SS-Verbände eint ihre Menschenverachtung und der Totenkopf als Markenzeichen. Anfangs wurden Totenköpfe aus alten Militärbeständen als Mützenkokarden verwendet, als die SS 1934 zu einer eigenständigen, nicht mehr der SA unterstehenden Organisation wird, ordert sie neue Totenkopf-Abzeichen bei der Münchner Firma Deschler & Sohn, die so gut wie alle Abzeichen und Orden für das Nazi-Regime herstellte.

Der von Hans Haacke verwendete Totenkopf ist ein Fotosiebdruck der metallenen Mützenkorkade. Die SS verwendete für Totenkopffahnen und Wimpel einen rein weißen Totenkopf auf schwarzem Grund, der nach Form und Zeichnung dem Mützenabzeichen ähnlich

23 zitiert aus einer Urteilsbegründung des Bundesverfassungsgerichts vom 18.5.2009: BVerfG, 2 BvR 2202/08, Absatz-Nr. (1 - 20), (http://www.bverfg.de/entscheidungen/rk20090518_2bvr220208.html)

24 § 86 StGB Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen

ist.

Die Verwendung des Totenkopfs als Zeichen der Zugehörigkeit zu einer militärischen Organisationseinheit findet in der deutschen Kriegsgeschichte einen Vorläufer bei den so genannten »Totenkopfhusaren«, Kavallerieverbände der preußischen Armee, deren Wurzeln bis ins 18. Jahrhundert zurück reichen. Als Kaiser Wilhelm II am 15. August 1901 das 2. Leibhusaren-Regiment »Königin Viktoria von Preußen« in seine Garnison Danzig-Langfuhr überführt, entstehen fotografische Aufnahmen, die den letzten deutschen Kaiser in Husarenuniform mit Totenkopfemblem zeigen. Die Husarenregimenter wollten den Schädel als Warnung verstanden wissen, dass sie weder Pardon erwarten, noch zu geben bereit sind. Diese „Sieg oder Tod“-Mentalität war schon Wahlspruch der Braunschweiger »Schwarzen Schaar«, die ebenfalls mit dem Totenkopf auf der Uniform, 1809 gegen Napoléon Bonaparte kämpften.

Die Entstehung der SS geht in das Jahr 1923 zurück, eine Vorgängerorganisation trug den Namen »Stoßtrupp Adolf Hitler«, später »Saal-Schutz« und schließlich »Schutz-Staffel«. Als ursprüngliche Leibwache Hitlers ist die Wahl des Totenkopfs als Embleme durchaus nicht zufällig eine Weiterführung der Symbolik der Leibhusaren-Regimenter deutscher Kaiser.

Der Treueeid, den SS-Rekruten zu leisten hatten, lautete: „Ich schwöre Dir, Adolf Hitler, als Führer und Kanzler des Deutschen Reiches Treue und Tapferkeit. Ich gelobe Dir und den von Dir bestimmten Vorgesetzten Gehorsam bis in den Tod, so wahr mir Gott helfe.“²⁵ Aus der kleinen Leibwache wurde in den Jahren des wachsenden Terrors eine große, weit verzweigte Organisation mit annähernd einer Million Mitgliedern, unterschiedlichen Aufgaben und Einsatzgebieten. Das Selbstverständnis einer Eliteeinheit blieb aber stets erhalten.

Die Verwendung des SS-Totenkopfs auf Hans Haackes Werk verstehe ich als Aufforderung, nach der Verbindung von SS und Industrie im Nationalsozialismus zu fragen, gibt es doch einige Namen großindustrieller Förderer, ja Mitglieder und Freunde der Eliteorganisation SS zu nennen, die sich beim Aufstieg der Nationalsozialisten verdient gemacht haben, und als Kriegsgewinnler kräftig verdient haben.

„Jeder Staat, so argumentierte er [Himmler], benötige eine Elite. Im nationalsozialistischen Deutschland stelle die SS eine Elite dar, aber diese Funktion

25 Heinz Höhne, „Der Orden unter dem Totenkopf – Die Geschichte der SS“, zitiert nach: »Der Spiegel« 46/1966, 7.11.1966; (<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-46414893.html>)

könne die Schutzstaffel nur ausüben, wenn sich in ihr »die Tradition echten Soldatentums, die vornehme Gesinnung, Haltung und Wohlerzogenheit des deutschen Adels und die schöpferische Tatkraft des Industriellen auf dem Boden rassischer Auslese mit den sozialen Forderungen der Zeit« verbänden.“²⁶

„Insgesamt 382 der 1362 obersten SS-Führer waren Akademiker, und von diesen führten 320 – über 23 Prozent – einen Doktortitel; 52 waren Professoren, zumeist Ordinarien.

Insgesamt gehörten, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die allermeisten SS-Führer der obersten Ränge den schon im Kaiserreich privilegierten Schichten an, waren entweder ehemalige Offiziere oder Akademiker oder beides. Der hohe Anteil von Adeligen unterstreicht diese Tatsache nur noch, ebenso der Umstand, daß zahlreiche hohe SS-Führer in engen verwandschaftlichen Beziehungen zu den die Industrie beherrschenden Familien standen. [...]

Von den hundert obersten Führern der SS [...] waren acht Mitglieder der Reichsregierung mit vollem Kabinettsrang, zwei Staatsminister, neun Staatssekretäre und zwei Reichskommissare; dreizehn amtierten als Reichsstatthalter oder Ministerpräsidenten in den Ländern, vier als Oberpräsidenten preußischer Provinzen. Nicht weniger als 61 waren zugleich Mitglieder des Reichstags, und 18 gehörten dem preußischen Staatsrat an.“²⁷

26 ebenda

27 Bernt Engelmann, „Wer waren »die Nazis«?“, in: „Einig gegen Recht und Freiheit“, München 1975, zitiert nach: „Auf gut deutsch; Ein Bernt Engelmann Lesebuch“, C. Bertelsmann Verlag, München 1981, S. 111-112

Ein Totenkopf?

Die Analyse eines Symbols ohne genaue Analyse des Kontexts, in dem es Verwendung findet, ist nicht nur unsinnig sondern irreführend. Um dies zu veranschaulichen, möchte ich drei Beispiele aufzählen, wo jeweils „ein Totenkopf“ in völlig anderem, politischen Zusammenhang Verwendung findet.



Abb. 5: Skull & Bones Logo,
Universität Yale, USA



Abb. 6: FC St. Pauli Fahne,
Hamburg, BRD



Abb. 7: Sea Shepherd Fahne,
Friday Harbor, Washington, USA

»Skull & Bones« ist eine Studentenverbindung an der Universität Yale. Sowohl George W. Bush als auch John Kerry haben im Präsidentschaftswahlkampf 2003/4, in dem sie sich als Kontrahenten gegenüberstanden, bestätigt, dass sie dieser Verbindung angehören, aber damit kokettiert, dass sie so geheim sei, dass darüber hinaus nichts gesagt werden könne. Diese Gesellschaft verwendet den Totenschädel mit darunter liegenden, gekreuzten Knochen als Logo.

Die dezidiert politischen Fangruppen des Hamburger Fußballvereins »FC St.Pauli« geben ihrem Verein mit der »Jolly-Roger« Fahne nicht nur ein starkes Markenlogo in Form eines Totenkopfs mit dahinter liegenden, gekreuzten Knochen, sondern 1991 auch die entsprechende Stadionordnung, wonach verboten ist, „Parolen zu rufen, die nach Art oder Inhalt geeignet sind, Dritte aufgrund ihrer/ihres Hautfarbe, Religion, Geschlechts oder sexuellen Orientierung zu diffamieren“ sowie „Fahnen, Transparente, Aufnäher oder Kleidungsstücke zu tragen oder mitzuführen, deren Aufschrift geeignet ist, Dritte aufgrund ihrer/ihres Hautfarbe, Religion, Geschlechts oder sexuellen Orientierung zu diffamieren oder deren Aufschrift Symbole verfassungsfeindlicher Organisationen zeigt“.²⁸

Die Umweltschutzorganisation »Sea Shepherd« verwendet auf ihren Schiffen als Flagge und in ihrer Markenkommunikation einen Totenkopf mit darunter liegendem Posaidon-Dreizack und

28 §6 Stadionordnung des FC St. Pauli Hamburg,
(<http://www.fcstpauli.com/home/stadion/millerntor/stadionordnung>)

Hirtenkabel übereinander gekreuzt. In ihrem Kampf gegen illegalen Walfang, Robbenfang und die Plünderung der Weltmeere hat sie seit 1979 mindestens zehn Schiffe versenkt und gilt manchen daher als „militant“²⁹.

Zweierlei möchte ich mit dieser Aufzählung exemplarischer Totenkopfsymbole zeigen. Zum Einen soll die Notwendigkeit, das SS-Totenkopfsymbol genau zu kontextualisieren nochmals betont werden. Zum anderen möchte ich meine Sympathie für den Totenkopf als Symbol des Widerstands nicht verschweigen. Wesentliche Teile meiner politischen Sozialisation erlebte ich in Hamburg, wo der Totenkopf des FC. Sankt Pauli für weit mehr als die Zugehörigkeit zu einem Fußballverein steht . Es waren linke Autonome, die mit diesem Symbol auf Brust und Fahne in die Fußballwelt eingedrungen sind, um dort 1991 erstmalig für Deutschland eine Stadionordnung durchzusetzen, die klar gegen Faschismus und Diskriminierung Stellung nimmt. Was davon zu halten ist, dass ein amerikanischer Präsident damit kokettiert, Mitglied in einer Geheimgesellschaft zu sein, überlasse ich zur Beurteilung den Leser_innen selbst. Den Seefahrer_innen von »Sea Shepherd«, die der Freibeuterei auf den Weltmeeren konkrete Taten entgegengesetzt, gilt meine uneingeschränkte Solidarität.

29 »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 23.12.2009 „Seeschlacht zwischen Walfängern und Tierschützern“, (<http://www.faz.net/multimedia/videos/video-nachrichten/suedliches-polarmeer-seeschlacht-zwischen-walfaengern-und-tierschuetzern-1899936.html>)

Die Propyläen zu München

„Ein Denkmal seien die Propyläen meines theuren Sohnes Otto Erhebung auf Hellas Thron, auf dem seines Volkes von ihm wohl verdiente Liebe ihn umgibt. Aus dem Innersten meines Herzens rufe ich: Möge Hellas gedeihen!“³⁰

Ludwig I im Zuge der Grundsteinlegung der Propyläen am 6. April 1854

Das Gebäude am Münchener Königsplatz an dem Hans Haacke seine Fahnen installiert hatte, wird »Propyläen« genannt. Dieses Wort leitet sich ab vom griechischen „Propylon“, der deutsche Duden sieht dafür die Bedeutung „Eingangstor zu Heiligtümern, Burgen, Palästen, öffentlichen Plätzen o.Ä.“ vor. Bekanntestes Beispiel sind wohl die Propyläen der Akropolis in Athen.

Das von Ludwig I, König von Bayern, in Auftrag gegebene Gebäudeensemble am Königsplatz umfasst neben den 'Dorischen Propyläen', noch die 'Ionische Glyptothek' und die 'Korinthische Antikensammlung' (zur Zeit Ludwigs »Kunst- und Industrie-Ausstellungsgebäude zur Förderung der Kunst und des Gewerbes«). Für die städtebauliche Konzeption des Platzes zeichnet der Architekt Karl von Fischer verantwortlich, der 1820 starb. Leo von Klenze war verantwortlicher Architekt für den Bau der Propyläen (Bauzeit 1854-1862) und der Glyptothek (Bauzeit 1816-1830), Georg Friedrich Zielband entwarf das 'korinthische' Ausstellungsgebäude (1838-1848).

Erste Gespräche, betreffend die Planung der Propyläen, zwischen König Ludwig und Leo von Klenze gab es ab 1916. Früh war klar, dass das Stadttor am Königsplatz errichtet werden sollte. Hannelore Putz schreibt, der Bauherr hatte zunächst keine „geschichtspolitische Botschaft vorgesehen“, später „konnte er sich vorstellen, sie der bayerischen Armee zu dedizieren. Erst in einem über Jahrzehnte andauernden Prozess wurden die Propyläen zum Denkmal des griechischen Befreiungskampfes und der wittelsbachischen Sekundogenitur in Griechenland.“³¹

Um die Entstehung dieses Potpourris antikisierter Baukunst im München des 19. Jahrhunderts einordnen zu können, müssen an dieser Stelle einige historische Fakten zumindest Erwähnung finden.

30 zitiert nach: Peter Köpf, „Der Königsplatz in München: ein deutscher Ort“, Ch. Links Verlag, Berlin 2005, S.43

31 Hannelore Putz, „Die Propyläen in München als Monument des griechischen Befreiungskampfes und der wittelsbachischen Sekundogenitur in Griechenland“, in: „Bayerische Geschichte in Wissenschaft und Unterricht“, Münchener Universitätsschriften, Herausgeberin Monika Fenn, Herbert Utz Verlag, München 2011, S.64

Griechischer Unabhängigkeitskampf, griechische Monarchie & Philhellenismus

Die griechische Revolution von 1821-1829 war ein kriegerischer Aufstand gegen die 'Herrschaft der Osmanen' in Griechenland, unterstützt von den Großmächten Frankreich, Großbritannien und Russland, an dessen vorläufigem Ende auf Beschluss der Londoner Protokolle 1832 das Königreich Griechenland stand. Die Krone wurde auf Geheiß der Großmächte an Otto von Wittelsbach, Sohn Ludwigs I., vergeben. Bei der ersten Konferenz der Großmächte in London am 3. Februar 1830 war Griechenland bereits für unabhängig erklärt worden und die Krone nacheinander mehreren Prinzen angeboten worden, die allesamt ablehnten. Namentlich waren dies Prinz Leopold von Sachsen-Coburg-Gotha, Prinz Johann von Sachsen und Prinz Karl von Bayern, der jüngere Bruder von Ludwig I. Ideologischen, finanziellen und auch personellen Beistand in Form von Kämpfern fand die Revolution von Seiten der vor allem in Deutschland und der Schweiz aktiven Philhellenenvereine, die nicht nur von Ludwig I. mit bedeutenden Geldspenden gefördert wurden. Diese Unterstützung verhalf letztlich seinem Sohn auf den griechischen Königsthron, ein über Umwegrentabilität erreichter Gewinn durch Kunst- aber auch durch Kriegsfinanzierung.

„In den 1820er Jahren versammelten sich, vor allem von den südlichen Staaten des Deutschen Bundes und der Schweiz ausgehend, in ganz Europa weite Teile des Bürgertums und des Adels sowie bürgerliche und lohnabhängige Bevölkerungsschichten unter dem Banner des Philhellenismus. Von einer nicht zuletzt romantischen Griechenbegeisterung getragen, warben sie auf vielfältigste Weise für die »Sache der Griechen« und setzten sich zum Ziel, dem Volk in seinem Kampf gegen die Fremdherrschaft beizustehen. Im europäischen Kontext politisch relevant wurde die philhellenische Bewegung, als deren Vertreter vehement von ihren Regierungen forderten, direkt in den seit 1821 offen geführten griechischen Befreiungskampf einzutreten. Die Philhellenenvereine schickten den Aufständischen Geld, Waffen und Truppen.“

In Bayern initiierte Ludwig I. 1826 die Gründung des Bayerischen Griechenvereins und unterstützte diesen mit großen Geldsummen.“³²

Die griechische Monarchie unter der Herrschaft Wittelsbach und später Oldenburg bestand von

32 Hannelore Putz S.65-66

1832-1924 und 1935-1973. Ludwigs Sohn Otto musste bereits 1862 vom griechischen Thron abdanken, er kehrte am Tag nach der feierlichen Einweihung der Propyläen nach München zurück. Der Wahlspruch der Revolution „Freiheit oder Tod“ ist bis heute der Wahlspruch der Republik Griechenland, und einer gängigen Interpretation zur Folge stehen die neun blau-weißen Streifen der griechischen Nationalflagge für die neun Silben dieser Parole in griechischer Sprache. Ob das Blau-Weiß immer noch dem der bayerischen Flagge entspricht, hängt in der Beurteilung wohl auch an der politischen Couleur des Beobachters. Unumstritten ist allerdings, dass König Ludwig I. als Ausdruck seines Philhellenismus 1825 anordnete, dass »Baiern« hinfort mit einem griechischen Ypsilon zu schreiben sei. Obwohl Ludwig I. 1848 dem Druck der Bevölkerung nachgeben und abdanken musste (u.a. kritisierte man an Ludwig seine verschwenderischen Ausgaben für Kunst und Architektur), verpflichtete er seinen Nachfolger und Sohn Maximilian II. zur Fertigstellung des Bauprojekts Propyläen. Die von Ludwig Schwanthaler entworfenen Giebelfiguren summieren noch einmal die politischen Agenden. Sie zeigen „Versammlung und Schwur der Griechen, Kampfszenen zwischen Griechen und Türken zu Land und zur See, (...) den Bürgerkrieg, den das Eingreifen der Schutzmächte beendet, und (...) den Frieden und die neue staatliche Ordnung mit dem thronenden König Otto im altgriechischen Gewand, dem Kirchenmänner, Wissenschaftler, Künstler, Händler, Bauern, Architekten und Schiffbauer huldigen.“³³

Hans Haacke schreibt im Ausstellungskatalog zu »ArgusAuge«: „Otto Eins, das Modell des bayerischen Hofbildhauers Schwanthaler, war 1832 von Frankreich, England und Rußland auf den eigens für ihn gezimmerten Thron gehievt worden. Dort hatte der Bayer ein halbes Jahrhundert nach der französischen Revolution »von Gottes Gnaden« versucht, bajuwarische Zustände einzuführen, und sich strikt verfassungsfeindlich betätigt. Nach anfänglicher Euphorie verübelten ihm das schließlich die Griechen.“³⁴

In der Münchener U-Bahnstation »Königsplatz« sind Teile der originalen Giebelfiguren ausgestellt, und ein erklärendes Schild hilft beim Verständnis der Zusammenstellung der einzelnen Figuren als Ausdruck der „das Staatswesen fördernden Ergebnisse des Handels“³⁵. Der Philhellenismus dieser Tage schlägt ähnlich zu Buche. Griechenland ist nach Portugal der größte Abnehmer deutscher Waffen.³⁶

33 Peter Köpf, "Der Königsplatz in München: ein deutscher Ort", Ch. Links Verlag, 2005, S.43

34 „ArgusAuge“, Herausgeber Werner Fenz, Copyright bei den Autoren und Städtische Galerie im Lenbachhaus München; Weber Offset München 1991; S.57

35 ebenda, S.56

36 Rüstungsexportbericht 2010, siehe dazu u.a. »Die Zeit« vom 7.1.2012, "Schöne Waffen für Athen", (<http://www.zeit.de/2012/02/Ruestung-Griechenland>)

Königsplatz - Königlicher Platz - Ein Deutscher Heldenplatz

In etwa 1 km Entfernung des Münchner Königsplatzes, verbunden durch die Briener Straße, befindet sich die Münchner Feldherrenhalle. Nach dem Vorbild der Loggia dei Lanzi in Florenz (Bauzeit 1376-1382) wurde das Monument am Odeonsplatz zwischen 1841-1844 im Auftrag von König Ludwig I erbaut. Am 9. November 1923 kamen an diesem Platz 20 Menschen zu Tode. Der 'Hitler-Ludendorff-Putsch', bei dem Anhänger Hitlers die Machtergreifung probten, kostete 4 Polizisten und 16 Putschisten das Leben.

Der Aufstand wurde niedergeschlagen und die NSDAP in ganz Deutschland verboten. Hitler stand 1924 in dieser Sache vor Gericht und hätte eigentlich mit sechs Jahren Haft und als Ausländer mit der Ausweisung rechnen müssen. Im Prozessverlauf stilisierte Hitler sich zum gescheiterten Patrioten, und das Urteil von Richter Dr. Georg Neithardt, dem Hitler 1941 Blumen auf sein Grab legen lies, fiel anders aus. „*Auf einen Mann, der so deutsch denkt und fühlt wie Hitler, der freiwillig viereinhalb Jahre lang im deutschen Heere Kriegsdienste geleistet, der sich durch hervorragende Tapferkeit vor dem Feind hohe Kriegsauszeichnungen erworben hat, kann nach Auffassung des Gerichts die Vorschrift des Republikschutzgesetzes keine Anwendung finden.*“³⁷ Hitler kam nach 9 Monaten Haft wieder auf freien Fuß.

Mit der Neugründung 1925 und dem Erstarken der NSDAP wurden die 16 toten Putschisten zu Märtyrern erklärt. Die Partei machte den 9. November zum Gedenktag für die 'Blutzeugen der Bewegung' und gleichzeitig für die gefallenen deutschen Soldaten des 1. Weltkriegs, womit ein patriotischer Zusammenhang suggeriert wurde. Eine Hackenkreuzfahne, die angeblich beim Putschversuch mit dem Blut der Getöteten getränkt wurde, wurde zur 'Blutfahne' stilisiert, und am jährlichen Parteitag dazu verwendet, neue Fahnen und SS-Standarten durch Berührung zu 'weihen'. Die Fahne war 1926, am zweiten Reichsparteitag, von Hitler der SS feierlich anvertraut worden. Der 'Blutorden' wurde 1933, zum zehnjährigen Gedenken an den Putschversuch, von Hitler gestiftet und an die noch lebenden Mitstreiter vergeben. Durch die Lockerung und Erweiterung der Vergabepraxis konnten in den Folgejahren insgesamt an die 6000 'Blutorden' verliehen werden.

München, die 'Hauptstadt der Bewegung', erlebte nach der Machtübergabe* an die NSDAP das

³⁷ Zitat aus der Urteilsbegründung, gefunden in »Sueddeutsche.de«, 17. Mai 2010, „Adolf Hitler – Der gefühlte Deutsche“, (<http://www.sueddeutsche.de/kultur/adolf-hitler-der-gefuehlte-deutsche-1.801350>)

* ich verzichte ausdrücklich auf die Verwendung des Begriffes 'Machtergreifung' für die Ereignisse des Jahres 1933

Entstehen eines Verwaltungsviertels, dessen ideologisches Zentrum der Königsplatz war. Umbenannt in 'Königlicher Platz', mit 22.000 für Aufmärsche bestens geeigneten Granitplatten gepflastert, bekam der Königsplatz zwei so genannte 'Ehrentempel' hinzugebaut als letzte Ruhestätte für die 1935 in Bronzesarkophagen umgebetteten 'Märtyrer' des 9. November 1923. Am 10. Mai 1933 organisierte der Deutsche Studentenbund einen Fackelzug durch die Stadt, der mit der Verbrennung 'volkszersetzenden Schrifttums', Büchern „fast aller deutschsprachigen Autoren von Rang“³⁸ am 'Königlichen Platz' endete. Die Veranstaltung wurde von 50.000 Teilnehmer_innen getragen.

Rund um den Königsplatz entstanden bis 1941 zahlreiche weitere, parteieigene Repräsentations- und Verwaltungsgebäude, namentlich das 'Braune Haus' (Parteizentrale; im Krieg schwer beschädigt, 1947 abgetragen), der 'Führerbau' (Repräsentationsbau und Hitlers Büro; heute: Münchner Musikhochschule), der 'Verwaltungsbau' (u.a. Kartei der 7 Mio. Parteimitglieder; heute: u.a. Zentralinstitut für Kunstgeschichte), die 'Zentrale' (Versorgungsgebäude u.a. mit Heizkraftwerk), und einige mehr.

An der 1 km entfernten Feldherrenhalle wurden eine Gedenktafel für die 'Blutzeugen' installiert, und Wachen von SS und SA postiert. Alle, die an der Tafel vorbeigingen, wurden genötigt mit dem Hitlergruß ihre Ehrerbietung zu erbringen.

Die ideologisch hochgradig verstrahlten 'Ehrentempel' wurden 1947 von der US-Armee gesprengt. Die Granitplatten wurden 1988 entfernt, der Rasen wurde entsprechend der ursprünglichen Konzeption des Platzes wieder angelegt. Doch davor waren die Granitplatten des Platzes noch einmal gut genug für einen militärischen Aufmarsch. Am 6. November 1980 ließ der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß das höchste militärische Zeremoniell, den großen Zapfenstreich zur Vereidigung von 2000 Rekruten auf dem Königsplatz durchführen. Anlass war das 25-jährige Bestehen der Bundeswehr. Die »Münchner Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung« organisierte Protestveranstaltungen.

Da sich an dieser Stelle, nach einem Kapitel über Nazi-Aufmärsche, Bücherverbrennungen und 'Blutzeugen' wohl die Frage aufdrängt, wie es im Jahr 1980 just an diesem Platz wieder zu einem militärischen Zeremoniell kommen kann, verweise ich auf kommende Beiträge zum Thema Wiederbewaffnung und Remilitarisierung Deutschlands.

Der Künstler Wolfram Kastner hat erstmals 1995 als Beitrag gegen das Vergessen, in Erinnerung

38 <http://www.uni-muenchen.de/> Gedenken zum Jahrestag der Bücherverbrennung 1933, München, 03.05.2004

an die Bücherverbrennungen auf dem 'Königlichen Platz' (später mit und anfangs auch ohne Genehmigung der Stadt München), einen deutlichen Brandfleck in den Rasen geflämmt, damit, wie er sagt „kein Gras über die Geschichte wächst“.

Die Anrufung der 'unsterblichen Blutzeugen' – Zum Appell

„Der 9. November wurde zum Angelpunkt einer Auferstehungs- und Erlösungsdramaturgie, deren Stoff die deutsche Geschichte wurde.“³⁹

Ab 1933 fanden alljährlich Feierlichkeiten zum Gedenken des Putschversuches vom 9. November 1923 rund um die Münchner Feldherrnhalle statt. „Und ihr habt doch gesiegt“ (siehe auch: Hans Haacke, Graz 1988) war sowohl Inschrift auf der Rückseite eines bronzenen Monuments innerhalb der Feldherrnhalle (die Vorderseite listete die Namen der 16 toten Putschisten), wie auch auf der Medaille des 1933 erstmals vergebenen 'Blutordens'. Der Nationalsozialistische Feierkalender spannte den Bogen der sakral-mythologischen Inszenierungen, in dessen Zentrum meist die 'Epiphanie (Erscheinung des Herrn) des Führers' stand, über das ganze Jahr.

Zur pseudoreligiösen Inszenierung sei hier noch das Frage-Antwort-Spiel erwähnt, das SS-Anwärter während ihrer Ausbildungszeit erlernen mussten: „Frage: »Warum glauben wir an Deutschland und den Führer?« Antwort: »Weil wir an einen Herrgott glauben, glauben wir an Deutschland, das er in seiner Welt geschaffen hat, und an den Führer Adolf Hitler, den er uns geschickt hat.«“⁴⁰

So wie die Hauptfeierlichkeiten des Reichsparteitags unauflöslich mit Nürnberg verbunden waren, so hatte der 'Gedenktag für die Gefallenen der Bewegung' in München seinen Prozessionsort. In Erinnerung an die Geschehnisse des Jahres 1923 starteten die Zeremonien schon am Vorabend des 9. November mit Festreden im Bürgerbräukeller, von wo aus sich am Folgetag der „Zug der Alten Kämpfer, im Gleichschritt, marsch!“⁴¹ in Richtung Feldherrenhalle aufmachte. Der liturgische

39 Hans Günter Hockerts, „Mythos, Kulte und Feste. München im nationalsozialistischen »Feierjahr«“, in: „München - »Hauptstadt der Bewegung«: Bayerns Metropole und der Nationalsozialismus“, Herausgeber: Richard Bauer, Hans Günther Hockerts, Brigitte Schütz, Wolfgang Till, Walter Ziegler; Klinkhardt und Biermann, München 1993, S. 331 ff.)

40 Heinz Höhne, „Der Orden unter dem Totenkopf – Die Geschichte der SS“, zitiert nach: »Der Spiegel« 46/1966, 7.11.1966; (<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-46414893.html>)

41 Hermann Göring zitiert nach Hans Günter Hockerts S.335

Höhepunkt des Nazi-Rituals war 1935 mit der Exhumierung und Umbettung der 16 Putschisten in die eigens errichteten 'Ehrentempel' auf dem 'Königlichen Platz' erreicht.

Der vom »Horst-Wessel-Lied« begleitete Schweigmarsch und der 'letzte Appell' auf dem Königsplatz blieben über die Jahre gleich (alliierte Luftangriffe verhindern ab 1943 das Ritual in dieser Form). Auf das Verlesen der Namen der toten Putschisten durch den Gauleiter antwortete die versammelte Menge jeweils stellvertretend für den toten 'Blutzeugen' mit einem lauten „Hier!“. Dies war der jährlich wiederkehrende 'letzte Appell', eine Art Auferstehungsfeier für die 'unsterblichen Märtyrer' und die Opfertot-Ideen der Nazi-Diktatur. Die Anrufung der 'Blutzeugen' gehört in das Repertoire jener propagandistischen, quasi-religiösen Inszenierungen, die geeignet sind, um elitären Zielsetzungen die Aura eines 'Volkswillens' zu verleihen.

Hannah Arendt zieht in ihrer Analyse „*Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*“ Vergleiche zwischen Geheimgesellschaften und totalitären Bewegungen, in dem Sinne dass „ausgeschlossen ist, wer nicht ausdrücklich eingeschlossen ist“. Wer auf der Suche nach dem „gefürchteten jüdischen Großvater“ erfolglos blieb, für den „war eine Art Einweihungsritual erreicht“. Die „Blutfahne“ verortet Arendt „im Zentrum des nazistischen Rituals“, sieht in derartigen Versatzstücken jedoch keine „Götzen“ und die Rituale nicht als „Götzendienst“.

„Was produziert wird, ist das Erlebnis einer mysteriösen Handlung, das offenbar als solches Menschen besser und sicherer aneinanderkettet, als das nüchterne Bewußtsein, ein Geheimnis miteinander zu teilen. Darum ändert auch die Tatsache, daß das »Geheimnis« der totalitären Bewegung in Wort und Schrift tausendfach publiziert und propagiert wird, nichts an der Qualität des Erlebnisses einerseits und an seinem organisatorischen Nutzen andererseits.“⁴².

„Wenn beim Appell wir die Namen der Toten einst riefen und ein kleines Häufchen Nationalsozialisten mit >Hier!< antwortete, dann schreit nun ein ganzes Volk für die Toten des 9. November 1923 und die Gemordeten der Kampfzeiten: >Hier!< Denn das deutsche Volk ist auferstanden und mit ihm unsere Taten.“⁴³

Josef Berchtold, Leutnant a.D. der SS, im Völkischen Beobachter, Nov. 1935

42 Hannah Arendt „*Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*“, erstmals »The Origins of Totalitarianism«, New York 1951, zitiert aus Piper Verlag, München 1996, S.793-794

43 zitiert nach: Peter Köpf, „Der Königsplatz in München: ein deutscher Ort“, Ch. Links Verlag, 2005, S.100-101

Frakturschrift und die 'Schwabacher Judenlettern'

Bei der von Hans Haacke für die Fahnen verwendeten Schrift handelt es sich um die von Max Bitrof 1933 für die »Bauersche Schriftgießerei« in Frankfurt am Main entworfene »Element«. Sie gehört zur Familie der Gebrochenen-Grotesk-Schriftarten, die vor allem ab 1933 entstanden und so vielsagende Namen wie »Tannenberg« (Schlacht bei Tannenberg 1914), »National«, »Deutschmeister«, »Großdeutsch« oder »Sachsenwald-Gotisch« tragen.

Diese Schriftarten sind so sehr mit der Nazi-Propaganda verbunden, dass sie bis heute auch unter dem Namen »Schaftstiefelgrotesk« firmieren. Ein „Rundschreiben an die zum jüdischen Buchhandel gehörenden Personen und Unternehmen“ vom 20.7.1937 untersagte „für alle Drucksachen und Veröffentlichungen, mit Ausnahme hebräischer Publikationen“ den Gebrauch der als „urdeutsch geltenden Fraktur“ und erlaubte einzig die Antiqua-Schriftart für „jüdische Druckwerke“.⁴⁴

Die Antiqua setzte sich in Italien und Frankreich schon im 16. Jahrhundert gegenüber den gebrochenen Schriften (Gotische Minuskel, Gotische Textura, Rotunda, Schwabacher, Fraktur, Deutsche Kurrentschrift u.a.) durch. In deutschen Landen betrachteten im 19. und 20. Jahrhundert während des 'Fraktur-Antiqua-Streits' so manche die Fraktur als Nationalgut, während die lateinischen Lettern das 'Andere' repräsentierten.

Dementsprechend groß dürfte die Überraschung gewesen sein, als am 3.1.1941 nach einem Treffen Hitlers mit Max Amann (Reichsleiter für die deutsche Presse) und Adolf Müller (Druckereibesitzer 'Völkischer Beobachter') folgendes Rundschreiben des Stabsleiters Martin Bormann, an die Parteidienststellen erging:

Stabsleiter

z. Zt.

Obersalzberg, den 3.1.41

R u n d s c h r e i b e n (Nicht zur Veröffentlichung)

Zur allgemeinen Beachtung teile ich im Auftrag des Führers mit:

Die sogenannte gotische Schrift als eine deutsche Schrift anzusehen oder zu bezeichnen ist falsch. In Wirklichkeit besteht die sogenannte gotische Schrift aus Schwabacher Judenlettern. Genau wie sie sich später in den Besitz der Zeitungen setzten, setzten sich

⁴⁴ zitiert nach: Volker Dahm, „Das jüdische Buch im Dritten Reich“, Verlag C.H.Beck, München 1993, S.110

die in Deutschland ansässigen Juden bei Einführung des Buchdrucks in den Besitz der Buchdruckereien und dadurch kam es in Deutschland zu der starken Einführung der Schwabacher Judenlettern.

Am heutigen Tage hat der Führer in einer Besprechung mit Herrn Reichsleiter Amann und Herrn Buchdruckereibesitzer Adolf Müller entschieden, dass die Antiquaschrift künftig als Normal-Schrift zu bezeichnen sei. Nach und nach sollen sämtliche Druckerzeugnisse auf diese Normal-Schrift umgestellt werden. Sobald dies schulbuchmäßig möglich ist, wird in den Dorfschulen und Volksschulen nur mehr die Normal-Schrift gelehrt werden.

Die Verwendung der Schwabacher Judenlettern durch Behörden wird künftig unterbleiben. Ernennungsurkunden für Beamte, Strassenschilder u. dergl. werden künftig nur mehr in Normal-Schrift gefertigt werden.

Im Auftrage des Führers wird Herr Reichsleiter Amann zunächst jene Zeitungen und Zeitschriften, die bereits eine Auslandsverbreitung haben, oder deren Auslandsverbreitung erwünscht ist, auf Normal-Schrift umstellen.

gez. M. Bormann⁴⁵

Propagandamaterial, Zeitungen, Schulbücher und sogar das bis 1941 in Frakturschrift gedruckte Hitler-Werk »Mein Kampf«, erschienen nach diesem Erlass in Antiqua. Der wahrscheinlichste Grund dafür (sofern man überhaupt rationale Überlegungen unterstellen möchte und nicht einfach Hitlers Fanatismus als Ursache annimmt) war die geplante Ausdehnung des Deutschen Reichs und die einfachere Lesbarkeit der Antiqua-Schrift in den eroberten Gebieten. Auf den historischen Unsinn, der in diesem Rundschreiben verbreitet wurde, möchte ich nur in einem Detail eingehen. Zu der Entstehungszeit der Schwabacher Lettern (erstmals 1481 belegt, vermutlich in der Nähe von Nürnberg) durften ausschließlich Christen mit Bürgerrecht eine Druckerei betreiben.⁴⁶

Hitler erklärte mit einem Erlass eine Schriftfamilie zu 'verbotenen Judenlettern', in der u.a. 1498 die deutsche Ausgabe der Dürerschen Apokalypse gedruckt wurde, und deren modernere

45 zitiert nach: Friedrich Beck, „Schwabacher Judenlettern. Schriftverruf im Dritten Reich.“, in: „Die Kunst des Vernetzens: Festschrift für Wolfgang Hempel“, Band 9 der Schriftenreihe des Wilhelm-Fraenger-Instituts Potsdam, Herausgeber Botho Brachmann, Verlag für Berlin-Brandenburg, 2006, S.252
Volltext Rundschreiben: (<http://www.gazette.de/Archiv/Gazette-Mai2001/Willberg.html>)

46 Friedrich Beck, „Schwabacher Judenlettern. Schriftverruf im Dritten Reich.“, in: „Die Kunst des Vernetzens: Festschrift für Wolfgang Hempel“, S. 254

Varianten wie die »Element« von 1933, untrennbar mit der Nazi-Ästhetik verflochten bleiben.

Geschichte Grotesk!

Zwei weitere Anmerkungen zur Schrift

Für diese Diplomarbeit verwende ich die Schrift »Futura« von Paul Renner. Diese 1927 entworfene Schrift benutzten zwar auch die Nationalsozialisten nach 1941 unter anderem für den Katalog der 'Großen Deutschen Kunstausstellung im Haus der Deutschen Kunst' in München (sowie später IKEA und VW für ihr Corporate-Design), dabei kann es sich aber nur um bewusstes nicht zur Kenntnis nehmen des Urhebers gehandelt haben, war Renner doch ein dezidierter Kritiker der Nazis. In seiner 1932 in der Schweiz erschienen Schrift „Kulturbolschewismus?“ wendete er sich klar gegen die völkisch-rassistische Leitkultur.

„Ein Oberschlauberger hat herausgefunden, dass Joh. Strauß ein Achteljude ist. Ich verbiete, das an die Öffentlichkeit zu bringen. Denn erstens ist es noch nicht erwiesen, und zweitens habe ich keine Lust, den ganzen deutschen Kulturbesitz so nach und nach unterhöhlen zu lassen. Am Ende bleiben aus unserer Geschichte nur noch Widukind, Heinrich der Löwe und Rosenberg übrig. Das ist ein bisschen wenig.“⁴⁷

Josef Goebbels, Tagebucheintragung vom 5. Juni 1938

Das 'Haus der Deutschen Kunst' in München war der erste Monumentalbau der Nazidiktatur. Unter den 18 Grundsteinstiftern des Jahres 1933, die insgesamt 2 Mio. Reichsmark gaben (Gesamtkosten 9 Mio.), waren u.a.: Hermann Schmitz (Vorstandsmitglied der I.G. Farben), Robert Bosch, Friedrich Flick, Paul Müller (Generaldirektor der Dynamit Nobel AG), Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, Wilhelm von Opel, Karl Friedrich von Siemens, Philipp Reemtsma.⁴⁸ Bei der Grundsteinlegung „erklärte Hitler, München solle wieder werden, was es unter Ludwig I. war, die »Hauptstadt der deutschen Kunst«.“⁴⁹

47 Josef Goebbels Tagebucheintragung zitiert nach: (http://de.wikiquote.org/wiki/Joseph_Goebbels)

48 Tafel für die Grundsteinstifter des „Hauses der Deutschen Kunst“, Bronze, 1937 Haus der Kunst, Historisches Archiv, (<http://www.hausderkunst.de>)

49 Hans Gunther Hockerts, S.338

Schwarze Fahnen

„Dies ist die Kunst, große Massen von Männern anzuführen. Also benutze, wenn du nachts kämpfst, Signalfeuer und Trommeln und wenn du tagsüber kämpfst, Flaggen und Banner, um die Augen und Ohren deiner Armee zu führen.“

Sunzi – Die Kunst des Krieges, ca. 500 v.u.Z.

Man kann Menschen unter einer Flagge vereinigen, ohne dass sich notwendiger Weise all diese Menschen auf eine einheitliche Idee verständigt haben. Es genügt, dass sie ein gemeinsames Symbol gefunden haben, unter dem all die divergierenden Ideen und Ziele, für die gestritten wird, Platz finden. Die Fülle an sprachlichen Bildern, die wir im Zusammenhang mit Fahnen kennen, lässt erahnen, wie lange die Geschichte der Fahne zurückreicht. Als militärisches Erkennungszeichen wurden Fahnen schon vor Jahrtausenden ins Feld geführt, und es ist wahrscheinlich, dass auch schon damals mancher Soldat Fahnenflucht beging, weil er nicht mehr unter dem Banner seines Herren kämpfen wollte. Einen Sieg konnte er sich so natürlich nicht mehr an seine Fahne heften, dies ersparte ihm aber auch die Erneuerung seines Fahneneids, und zum Fahnenappell musste er hinfest nicht mehr antreten. Die flapsigen Zeilen sollen andeuten, dass ich einen ernsthaften, kulturgeschichtlichen Abriss zur Fahne erst gar nicht beginnen möchte. Nur einige Überlegungen seien hier angebracht.

Die schwarze Fahne wurde als politisches Symbol während der Zeit des Nationalsozialismus eher zurückhaltend verwendet, wenn nicht sogar unterdrückt. Als Symbol des Anarchismus und des Widerstands und Aufbegehrens von Arbeiterbewegungen erfuhr sie seit der ersten Hälfte des 19ten Jahrhunderts Verwendung. Lediglich die SS und das Deutsche Jungvolk verwendeten Schwarz als Hintergrundfarbe. Die Totenkopffahne war allerdings nicht die offizielle Fahne der SS, sondern nur als Flagge einzelner Kampfverbände im Einsatz. Die „Hausflagge“ der SS war ein schwarzes Tuch mit weißen SS-Runen, als SS-Standarte kam eine rot-weiße Hakenkreuz-Standarte mit der Aufschrift „Sturmabteilung“ zum Einsatz.

Eine eindeutige, politische Symbolik für die Farbe Schwarz als Fahnenfarbe ist kaum zu behaupten, zu unterschiedlich wird sie vereinnahmt. Sie ist Farbe des Todes, der Pest, der Rache und des Widerstands. Dementsprechend verwendet wurde und wird sie von Freikorps,

Freibeutern, Anarchisten und dem schwarzen Block bei Demonstrationen, dessen eindeutige Zuordnung zum linken politischen Spektrum heute ebenfalls nicht mehr gültig ist, da das rechte Lager sich dieser Ausdrucksformen genauso bedient.

Das Schwarz der Fahnen bei Hans Haacke ist wohl am ehesten dem Erscheinungsbild der SS geschuldet, die sowohl für ihre, von der Firma des NSDAP-Mitglieds Hugo Ferdinand Boss ab 1932 hergestellten Uniformen, als auch für einige ihrer Fahnen diese Farbe wählte. Dass die Fahne als Medium bestens geeignet ist, in diesem Zusammenhang die Bilder, die wir von der NS-Zeit vom übermäßigen Fahnenschwingen im Kopf haben, aufzurufen, muss nicht ausführlich diskutiert werden. Natürlich ist das Medium hier auch Teil der Botschaft, und nicht bloße Trägeroberfläche derselben.

Zur ästhetischen Inszenierung des Nationalsozialismus gehörte vor allem die Hakenkreuzfahne. Bei Veranstaltungen wie dem Reichsparteitag in Nürnberg, oder dem Blutzeugenappell in München, wurden die Straßen der Städte in ein rotes Fahnenmeer verwandelt.

Dass Hans Haacke sich all dieser Elemente bedient, sie sich aneignet, und der Deutschen Industrie ihre menschenverachtende Gesinnung auf die Fahnen schreibt, hat allerdings tatsächlich anarchistische Züge.

DEUTSCHE INDUSTRIE I

SS & Industrie – Zur Genealogie einer Beziehung

Die »Industrielleneingabe«

„Die Übertragung der verantwortlichen Leitung eines mit den besten sachlichen und persönlichen Kräften ausgestatteten Präsidialkabinetts an den Führer der größten nationalen Gruppe wird die Schlacken und Fehler, die jeder Massenbewegung notgedrungen anhaften, ausmerzen und Millionen Menschen, die heute abseits stehen, zu bejahender Kraft mitreißen.“⁵⁰

Zitat aus der »Industrielleneingabe« von 1932

Dieses Zitat stammt aus der so genannten »Industrielleneingabe« vom 19. November 1932 an den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg, die dem Wunsch der 19 Unterzeichner Ausdruck verleiht, Adolf Hitler zum Reichskanzler zu machen. Die Ansichten der Unterzeichner wie Dr. Hjalmar Schacht (vormals Reichsbankpräsident) oder Fritz von Thyssen (Konzernchef, Schwerindustrie) können natürlich keine monokausale Erklärung über die Rolle ganzer Industriezweige im Nationalsozialismus liefern. Es soll an dieser Stelle auch nicht verschwiegen werden, dass bei den Reichstagswahlen am 6. November 1932 die NSDAP trotz Verlusten von 4,2 Prozent (im Vergleich zu den Wahlen im Juli des selben Jahres, in deren Folge keine parlamentarische Mehrheit gebildet werden konnte) immer noch die stimmenstärkste Partei (33,1%) vor SPD (20,4%) und KPD (16,9%) war. Dennoch: der Eindruck einer Rabaukenpartei unter der Führung eines Bierzeltagitators haftete der NSDAP nach wie vor an, und so hielten es bedeutende Wirtschaftsführer offenbar für eine notwendige Initiative, dem Reichspräsidenten Hindenburg mitzuteilen, dass sie dem „Führer der größten nationalen Gruppe“ ihr Vertrauen schenkten. Sie sprechen sich in ihrem Brief klar gegen das „bisherige parlamentarische Parteiregime“ aus, erkennen in der nationalen Bewegung „den verheißungsvollen Beginn einer Zeit“ für „einen Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft“, der „noch viele Opfer erfordert“, und sie glauben, dass „diese Opfer nur dann willig gebracht werden können, wenn die größte Gruppe dieser nationalen Bewegung führend an der Regierung beteiligt wird.“ Die Namen der Unterzeichner standen für Unternehmen wie: AEG, Commerzbank, Wintershall AG (heute ESSO), Pelikan AG, Deutsche Bank, HAPAG, Sywidag (heute Strabag) und andere.

50 Industrielleneingabe von 1932 zitiert nach: (<http://www.ns-archiv.de/nsdap/foerderung/eingabe-hindenburg.php>)

Das Geheimtreffen vom 20. Februar 1933

Bei diesem Treffen Hitlers und Görings mit 27 Großindustriellen im Reichstagspräsidentenpalais in Berlin forderten die Nationalsozialisten Wahlkampfspenden für die am 5. März anstehenden Reichstagswahlen und legten ihren Gönnern in der konspirativen Atmosphäre einer geschlossenen Veranstaltung die Grundzüge ihrer Politik dar. Im Parteiprogramm der NSDAP von 1920 wurde eine unentgeltliche Enteignung von Grund und Boden gefordert. Dieser Programmpunkt wurde in den Folgejahren zwar entschärft, und bereits 1927 hatte Hitler seine Interpretation von 'Sozialismus' in einer, auf Anregung von Emil Kirdorf verfassten Denkschrift dargelegt, die in Industriellenkreisen verbreitet wurde, um Bedenken aus dem Weg zu räumen. Diese 22 Seiten umfassende Broschüre trug den Titel „Der Weg zum Wiederaufstieg“ und wurde erst 1968 durch Recherchen des Historikers Henry Ashby Turner der Öffentlichkeit bekannt. Die Befürchtungen, dass von drohenden Soialisierungsmaßnahmen auch für die Schwerindustrie bedeutende Kohlefelder oder die Betriebe selbst betroffen sein könnten, galt es bei dem Treffen 1933 endgültig aus der Welt zu schaffen. Hitler bekannte sich vor den Herren der Wirtschaft „ausdrücklich zum Privateigentum“⁵¹, man stellte in Aussicht, dass die kommende Wahl die letzte auf absehbare Zeit sein werde und man sich, einmal an der Macht, danach nicht mehr davon abdrängen lassen werde. Außerdem kündigte Hitler ein Aufrüstungsprogramm an, welches in den Folgejahren mit massiven, staatlichen Mitteln auch umgesetzt wurde.

Das im Anschluss an Hitlers Rede erbrachte Spendenvolumen seitens der Großindustriellen betrug zwischen 2 und 3 Millionen Reichsmark. Historiker streiten, inwieweit es sich dabei um politische Nötigung oder um freiwilliges Engagement handelte. Anwesende wie Friedrich Flick, der später auch Mitglied im »Freundeskreis-Reichsführer-SS« wurde, oder Gustav Krupp von Bohlen Halbach, der Hitler nach seiner Rede im Namen aller Anwesenden seinen Dank aussprach, mussten allem Anschein nach nicht allzu lange zu Geldspenden genötigt werden. Thyssen hat sich schon lange zuvor als Förderer Hitlers hervorgetan. Eindeutig belegt ist, dass Hitler seine antidemokratische Gesinnung bei diesem Treffen als Schutz- und Gewinngarantie für die großindustriellen Interessen präsentierte, und damit große Zustimmung bei seinen Zuhörern fand.

Im folgenden zitiere ich aus Dirk Stegmanns „Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus“ einige Passagen, die wiedergeben, was am 20. Februar Inhalt der

51 Dirk Stegmann, „Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930–1933“, in: Archiv für Sozialgeschichte, Band XIII, Bonn-Bad Godesberg, 1973, S. 478
Download bei »Archiv für Sozialgeschichte der Friedrich Ebert Stiftung«:
http://library.fes.de/jportal/receive/jportal_jparticle_00011608

Besprechung war.

„Aufzeichnung vom 21. Februar 1933 über die Sitzung Hitlers, Görings und Schachts mit Industriellen am 20. Februar 1933 in Berlin, verfaßt von dem Leiter des Berliner Büros der Gutehoffnungshütte, Dr. Martin Blank, für Paul Reusch.“⁵²

„[...] Der Reichspräsident [gemeint ist Göring, eigentl. Reichstagspräsident, Reichspräsident ist zu diesem Zeitpunkt Paul von Hindenburg, Anm. R.F.] erschien, begleitet von Funk, mit 1/4 Stunde Verspätung. Er wies in einer Ansprache auf die Bedeutung des kommenden Wahlkampfes, der auf absehbare Zeit der letzte sein werde, hin und berichtete von dem Wunsch des Kanzlers, sich vor den Herren der Wirtschaft persönlich zu äußern.

[...] Er [Hitler, Anm. R.F.] setzte dann in einer rhetorisch glänzenden, 1 1/2 stündigen, frei gehaltenen Rede seine politischen Absichten auseinander. Zu wirtschaftlichen Fragen hat er verhältnismäßig wenig geäußert, aber die schon von anderer Seite gegebene Erklärung bestätigt, daß alle Gerüchte über etwaige Experimente, die mit der Wirtschaft gemacht werden sollten, falsch seien. Er bekannte sich ausdrücklich zum Privateigentum und zum Erbrecht, das aus der Leistung der Vorfahren heraus seine Berechtigung habe. Er ging dann auf die Geschichte der deutschen Revolution ein, stellte westliche Demokratie einerseits und Führertum, begründet auf Leistungen, andererseits einander gegenüber. Der Sozialismus, die Massenentwicklung, Pazifismus und Marxismus hätten sich schon seit 1870 immer mehr in Deutschland ausgebreitet. Die Staatsformen des russischen Kommunismus und des italienischen Faschismus seien beide besser als die westliche Form der Demokratie.

[...] Die Polizei sei jetzt schon sicher in der Hand der Regierung. Vielleicht fehle es hier und da an der notwendigen Begeisterung, die Herr Göring aber im Laufe der nächsten Zeit noch hervorrufen werde. Es sei wahrscheinlich das Richtigste, das Volk noch einmal sprechen zu lassen. Er sei kein Freund von illegalen Maßnahmen, aber man werde sich auch nicht aus der Macht drängen lassen, wenn das Ziel der absoluten Majorität nicht erreicht sei.

[...] Der Reichskanzler hat dann seine eigenen Gedankengänge entwickelt, die ihn zur Gründung der NSDAP und zur Fortführung seines Kampfes geführt haben. Grundlage sei die völkische Idee und der Gedanke der Wehrhaftigkeit. Das Leben sei

52 Dirk Stegmann, 477 ff.

ein fortgesetzter Kampf, und nur ein wehrhaftes Volk könne bestehen. Auch könne nur eine wehrhafte Nation eine blühende Wirtschaft haben. Volk und Boden seien die Wurzeln seiner – des Redners – Kraft und der Kraft einer Nation.

*Herr v. Bohlen sprach dem Redner den aufrichtigen dank der Beteiligten aus und hob insbesondere das Bekenntnis zum Privateigentum und zur Wehrhaftigkeit hervor.*⁵³

Die Bewertung des Geheimtreffens vom 20. Februar 1933 seitens des Zeitzeugen Josef Goebbels fiel eindeutig aus. Er notierte in sein Tagebuch: „*Wir treiben für die Wahl eine ganz große Summe auf, die uns mit einem Schlag aller Geldsorgen enthebt. Ich alarmiere gleich den ganzen Propagandaapparat, und eine Stunde später schon knattern die Rotationsmaschinen. Jetzt werden wir auf Höchsttouren aufdrehen. Wenn keine außergewöhnliche Panne mehr unterläuft, dann haben wir bereits auf der ganzen Linie gewonnen.*⁵⁴

Bei den Reichstagswahlen am 5. März 1933 erreichte die NSDAP 43,9%.

Zur Historiker-Kontroverse

Dirk Stegmann nimmt in seiner Schrift „*Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus*“ mehrfach Bezug auf den US-amerikanischen Historiker Henry Ashby Turner (*Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft*; Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen 1972), dem er unter anderem vorhält, für seine Studien wichtige Quellen nicht berücksichtigt zu haben. Turner bewertet die Rolle der Großindustrie beim Aufstieg der NSDAP als weit weniger bedeutend, die Finanzierung der Partei durch Mitgliedsbeiträge einer wachsenden Anhängerzahl steht bei ihm mehr im Zentrum.

Dass damals (1972/73) und bisweilen bis heute, Schriften, die den Industriellen bei der Finanzierung Hitlers und seiner Partei einen gewichtigen Anteil nachweisen, als 'marxistische

53 Dr. Martin Blank zitiert nach Dirk Stegmann, 477 ff.

54 Elke Fröhlich, „*Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Sämtliche Fragmente*“, München, New York, London, Paris, 1987, Teil 1, Band 2, S. 380, hier zitiert nach:
(http://de.wikipedia.org/wiki/Geheimtreffen_vom_20._Februar_1933#cite_note-12)

Theorien' bezeichnet werden, gibt Aufschluss darüber, dass auch die Wissenschaften ein ideologisch umkämpftes Terrain sind. (Heißen Entlastungsschriften für die Industriellen eigentlich 'kapitalistische Theorien'? Und wenn ja, wo?) So erschien beispielsweise bereits 1948 ein Buch des Georg-Strasser-Gefolgsmannes und Lobbyisten des Ruhrbergbaus August Heinrichsbauers „Schwerindustrie und Politik“, das nach Stegmann „ganz deutlich die Funktion hatte, die Ruhrindustrie von der Unterstellung reinzuwaschen, es seien Millionenbeträge an die NSDAP gegeben worden.“⁵⁵

Unbestritten ist, dass politische Einflussnahme, auch mittels Spendenaufkommen seitens führender Persönlichkeiten der Großindustrie, einen wesentlichen Beitrag zum Scheitern der Weimarer Republik leistete. „Die Weimarer Republik und ihre Verfassung samt ihrer sozialstaatlichen Komponente lehnten die meisten Schwerindustriellen von Anfang an ab: Seit Beginn der Republik hatten sie sich dafür ausgesprochen, konservative Gegengewichte gegen den Reichstag zu schaffen.“⁵⁶ Antimarxistische, antisozialistische und antidemokratische Parolen bekamen großen Beifall aus den Reihen der besitzenden, konservativen Kreise noch bevor die großen Massen auch den antisemitischen Hassiraden anheimfielen.

Die »Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft«

Die »Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft« war eine vom »Reichsstand der Deutschen Industrie« eingeführte Zwangsabgabe. Diese Interessenvertretung der deutschen Wirtschaft, zu deren führenden Mitgliedern Hjalmar Schacht, Fritz Thyssen und Gustav Krupp von Bohlen und Halbach gehörten, setzte die Sondersteuer von bis zu 1% des Umsatzes aus Dankbarkeit für die Beseitigung der Arbeitnehmerrechte und Gewerkschaften ab 1. Juni 1933 durch. Zur persönlichen Verfügung des Führers entstand so ein Vermögen, dessen Gesamtvolumen sich bis 1945 auf mindestens 700 Millionen Reichsmark belief.

„Entscheidend war, dass der neue Staat sich mit seinen wirtschaftspolitischen Ordnungsmodellen in Übereinstimmung mit den antigewerkschaftlichen Interessen der Unternehmer befand und auch mit seinen offen proklamierten Rüstungsabsichten auf

55 Dirk Stegmann, S. 413, Fußnote 57

56 Dirk Stegmann, S. 408

eine Gemeinsamkeit der Interessen stoßen würde. Besiegelt wurde das Interessenbündnis auf Gegenseitigkeit mit der »Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft«, die der unermüdliche Schacht zusammen mit Krupp am 1. Juni 1933 begründete, und mit der Einsetzung eines Generalrates der Wirtschaft, der den Erwartungen besonders der Schwerindustrie auf gezielte Einflußnahme zu entsprechen schien.“⁵⁷

Der »Freundeskreis Reichsführer SS Heinrich Himmler« – Die Schutzstaffel der Industrie

Dieser 'Freundeskreis' war ein Bund von Wirtschaftsgrößen, Aristokraten, Bankern, Professoren und Funktionären des Nazi-Staatsapparats, der aus zwei Arbeitskreisen hervorgeht, die auf Anregung Hitlers ins Leben gerufen wurden. 1932 wurde Hajmar Schacht, der ehemalige Reichsbankpräsident beauftragt, eine Arbeitsstelle einzurichten, deren Aufgabe es sei „die Unklarheit über das Wirtschaftsprogramm des Nationalsozialismus in der Großindustrie zu beseitigen“⁵⁸.

Der andere, ebenfalls 1932 gegründete Zirkel ist als 'Keppler-Kreis' bekannt, selbst bezeichnete man sich als 'Studienausschuss für Wirtschaftsfragen'. Später erwächst aus dem Konglomerat beider Gruppen der 'Freundeskreis Reichsführer SS Heinrich Himmler'. Man beratschlagte in regelmäßig stattfindenden Treffen entscheidende Fragen zur Wirtschafts-, Finanz- und Industriepolitik.

Dirk Stegmann sieht in der Arbeit dieses informellen Kreises vor allem 1932/33 „die wesentliche

57 Daniela Kahn, „Die Steuerung der Wirtschaft durch Recht im nationalsozialistischen Deutschland: das Beispiel der Reichsgruppe Industrie“, in: „Das Europa der Diktatur 12“, Vittorio Klostermann Verlag, Frankfurt am Main 2006, S. 165/166

58 Dirk Stegmann bezugnehmend auf ein Schreiben Hjalmar Schachts an Hitler, S. 425, bzw. Dokument VII, S.449; Schacht im Wortlaut: „Wenn es mir auch diesmal noch nicht gelungen ist, die großmächtigen Herren im Westen zum offenen Eintreten für Sie zu veranlassen, so konnte ich doch sehr viel Sympathie konstatieren. Zwei Bedenken finde ich immer wieder vorherrschend: Das eine ist die Furcht, sich mit der Regierung anzulegen, auf deren Wohlwollen man unter Umständen angewiesen ist, und das zweite ist die Unklarheit über das Wirtschaftsprogramm des Nationalsozialismus. Bezuglich des letzteren Punktes nun habe ich insofern Erfolg gehabt, als eine Reihe von Herren sich bereit erklärt haben, gemeinsam mit mir eine Stelle zu finanzieren, die die wirtschaftspolitischen Ansichten des Nationalsozialismus auf die Möglichkeit hin studieren sollen, sie mit dem Gedeihen privater Wirtschaft in Einklang zu bringen. Der bloße Kampf gegen das Wort Sozialismus, wie ihn Herr Hugenberg neuerdings betreibt, ist ja reichlich einfältig. Ich habe die feste Überzeugung, daß sich bei gemeinsamer Arbeit eine völlige Übereinstimmung zwischen den Grundanschauungen des Nationalsozialismus und der Möglichkeit privater Wirtschaft erzielen läßt, da der Gegensatz nicht Sozialismus und Kapitalismus lauten kann, sondern nur Individualismus und Kollektivismus.“

*Keimzelle für wichtige Grundsatzentscheidungen nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik*⁵⁹. In Arbeitsausschüssen wurden Denkschriften zu Finanz-, Industrie-, und allgemeinen Wirtschaftsfragen verfasst und Fragen zu „Währung, Kreditwesen, Arbeitsbeschaffung, Produktion, Außenhandel, Genossenschaftswesen“ erörtert. Absolut bemerkenswert dazu ist eine Fußnote Stegmanns: „Der Verfasser hat ohne Erfolg diese Denkschriften bei der Familie Helfferich zu bekommen versucht. Sie scheinen vernichtet worden zu sein; daß sie existiert haben, wurde dem Verf. von dem Leiter der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Prof. Dr. W. Jochmann, in einem Gespräch im April 1973 bestätigt. Jochmann hat diese Dokumente vor rund 10 Jahren selbst eingesehen.“⁶⁰ Emil Helfferich war Mitglied im Keppler Kreis, sein Bruder Karl war Aufsichtsratsvorsitzender der Hamburg-Amerika-Linie und der Deutsch-Amerikanischen Petroleumgesellschaft.

Insgesamt spricht Stegmann von einer „Umarmungsstrategie“ seitens der „konservativen Führungsschichten“, um „Hitler als Vertreter des privatkapitalistischen NSDAP-Kurses (...) den Rücken zu stärken“.⁶¹

Die Freunde des Kreises spendeten auf ein gemeinsames Konto („Sonder-Konto S“) Millionenbeträge „für gewisse ausserhalb der etatmässigen Finanzierung liegende Aufgaben“, wodurch „der Reichsführer in die Lage versetzt werden“ sollte, „sich auf seine Freunde insgesamt stützen zu können“.⁶² In trauter Einigkeit feierte man gemeinsam 'Julfest' (Weihnachten) und machte Gruppenausflüge in die Konzentrationslager Dachau und Oranienburg, um sich zwischendurch so staatstragenden Geschäften wie Arisierungen und dem Nachschub von Zwangsarbeitern widmen zu können. Die Industrielleneingabe, die Reichspräsident Hindenburg zur Ernennung Hitlers zum Reichskanzler aufforderte, entstammte ebenfalls diesem Dunstkreis.

Die Zahl der Mitglieder bewegte sich schwankend bis maximal um die 40 Personen. Um einen

59 Dirk Stegmann, S. 428

60 Dirk Stegmann, S. 428, Fußnote 152

61 ebenda S. 428

62 Aus einem Schreiben an die Mitglieder des Freundeskreises mit der Bitte um Einzahlung auf das „Sonderkonto S“, unterzeichnet von Baron von Schröder (ab 1934 Leiter Privatbanken i.d. Reichsgruppe Banken) und Otto Steinbrinck (u.a. ab 1925 für Fried. Flick tätig und von 1937 bis 1939 Generalbevollmächtigter des Flick-Konzerns); zitiert nach den Dokumenten der Nürnberger Prozesse: „Trials of War Criminals before the Nuernberg Military Tribunals under control council law no. 10“, Nuernberg October 1946-April 1949, Volume VI „The Flick Case“ United States Government Printing Office Washington, 1952, Document NI-10103, Nuernberg Military Tribunals, Volume VI, S.1241; (http://www.loc.gov/rr/frd/Military_Law/NTs_war-criminals.html)

ungefähren Eindruck vor allem der beteiligten Firmennamen zu geben, sei im Anhang das Spendenaufkommen für den Freundeskreis aus dem Jahr 1943 aufgelistet, wie sie den "Trials of War Criminals before the Nuernberg Military Tribunals", Volume VI »The Flick Case« 1946-1949, zu entnehmen sind.

Anhang:

Contributions to special account „S“ in the year 1943⁶³

By Dr. R. Bingel

of Siemens-Schuckertwerke A.G.	100,000.00
Dr. Bueteisch & Geh.Rat Schmitz	
of I.G. Farbenindustrie A.G.	100,000.00
Dr. Friedr.Flick	
of Mitteldeutsche Stahlwerke G.m.b.H.	100,000.00
Ritter von Halt	
of Deutsche Bank Berlin	75,000.00
Mr. Ewald Hecker	
of Ilseder Huette	25,000.00
Staatsrat Helfferich	
of Deutsch-Amerikanische Petroleum-Ges.	10,000.00
Staatsrat Lindemann	
of Deutsch-Amerikanische Petroleum-Ges.	10,000.00
and personally	4,000.00
Dr. Kaselowsky	
of Dr. August Oetker, Bielefeld	40,000.00
Dr. Alfred Olscher	
of Reichs-Kredit-Gesellschaft A.G.	30,000.00
Prof. Dr. Meyer & Dr. Rasche	
of Dresdner Bank, Berlin	50,000.00
Staatsrat Reinhart	
of Commerz & Privatbank A.G., Berlin	50,000.00
Gen. Dir. Roehnert	
of Rheinmetall Borsig A.G.	50,000.00
of Hermann Goering Works	30,000.00
Dr. Voss	
of Hermann Goering Works	30,000.00

63 „Trials of War Criminals before the Nuernberg Military Tribunals“ Volume VI „The Flick Case“, S. 270-271

Gen. Dir. Rosterg		
of Wintershall Akt. Ges.	100,000.00	
Commander Otto Steinbrinck		
of Vereinigte Stahlwerke A.G.	100,000.00	
Kurt Baron v. Schroeder		
of Braunkohle-Benzin A.G.	100,000.00	
of Felten & Guilleaume Carlwerk A.G.	25,000.00	
of Mix & Genest A.G.	5,000.00	
of C. Lorenz A.G.	20,000.00	
of Gewerkschaft Preussen	30,000.00	
of interest and myself	16,000.00	
		RM 1,100,000.00

Beschreibung des Freundeskreises aus den Dokumenten der Nürnberger Prozesse „The Flick Case“⁶⁴

„The defendants Flick and Steinbrinck were members of a group variously known as "Friends of Himmler", "Freundeskreis" (Circle of Friends), and the "Keppler Circle", which, throughout the period of the Third Reich, worked closely with the SS, met frequently and regularly with its leaders, and furnished aid, advice, and support to the SS, financial and otherwise. This organization was composed of about thirty German business leaders, and a number of SS leaders, including Heinrich Himmler, head of the entire SS from 1929 to 1945; Karl Wolff, Himmler's Adjutant, Obergruppenfuehrer and holder of other high positions in the SS; Oswald Pohl, Chief of the SS Main Economic and Administrative Department; Otto Ohlendorf, a leading official of the SS Main State Security Department [Reich Security Main Office] ; and Wolfram Sievers, Manager of the Ahnenerbe Society and Director of its Institute for Military Scientific Research.

The business and industrial members of the Circle included leading officials of the largest enterprises in Germany in the fields of iron, steel, and munitions productions, banking, chemicals, and shipping. These enterprises included I. G. Farben, Vereinigte Stahlwerke, Hermann Goering Works, Brabag, Junkers, the Wintershall Chemical Concern, North German Lloyd and Hamburg American Shipping Lines, Deutsche Bank, Dresdner Bank, Reichs-Kredit-Gesellschaft, the Stein Bank, and Commerz Bank.

The circle was formed early in 1932 at Hitler's suggestion by his economic adviser, Wilhelm Keppler. It participated in effecting Hitler's rise to power and made plans for the reorganization of German economy in accordance with Hitler's plans. Thereafter the circle met regularly, up to and including early 1945, with Himmler, Keppler, and other high government officials, and was a means of maintaining close cooperation between the largest business and industrial enterprises on the one hand, and the German Government, Nazi Party, and the SS on the other.

⁶⁴ „Trials of War Criminals before the Nuernberg Military Tribunals“ Volume VI „The Flick Case“, S. 23-24

Each year from 1933 to 1945, the circle contributed about one million marks to Himmler to aid in financing the activities of the SS. During this period, the defendants Flick and Steinbrinck made and procured contributions by Flick and the Flick Concern to the SS through the circle, aggregating at least one hundred thousand marks annually for many years. Flick and the Flick Concern, by the action and procurement of Flick and Steinbrinck, also contributed substantial additional amounts to the SS over the years 1933 to 1945. Steinbrinck also procured substantial contributions by Vereinigte Stahlwerke A.G. and affiliated enterprises to the SS through the circle in the years 1940 through 1944."

Friedrich Flick auf dem Weg zum Bundesverdienstkreuz

„Friedrich Flick war, als er im Sommer 1950 als vorzeitig strafentlassener Endsechziger vor dem Gefängnistor von Landsberg stand, wieder einer der reichsten Männer Deutschlands, Herr über ein Konzernreich mit Zig- und bald Hunderttausenden von Arbeitern und Angestellten.“⁶⁵

Friedrich Flick war im Rahmen der Nürnberger Prozesse 1947 wegen Sklavenarbeit, Verschleppung zur Sklavenarbeit, Ausplünderung der besetzten Gebiete und Teilhabe an Verbrechen der SS zu sieben Jahren Haft verurteilt worden. Von der Gefängniszelle aus hatte er seinen Konzern neu strukturiert, alte Beteiligungen abgestoßen und neue, gewinnversprechende Anteile - unter besonderer Berücksichtigung amerikanischer Wachstumsbranchen - , zugekauft. Er kam bereits 1950 frei, behielt nahezu alle Verfügungsrechte über seinen westdeutschen Besitz und wurde in der Nachkriegszeit zum reichsten Mann Deutschlands und unter anderem zum größten Aktionär der Daimler-Benz-AG.

Beim Verkauf der Daimler-Benz Anteile 1975 wurde Friedrich Karl Flick (Sohn von Friedrich Flick) ein Steuererlass in der Höhe von 986 Millionen Deutscher Mark gewährt. Im Zuge der Aufklärung der »Flick-Affäre« stellte ein Bundestagsuntersuchungsausschuss fest, dass zwischen 1969 und 1980 mindestens 25 Millionen DM von Flick an Bundestagsmitglieder gezahlt wurden, 15 Millionen DM an die CDU/CSU, 6,5 Millionen an die FDP und 4,3 Millionen an die SPD.⁶⁶

Friedrich Flick lehnte eine Entschuldigung bei den Überlebenden und den zu Tode geschundenen Zwangsarbeiter_innen zeitlebens ab, da er dies als Schuldeingeständnis wertete. Stattdessen wurde ihm 1963 das große Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband der Bundesrepublik Deutschland verliehen, und bei seinem Tod im Jahr 1972 vererbte er seinen Nachkommen ein Firmenimperium mit rund 300.000 Beschäftigten in 330 Unternehmen. Sein Sohn, Friedrich Karl Flick, der es ebenfalls ablehnte, sich zu entschuldigen oder sich an der im Jahr 2000 [sic!] ins Leben gerufenen Stiftung zur Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter »Erinnerung, Verantwortung, Zukunft« finanziell zu beteiligen, bekam 1997 das Große Goldene Ehrenzeichen mit dem Stern für Verdienste um die Republik Österreich.

65 Bernt Engelmann „Wie wir wurden, was wir sind – Von der bedingungslosen Kapitulation zur unbedingten Wiederbewaffnung“, Goldmann, München 1982, S. 256

66 Zahlen nachzulesen u.a. bei: (http://www.deutschlandradiokultur.de/die-fuenfte-gewalt.984.de.html?dram:article_id=153495)

Die Freilassung der industriellen Kriegsverbrecher

Am 2. September 1949 übernahm der vormalige Präsident der Weltbank John Jay McCloy das Amt des amerikanischen Hochkommissars in Deutschland in der Nachfolge des Militärgouverneurs General Lucius D. Clay. In dieser Funktion oblag ihm die - aufgrund der bisher fehlenden völkerrechtlichen Grundlagen nicht vorgesehene - 'Revision' der Nürnberger und Dachauer Gerichtsurteile. Unter anderem lagen Gnadengesuche von deutscher Seite vor. Das Deutsche Grundgesetz sah zudem keine Todesstrafe mehr vor, wodurch die Frage nach Strafumwandlung anhänglich wurde. Durch den Ausbruch des Koreakrieges im Juni 1950 wurde die Diskussion um eine Deutsche Wiederbewaffnung und einen Verteidigungsbeitrag Deutschlands in Europa virulent. Der beginnende Kalte Krieg machte es notwendig, Deutschland gegenüber einer Politik der Versöhnung einzuleiten. Die Kriegsverbrecherprozesse waren in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung als 'Siegerjustiz' interpretiert worden, und Parteien wie die CDU, FDP und DP aber auch SPD verstanden es, die Kritik aufzugreifen und mit Gnadengesuchen mögliche Wählerstimmen zu generieren. Unterstützt wurden sie dabei unter anderem aus den Reihen beider christlicher Kirchen. Eine der von McCloy gesetzten Maßnahmen war die Reduzierung von Strafen bei guter Führung, die er „im Interesse der Gefängnisdisziplin“ rechtfertigte, wodurch im August 1950 „die im Flick- und im I. G. Farben-Prozeß verurteilten Industriellen, die vergleichsweise niedrige Strafen erhalten hatten, sofort zur Freilassung anstanden.“⁶⁷

Der von mir hier verwendete Begriff 'Revision' ist insofern irreführend, da erst zu klären war, ob McCloy ein Berufungsgericht, das neue Beweise zulassen hätte müssen, oder ein Begnadigungsgremium einrichten würde. Da die Urteile der Nürnberger Prozesse über Schuld und Unschuld nicht neu verhandelt werden sollten, fiel die Wahl auf letzteres. Der von McCloy beauftragte »Peck-Ausschuss« bestätigte in seinem Bericht „das in Nürnberg entstandene Bild einer nationalsozialistischen Verschwörung zur Führung eines Angriffskrieges und betonte, daß alle Organisationen und Institutionen, die man in Betracht gezogen habe - SS, Wehrmacht, Konzentrationslager, Gerichte, Regierung, Großindustrie – Teil eines großen Plans gewesen seien, »der trotz seiner Wahnsinnigkeit aufs Gründlichste durchgeführt wurde und jede nur erdenkliche Anstrengung rechtfertigte.“⁶⁸ Die Empfehlung des Ausschusses nach sechswöchiger Arbeit lautete auf Verringerung der Urteile in 77 von 93 Fällen und die Umwandlung von sieben

⁶⁷ Thomas Alan Schwartz, „Die Begnadigung deutscher Kriegsverbrecher. John J. McCloy und die Häftlinge von Landsberg“, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben von K. Bracher, H. Schwarz, 38. Jahrgang 1990, Heft 3, R. Oldenburg Verlag München, S. 386

⁶⁸ ebenda S. 392

von 15 Todes- in Haftstrafen. McCloy folgte nicht allen Empfehlungen der Expertengruppe, die lediglich die 3.000 Seiten der Urteilsbegründungen, nicht aber die 300.000 Seiten der Prozessakten studiert hatten. Im Fall Krupp aber war man sich einig, „daß das Urteil, verglichen mit den Urteilen gegen Flick und die Direktoren der I. G. Farben, deutlich zu hoch ausgefallen und die Beschlagnahme des Krupp-Vermögens mit den Grundsätzen amerikanischer Rechtsprechung nicht vereinbar gewesen war.“⁶⁹ Französische und britische Zeitungen waren empört über Krupps Begnadigung, und sogar die Washington Post „erklärte sein Unverständnis mit der Freilassung von Alfried Krupp, der doch »einen Teil der Verantwortung an Hitlers Machtergreifung und der Durchsetzung seiner Pläne« trage.“⁷⁰ Telford Taylor, ein ehemaliger Ankläger in Nürnberg, kommentierte, die Freilassung Krupps habe „den Grundsätzen des Völkerrechts einen schweren Schlag versetzt“⁷¹.

Alfried Krupp von Bohlen und Halbach war der Sohn von Gustav Krupp und ab 1943 Oberhaupt der Friedrich Krupp AG in der Nachfolge seines Vaters. Nachdem Adolf Hitler im selben Jahr auf Drängen der Familie Krupp die sogenannte 'LEX Krupp' erließ, konnte das Firmenvermögen ohne die Zahlung von Erbschaftssteuer weitergereicht werden. Alfried Krupp wurde verurteilt für „Mitwirkung an der wirtschaftlichen Ausbeutung besetzter Gebiete und Einsatz von Zwangsarbeitern“. Das Strafmaß lautete auf zwölf Jahre Haft und Einziehung des gesamten Vermögens. Begnadigt und entlassen wurde er im Februar 1951, sein Vermögen wurde ihm zurückgegeben.

69 Thomas Alan Schwartz, S.397

70 ebenda, S. 402

71 ebenda, S. 403

Thyssen, Krupp & das Erbe der Kriegswirtschaft

„Der Faschismus ist eine historische Phase, in die der Kapitalismus eingetreten ist, insofern etwas Neues und zugleich Altes.“⁷²

Bertolt Brecht, 1935

Bei der Lektüre der historischen Forschung wird deutlich, dass die Verbindung zwischen dem SS-Totenkopf auf Haackes Fahne und den Namen der deutschen Industrieunternehmen nicht allein durch die individuelle Verantwortung einzelner, im Nationalsozialismus handelnder Personen erklärt werden kann. Wissenschaftliche Untersuchungen, wie zum Beispiel Dirk Stegmanns zitiertes Werk „Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus“ haben zu Recht immer die konkreten Taten, zum Teil als Kriegsverbrecher verurteilter, zum Teil voll rehabilitierter Magnaten im Blick.

Für das Verständnis von Haackes Werk, muss die Aufmerksamkeit von den längst verstorbenen Persönlichkeiten, wieder zu den Firmennamen und deren Handlungsprinzipien verschoben werden.

Das Beispiel Thyssen kann erklären, warum. Fritz Thyssen war, das belegen nicht nur die historische Forschung sondern auch seine eigenen Angaben, ein großer Förderer der Nationalsozialisten. Ab 1923 hat Fritz Thyssen eine Vorreiterrolle bei der finanziellen Unterstützung Hitlers eingenommen. Während Hitler bei anderen Großindustriellen noch einige Skepsis hervorrief, ermöglichte ihm Thyssen den Zugang zu einflussreichen Kreisen, und bekundete seine Zustimmung nach einer Rede im Industrie-Club Düsseldorf 1932 sogar mit „Heil mein Führer!“. Neben den Nationalsozialisten unterstützte er aber auch andere rechte Parteien im antikommunistischen und auch antidemokratischen Kampf großzügig. Ab 1933 war er Parteimitglied der NSDAP. Als er 1939 gemeinsam mit seiner Frau in die Schweiz emigrierte, machte er die politische Kehrtwende und bezog öffentlich Stellung gegen die Politik der Nazis und den Krieg. 1940 diktierte er Emery Reves Teile des Buches, das unter dem Titel "I paid Hitler" 1941 erscheinen sollte, später distanzierte er sich von dem belastenden Werk. 1940 wurde Fritz Thyssen in Frankreich verhaftet und nach Deutschland ausgeliefert. Gemeinsam mit seiner Frau

72 Bertolt Brecht, „Fünf Schwierigkeiten beim Schreiben der Wahrheit“, erstmal 1935, zitiert aus: „Gesammelte Werke“, Band 18, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1967, S. 226

Amélie war er bis 1945 in verschiedenen Konzentrationslagern inhaftiert. Im Rahmen der so genannten 'Entnazifizierung' wurde Fritz Thyssen 1948 als minderbelastet eingestuft.

Im Thyssen-Konzern wurde ungeachtet der Abwesenheit von Fritz Thyssen auch nach 1939 weiter produziert. Allein am Standort Duisburg waren 1944 schätzungsweise 30.000 Zwangsarbeiter in 22 so genannten 'Ausländerlagern' interniert, um in Thyssen-Fabriken zu arbeiten.

Die Maschinerie der industriellen Unterwerfung von Menschen lief bereits auf Hochtouren. Industrie und Diktatur ermöglichten sich gegenseitig immer weitere Schritte der Expansion.

„Nichts kann jedoch den Sachverhalt verdecken, daß die nationalsozialistische Kriegswirtschaft mit ihrem vor allem unter Speer schnell steigenden Arbeitskräftebedarf so nur funktionieren konnte, weil sie auf der vom NS-Regime gewonnenen und durch den Krieg erweiterten Verfügungsgewalt über Menschen und Sachen beruhte.“⁷³

Der Bedarf an Zwangsarbeitern stieg mit der Rationalisierung und Mechanisierung der Rüstungsbetriebe enorm an, ihr Anteil betrug bei gefährlicher, manueller Arbeit wie der Pulververarbeitung „bis zu 76% (in einem Einzelfall wie Kaufbeuren sogar 91%)“. „Messerschmidt in Augsburg beschäftigte 1944 rd. 47,2% Ausländer. In metallverarbeitenden Betrieben, also in der traditionellen Rüstungsindustrie, lag dagegen der Ausländeranteil bei rd. 30% - je nachdem ob der Betrieb auf arbeitsteilige Fließbandfertigung umgestellt war oder nicht.“⁷⁴ Von der SS bereitgestellte Zwangsarbeiter_innen wurden in der Regel von den Betrieben 'ausgeliehen' und der Tagessold an die SS bezahlt. Das Gewaltregime der Nationalsozialisten hatte die Sozialisierung der gesellschaftlichen Mittel unterbunden und mit kriegswirtschaftlichen Aufrüstungsprogrammen die Umstellung auf rationalisierte Fertigungsmethoden – nicht zuletzt durch die Bereitstellung neuen 'Menschenmaterials' – gewährleistet. Die große, während der Weltkriegsjahre stattfindende industrielle Umschichtung „war eine zugunsten der kapitalintensiven und arbeitsteiligsten Unternehmen erfolgte Verschiebung [...] Aufbauend auf massiven staatlichen Investitionen, [...] auch auf der Ausbeutung ausländischer, insbesondere weiblicher Arbeitskräfte und der Abschöpfung der durch Zwangssparen und Tribute der besetzten Gebiete ziemlich geräuschlos finanzierten Rüstungsausgaben entstand eine neue Industriestruktur, die so nur durch die Rüstungsproduktion entstehen konnte. Es war nicht zufällig, daß gerade diejenigen

73 Michael Geyer, „Deutsche Rüstungspolitik 1860 – 1980“, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1984, S.164-165

74 ebenda, S. 164

Industrien 1933 am lautesten für die Rüstungsproduktion plädierten, die am Ende des Krieges auch als ihre hauptsächlichen Gewinner erschienen.“⁷⁵

Diese weit über die Kriegswirtschaft hinausreichende Neugestaltung der Arbeitslandschaft, in der Rechte aber auch die Qualifikationen der Arbeitnehmer_innen weitgehend marginalisiert wurden, wiegt sicher schwerer, als der Verweis auf konspirative Treffen und die Geldspenden Industrieller zu Gunsten Hitlers. Dabei darf nur nicht übersehen werden, dass beide Entwicklungen einander bedingen. Der Aufstieg der Nationalsozialisten rettete die Kontrollmacht der Herrschaftselite über die gesellschaftlichen Mittel, und der Weg dorthin wurde geebnet durch jene Eliten. Zur Absicherung der errungenen Machtstellung war die nationalsozialistische Diktatur wiederum Abhängig von der möglichst reibungslos funktionierenden Bereitstellung von Gewaltmitteln durch die Rüstungsindustrie. Während die NS-Führung sich die Zustimmung der Massen in den ersten Herrschaftsjahren durch die Senkung der Arbeitslosenzahlen mittels enormer Staatsverschuldung erkauft, brauchte sie später, schreibt Götz Aly, „den nicht besonders populären Krieg auch, um den Staatskonkurs hinaus zu zögern. In einem dritten Schritt konnte Hitler die öffentliche Moral stabilisieren, und zwar weil er diesen Krieg in eine beispiellose Serie unterschiedlicher, einander ergänzender Raub- und Vernichtungsfeldzüge verwandelte.“⁷⁶

Das hinterlassene Erbe ist nicht in erster Linie in Gestalt des Privatvermögens einzelner Manager oder Eigentümer – deren persönliche Verfehlungen zweifellos anzuprangern sind – zu beziffern, sondern manifestiert sich in Form von unsterblichen Rechtspersonen mit einer rational und effizient auf Profit ausgerichteten Handlungslogik, im Dienste der alten, immer politisch 'legitimierten' Herrschaft über Menschen und Ressourcen.

Fritz Thyssens Erben, seine Frau Amélie (gestorben 1965) und Tochter Anita Zichy-Thyssen (gest. 1990) erlebten den Wiederaufstieg des Konzerns zu neuer Größe, die Enkel Claudio und Federico Zichy-Thyssen verkauften 1997 als letzte Familienmitglieder ihre Anteile am Thyssen-Konzern an die Commerzbank AG⁷⁷. Die Frage nach der Rechtfertigung für die Nennung des Namens Thyssen auf Haackes Installation, kann daher nicht allein durch Leben und Wirken des

75 ebenda, S. 166

76 Götz Aly, „Hitlers Volksstaat“, S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2005, zitiert aus der erweiterten Taschenbuchausgabe „Antwort auf die Kritik“, 2006, S.365-366

77 1999 fusionierten die Friedrich Krupp AG Hoesch und die Thyssen AG zur ThyssenKrupp AG. Größter Einzeleigentümer eines Aktienpakets des Konzerns ist derzeit mit 23,03% (2014) die „Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung“, die vom Namensgeber gegründet wurde und dessen gesamtes Vermögen mit seinem Tod 1967 auf die Stiftung überging. Die Stiftung vergibt unter anderem den „Alfried-Krupp-Förderpreis für junge Hochschullehrer“ und den „Alfried-Krupp-Wissenschaftspreis“.

1951 verstorbenen Fritz Thyssen beantwortet werden.

„Die heiligste aller Kühe, die nicht geschlachtet, nicht gemolken, ja nicht einmal zaghaf^t berührt, nur kräftig gefüttert werden darf, heißt: das Privateigentum. Und dabei macht man – vom Standpunkt der alten Elite aus: sehr begreiflich – nicht den geringsten Unterschied zwischen dem, was sich der einzelne aus eigener Kraft für sich und die Seinen geschaffen hat, und dem, was erst durch die Gemeinschaft, also durch den Fleiß und das Können aller, wertvoll geworden ist, also auch nicht den einen, auf Kosten aller anderen, reich machen dürfte.“⁷⁸

78 Bernt Engelmann, „Wem gehört dieses Land?“, in: „Das Reich zerfiel, die Reichen blieben“, Hamburg 1972, zitiert nach: „Auf gut deutsch; Ein Bernt Engelmann Lesebuch“ C. Bertelsmann Verlag, München 1981, S. 64

DEUTSCHE INDUSTRIE II

Zur Kontinuität der Herrschaftsakte

Der Herrschaftsakt Rüstung

Michael Geyer definiert in seinem Buch zur Deutschen Rüstungspolitik von 1860-1980 Rüstung als „[...] die Bereitstellung von Gewaltmitteln durch die Aneignung gesellschaftlicher Ressourcen. Sie ist als solche eine soziale und wirtschaftliche Aktivität, die in der Neuzeit im Rahmen der Staatstätigkeit durchgeführt wird. Als Aneignung gesellschaftlicher Ressourcen ist jede Rüstungsmaßnahme wie die Steuereintreibung, mit der zusammen die Rüstung groß geworden ist, ein Herrschaftsakt, der die gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse in sich aufnimmt und diese wiederum durch ihre Verwendung prägt und gestaltet.“⁷⁹

Es reicht daher nicht, die Zeit des Nationalsozialismus und die unmittelbare Zeit vor dem Irakkrieg in den Blick zu nehmen, um ein Verständnis für Haackes Werk zu entwickeln. Zwischen der bedingungslosen Kapitulation Nazi-Deutschlands und der Aufrüstung Saddam Husseins unter Beihilfe der Deutschen Industrie muss eine Staatstätigkeit stehen, die es erlaubt hat, Deutschland wieder zu bewaffnen und genug gesellschaftliche Ressourcen auf Rüstung umzuleiten, um diese sogar exportieren zu können. Es fällt mir schwer zu glauben, doch das ist tatsächlich passiert, auch wenn es in den ersten Nachkriegsjahren noch nicht danach aussah.

„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert. [...]“

79 Michael Geyer, S. 14

Die zu dem engen Kreis der Vertreter der Großbanken und der großen industriellen Unternehmungen gehörigen Personen hatten infolgedessen eine zu große wirtschaftliche und damit zu große politische Macht. [...]

Die neue Struktur der deutschen Wirtschaft muss davon ausgehen, dass die Zeit der unumschränkten Herrschaft des privaten Kapitalismus vorbei ist. [...]

Unternehmungen monopolartigen Charakters, Unternehmungen, die einen bestimmte Größe überschreiten müssen, verleihen eine wirtschaftliche und damit eine politische Macht, die die Freiheit im Staate gefährden kann. Dieser Gefahr muss dadurch vorgebeugt werden, dass entsprechende Kartellgesetze erlassen werden. (Siehe Antrag 1 der CDU-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen). Darüber hinaus soll bei diesen Unternehmungen das machtverteilende Prinzip eingeführt werden, damit jede mit dem Gemeinwohl unverträgliche Beherrschung wesentlicher Wirtschaftszweige durch den Staat, Privatpersonen oder Gruppen ausgeschlossen wird.*

a) Zu diesem Zweck sollen öffentliche Körperschaften wie Staat, Land, Gemeinde, Gemeindeverbände, ferner Genossenschaften und die im Betrieb tätigen Arbeitnehmer an diesen Unternehmungen beteiligt werden; der dringend notwendigen Unternehmerinitiativen ist der erforderliche Spielraum zu belassen.
b) Weiter soll bei solchen Unternehmungen der private Aktienbesitz, der in einer Hand dem Eigentum oder dem Stimmrecht nach vereinigt ist, in der Höhe gesetzlich begrenzt werden. [...]

Bei allen Reformen der deutschen Wirtschaft, mag es sich um Bodenreform, Neubau der industriellen Wirtschaft oder Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Arbeitnehmern und Betrieb handeln, ist das erste und vornehmste Ziel das Wohl des gesamten Volkes. [...]"

** „1. Die Wirtschaft muß wieder ihrem natürlichen Zweck, nämlich der Bedarfsdeckung zugeführt werden. Die privatkapitalistischen Konzern- und Machtbildungen im Bergbau und in der Großindustrie werden auf dem Wege der Entflechtung aufgelöst, weil sie ihren Einfluß und ihre Machtstellung zum Nachteil des Staates und der Gesellschaft mißbraucht haben.“⁸⁰*

Dieser antikapitalistische Text stammt nicht etwa aus der Feder kommunistischer Parteikader,

⁸⁰ »Das Ahlener Programm« der CDU für die britische Zone vom Februar 1947, zitiert nach: Bernt Engelmann „Wie wir wurden, was wir sind“ „Von der bedingungslosen Kapitulation zur unbedingten Wiederbewaffnung“, Goldmann, München 1982, S. 319ff; online zu finden auf der Website der Konrad Adenauer Stiftung: <http://www.kas.de/wf/de/33.813/>

sondern ist eine programmatische Erklärung des Zonenausschusses der CDU für die britische Zone vom Februar 1947, genannt »Das Ahlener Programm«.

Mit diesem Programm wurde die CDU bei den ersten Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen am 20. April 1947 stimmenstärkste Partei (37,57%), gefolgt von SPD (31,97%), KPD (13,97%), Zentrum (9,77%) und FDP (5,95%) (Wahlbeteiligung 67,31%).⁸¹

Fraktionsvorsitzender der CDU im Landtag Nordrhein-Westfalen war ab Oktober 1946 der spätere Bundeskanzler Konrad Adenauer. Dieser galt allerdings als entschiedener Gegner des 'christlichen Sozialismus' wie ihn das »Ahlener Programm« verstanden wissen wollte, und schon 1949 hat sich die CDU mit den »Düsseldorfer Leitsätzen« einem neuen Programm verschrieben, das die 'soziale Marktwirtschaft' zur Grundlage deutscher Wirtschaftspolitik erklärte.

Erwähnenswert sind die Passagen aus dem Ahlener Programm allemal, da sie deutlich machen, dass selbst eine bürgerliche Partei – erklärte Verteidiger des Privateigentums – zumindest in den ersten Nachkriegsjahren für eine Deckelung von in privaten Händen konzentrierter Macht zu Gunsten des Gemeinwohls eintrat. Die Schäden, verursacht durch die rücksichtslose Durchsetzung partikularer Interessen Einzelner, waren überdeutlich auf große Teile der Bevölkerung Deutschlands zurückgeschlagen.

Die militärisch bedeutsamen Industrieanlagen, von denen aus Nazi-Deutschland seine Nachbarn mit Krieg und Terror überzog, waren nicht selten direkter Bestandteil großer deutscher Städte. Und so kehrte der Krieg mit den Luftangriffen der Alliierten dorthin zurück, wo er seinen Ausgang genommen hatte. Mitten in den Lebensraum der (zwangs)arbeitenden Bevölkerung Deutschlands. Dass diejenigen, die ihre Haut gerade noch retten konnten, von Kriegswirtschaft, Rüstungsindustrie, und der, von Profitüberlegungen geleiteten Einflussnahme der großen Kapitäne der Schwerindustrie wie Thyssen und Krupp nichts mehr wissen wollten, scheint nur allzuverständlich. Und dass diese Zusammenhänge auf breiter Ebene verstanden wurden, dafür geben eben nicht nur die Forderungen von SPD und KPD, sondern auch das »Ahlener Programm« der CDU ein eindrucksvolles Zeugnis.

Der am 30. Juni 1946 durchgeführte Volksentscheid in Sachsen (Teil der sowjetischen Besatzungszone) war die erste direktdemokratische Abstimmung nach dem zweiten Weltkrieg in Deutschland. Die Frage: „Stimmen Sie dem Gesetz über die Übergabe von Betrieben von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes zu?“, wurde von den Wahlberechtigten zu 77,6% mit »JA« und zu 16,6% mit »NEIN« beantwortet (ungültig waren 5,8% der Stimmen,

81 Wahlergebnis zitiert nach: (http://de.wikipedia.org/wiki/Landtagswahl_in_Nordrhein-Westfalen_1947)

Wahlbeteiligung 93,7%).⁸²

Im Düsseldorfer Landtag wurde im Februar 1947 ebenfalls über die mögliche Verstaatlichung der Ruhrindustrie beraten. »Der Spiegel« berichtet darüber in der am 8. März 1947 erschienenen Ausgabe unter der Überschrift „Adenauer Sieg. Es wird nicht sozialisiert“:

„Dr. Konrad Adenauer, CDU -Fraktionsführer, erklärte, kein Deutscher könne wünschen, daß Industrie und Bergbau in Staatsbesitz übergingen. Der Staat werde noch lange so schwach sein, daß er und mit ihm die deutsche Wirtschaft Spielball ausländischer Interessen sein würden.“⁸³

»Die Zeit« vom 20.3.1947 berichtet ebenfalls unter der Überschrift „Aufschlußreiche Landtagsdebatte“:

„Zwischen SPD und CDU war überhaupt ein wechselseitiges Mißtrauen deutlich zu verspüren. Die SPD vermutet, die CDU verberge hinter komplizierten Konstruktionen die Absicht, die Rolle des Privatkapitals zu retten, während die CDU befürchtet, die Verstaatlichung bleibe trotz aller abweichenden Behauptungen das Hauptziel der SPD. Tatsächlich liegen hier die Schwächen der beiderseitigen Positionen, und zwar nicht in bösen und hinterhältigen Absichten, sondern vorwiegend darin, daß beide Parteien ihre neuen Wirtschaftskonzeptionen noch nicht vollständig abgeklärt haben. Die SPD, die von dem Gedanken der allgemeinen Staatswirtschaft herkommt, sucht jetzt nach einer Grenze der Verstaatlichung, kann sie aber noch nicht klar und eindeutig bestimmen. Die CDU befindet sich in einer ähnlichen Lage hinsichtlich der Privatwirtschaft. [...]“

Der Antrag der CDU, die Landesregierung möge bei der Militärregierung erwirken, daß die Kompetenzen auf dem Gebiet der Konzernentflechtung und Sozialisierung auf die deutsche Gesetzgebung übergehen, wurde gegen die Stimmen der KPD und SPD angenommen. Diese beiden Parteien ziehen also die Zuständigkeit einer sozialisierungsfreudigen Militärregierung der Kompetenz eines Landtags vor, in dem sie selbst in der Minderheit sind. Hieraus ersieht man wieder einmal, daß unsere Erziehung zur Demokratie noch nicht abgeschlossen ist. Ein Volksentscheid über die Sozialisierung wurde mit den Stimmen der CDU und FDP abgelehnt.“⁸⁴

82 Wahlergebnis zitiert nach: (http://de.wikipedia.org/wiki/Volksentscheid_in_Sachsen_1946)

83 »Der Spiegel« 10/1947, (<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-41121323.html>)

84 »Die Zeit« 20.3.1947, (<http://www.zeit.de/1947/12/aufschlussreiche-landtagsdebatte/komplettansicht>)

Die sozialisierungsfreudige Militärregierung, die der Kommentator hier anspricht, meinte die Britische. Dass KPD und SPD mehr Vertrauen in die britischen Militärbehörden mit ihrer Londoner Labour-Regierung im Hintergrund hatten als in die Kollegen von FDP und CDU, kann mit der Kenntnis der weiteren Entwicklung Nachkriegsdeutschlands durchaus als gerechtfertigt erachtet werden. Denn dass CDU und FDP in NRW einen Volksentscheid über die Sozialisierung ablehnten, nachdem die Wahlberechtigten zuvor in Sachsen eindeutig dafür plädierten, war nur einer von noch vielen kommenden, demokratieunwürdigen Herrschaftsakten.

Truman Doktrin & Marshallplan

„Zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Weltgeschichte muss fast jede Nation zwischen alternativen Lebensformen wählen. Nur zu oft ist diese Wahl nicht frei. Die eine Lebensform gründet sich auf den Willen der Mehrheit und ist gekennzeichnet durch freie Institutionen, repräsentative Regierungsform, freie Wahlen, Garantien für die persönliche Freiheit, Rede- und Religionsfreiheit und Freiheit von politischer Unterdrückung. Die andere Lebensform gründet sich auf den Willen einer Minderheit, den diese der Mehrheit gewaltsam aufzwingt.“⁸⁵

Harry S. Truman, 12. März 1947

Am 12. März 1947 verkündete der US-amerikanische Präsident Harry S. Truman vor beiden Häusern des Kongresses seine Doktrin, die eine neue amerikanische Außenpolitik, den Beginn des 'Kalten Krieges' und eine entscheidende Weichenstellung für die Geschichte Nachkriegsdeutschlands einleitete. Die Eindämmung des kommunistischen Einflusses in der Welt sollte fortan mit militärischen und wirtschaftlichen Hilfestellungen für 'befreundete' Nationen ebenso durchgesetzt werden, wie mit atomaren Drohungen.

Der Wiederaufbau und ebenso die spätere Wiederbewaffnung West-Deutschlands sind direkte Folgen der Errichtung eines antikommunistischen Schutzwalls gegen die UdSSR. Nach dem Hungerwinter 1946/47 wurde der »Marshall-Plan« auf den Weg gebracht.

Zuvor war auf der Potsdamer Konferenz der Siegermächte im Sommer 1945 entschieden worden, „der Lebensstandard der deutschen Bevölkerung sei niedrig zu halten. Hilfslieferungen des Roten Kreuzes an das geschlagene Land wurden von den Alliierten untersagt. Im Winter 1945/46 wiesen die Militärbehörden irische und schweizerische Nahrungsmittelpenden ab, die

85 zitiert nach: (<http://de.wikipedia.org/wiki/Truman-Doktrin>)

ausdrücklich für Deutschland bestimmt waren, und empfahlen den humanitären Organisationen, ihre Güter in andere bedürftige Länder Europas zu schicken.“⁸⁶

Die Währungsreform vom 20. Juni 1948

Im Vorfeld der Währungsreform von 1948 wurden in den USA gedruckte D-Mark Banknoten im Wert von 5,7 Milliarden DM nach Westdeutschland verschifft und dort an Ausgabestellen verteilt. Die Umstellung erfolgte nach einem Schlüssel von 1000(RM):65(DM) für Bargeld und Sparguthaben, Schulden wurden im Verhältnis 10(RM):1(DM) umgebucht, Löhne, Mieten usw. wurden 1:1 weiter bezahlt. Wer also am Sonntag 20. Juni 1948, 1000 Reichsmark auf dem Sparbuch hatte, bekam dafür am darauffolgenden Montag 65 Deutsche Mark gutgeschrieben. Guthaben aus der Zeit vor dem 1. Januar 1940 wurden im Verhältnis 5:1 getauscht. Für Aktien wurde ein Tausch im Verhältnis 1:1 festgelegt, und für all jene, die nicht die Möglichkeit hatten, ihr Vermögen in Aktien anzulegen, muss der Bericht des »Spiegel« vom 8.12.1949 eine bitte Pille gewesen sein.

„Klingelzeichen – Alles aussteigen“

„»Kinders, kauft Aktien«, predigte Otto Andernach seinen Bekannten vor einem Vierteljahr. Aber die ließen sich nicht belehren: »Mensch, Otto, die Firmen sind doch fast alle pleite.« Heute laufen sie dem Chef der organisierten Wertpapierbesitzer Niedersachsens das Büro ein und jammern: »Hätten wir man [sic] auf Dich gehört.« Vor drei Monaten wurden Papiere der Vereinigten Stahlwerke an den westdeutschen Börsen noch mit 13 notiert. Wer damals eine 1000 - Mark - Aktie kaufte, mußte 130 DM dafür bezahlen. Nach 82 Wartetagen, am 21. 11., konnte er dieselbe Aktie für 760 DM wieder verkaufen. [...]“

Bei 20 Aktien macht das in zweieinhalb Monaten 12600 DM Verdienst. »Das ist doch ein Schluck aus der Pulle, oder nicht?«, fragt Andernach eindringlich. »Natürlich kann es auch schiefgehen«, bremst er. »Laut geklingelt zum Ein- und Aussteigen wird bei der Börse nämlich nicht.« [...]

Die gesetzliche Umstellung des Aktienkapitals auf D-Mark wird wahrscheinlich im Verhältnis 1:1 erfolgen. Oder noch deutlicher: Aktionäre der Mannesmann- und Vereinigten Stahlwerke werden von ihren 1000 RM, die sie einmal für eine Aktie

86 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.12.2009, „Zum Hunger traf der 'weiße Tod'“, (<http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/fernsehen/im-fernsehen-zum-hunger-traf-der-weisse-tod-1900404.html>)

anlegten, nicht nur 65 DM aufgewertet bekommen, wie alle anderen Sparer, sondern mindestens zehnmal soviel. Vielleicht sogar später den vollen Betrag von 1000 DM. [...]

In den Ecken flüsterte es, Direktor Pferdmenges habe auch an dem kleinen Diner teilgenommen, das Dr Adenauer im Hause Rhöndorf dem amerikanischen Außenminister Acheson gab. »Na klar, mit den Amerikanern und ohne Entflechtung wird der Laden schon wieder in Schwung kommen.«⁸⁷

Dr. Robert Pferdmenges war während der NS-Zeit im Aufsichtsrat einer 'arisierten' Bank und ab 1947 Landtagsmitglied in Nordrhein-Westfalen für die CDU, außerdem von 1947 bis 1949 Vertreter seiner Partei im Wirtschaftsrat der Bizonie (US-amerikanische und britische Besatzungszone), eine Gesetzesinitiativen vorbereitende, unter alliierter Kontrolle stehende Instanz. Außerdem war er von dem in Landsberg inhaftierten Kriegsverbrecher Friedrich Flick ab 1948 zu einem von zwei Treuhändern seines Konzerns bestimmt worden. Der andere Treuhänder war Hermann Josef Abs, ab 1937 Mitglied im Aufsichtsrat der Zykロン-B Hersteller IG-Farben (und bis zu 50 weiteren Firmen), später Finanzberater von Bundeskanzler Adenauer und Leiter der deutschen Delegation beim Londoner Schuldabkommen 1953, ab 1957 Sprecher des Vorstandes der Deutschen Bank (siehe auch Hans Haacke 1974 »Das Manet-Projekt«).

Für den allergrößten Teil der deutschen Bevölkerung war der Tauschwert von Aktiendepots verglichen mit den existuellen Nöten von vernachlässigbarer Bedeutung. Entscheidend war, dass nunmehr Waren nicht mehr gegen Zigaretten getauscht werden mussten und dass überhaupt, quasi über Nacht, die verbotenen, verborgenen Warenlager aufgingen und der tägliche Bedarf wieder gedeckt werden konnte. Der Schriftsteller und Zeitzeuge Bernt Engelmann kommentierte und kritisierte derartige Entwicklungen zeitlebens:

„Einigen wenigen aber blieb, trotz verlorener Kriege, Inflation und Vertreibung, ganz entschieden mehr, nämlich alles: Großgrundbesitz und Warenlager, Kohlenfelder, Flöze und Halden, Maschinen und Patente, Kunstschatze und Auslandsguthaben, vor allem aber Ansprüche sowie Macht und der Reichtum, sie auch durchzusetzen. Ihnen gehören heute, genau wie ihren Vorfahren vor hundert und mehr Jahren, nahezu zwei Drittel der Großunternehmen der Bundesrepublik.“⁸⁸

87 »Der Spiegel« 50/1949 vom 8.12.1949, (<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-44439233.html>)

88 Bernt Engelmann, „Wem gehört dieses Land?“, in: „Das Reich zerfiel, die Reichen blieben“, Hamburg 1972, zitiert nach: „Auf gut deutsch; Ein Bernt Engelmann Lesebuch“, C. Bertelsmann Verlag, München 1981, S. 61

Die Währungsreform war auch ein gefährlicher Funke im wachsenden Ost-West-Konflikt, sah doch die sowjetische Seite die Einführung einer eigenen Währung für West-Deutschland als Bruch des Potsdamer Abkommens, wonach Deutschland während der Besatzungszeit als wirtschaftliche Einheit zu betrachten gewesen wäre. Die direkte Folge daraus war die elfmonatige Berlin-Blockade 1948/49, während der West-Berlin bis zum Einlenken der Sowjets aus der Luft versorgt wurde. 1977 wurde bekannt, dass Winston Churchill 1948 den Vorschlag machte, die Sowjets - zu diesem Zeitpunkt noch nicht im Besitz atomarer Waffen - zum Rückzug durch den Einsatz von mindestens vier amerikanischen Atombomben zu bewegen.⁸⁹

Dem oben angeführten »Spiegel«-Bericht vom Dezember 1949 ist auch zu entnehmen, dass die, noch zwei Jahre zuvor als notwendig für ein friedliches Zusammenleben erachteten Maßnahmen wie Sozialisierung der Betriebe, Entflechtung der Konzerne, Vergesellschaftung von Ressourcen oder eine Bodenreform gegen Großgrundbesitz anderen Zielen geopfert werden würden, namentlich der Eindämmungspolitik und dem sich daraus entwickelnden 'Wirtschaftswunder'.

Wirtschaftswunder, Koreakrise, Koreaboom

Im Juni 1950 griffen US-amerikanische Truppen auf Seiten der Südkoreaner in den Krieg gegen Nordkorea ein, das von sowjetischer Seite mit Waffen unterstützt wurde. Mit dem Vorrücken der US-Amerikaner stellte sich China auf die Seite der Nordkoreaner, und was manchmal als Koreakrise tituliert wird, wurde nicht nur in Westdeutschland zum 'Koreaboom'.

Die Nachfrage nach Rohstoffen, Industrieprodukten und nicht zuletzt nach Rüstungsgütern stieg enorm an. Der US-amerikanische Bedarf konnte nur unter Rückgriff auf deutsche Kohlezechen und Produktionsstätten gedeckt werden.

Nicht zu unterschätzendes psychologisches Element bei der Konstituierung der neuen deutschen

89 siehe dazu: »Der Spiegel« 1/1977, „Churchill: Atombomben auf die UdSSR“, (<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-41019434.html>); „Er [Churchill] hatte auch bereits ein Konzept entwickelt für den Fall, daß die Russen sich weigerten, seinen Friedensplan zu befolgen. Danach sollten amerikanische und britische Flugzeuge über der Sowjet-Union Flugblätter abwerfen, auf denen wir dem sowjetischen Volk unsere Freundschaft erklären, ihm mitteilen, daß wir diese schreckliche Waffe besäßen und die Absicht hätten, drei oder vier Gebiete in einem Zeitraum von drei oder vier Wochen zu bombardieren; die Bevölkerung möge diese Gebiete evakuieren. Die Bomben sollten dann abgeworfen werden, um dem sowjetischen Volk unsere Stärke zu demonstrieren. Damals, so Churchill, hätte die Sowjet-Union nichts machen können. Hätte sie den Krieg erklärt, hätten wir sie noch härter bestraft. Daß es nicht zu dieser Kraftprobe kam, als wir das Monopol besaßen, sei katastrophaler Irrtum gewesen.“

Republik(en) ist in diesem Zusammenhang eine Politik der Angst, nämlich die Befürchtung, dass die Spannungen zwischen Ost und West auch innerhalb Deutschlands in einen militärisch geführten, offenen Konflikt übergehen könnten.

Die Wiederbewaffnungsdiskussion

„Westdeutschland entstand als Wirtschaftsgesellschaft, wurde aber zur Bundesrepublik erst durch die Organisation militärischer Gewalt.“⁹⁰

Die Debatte um eine Remilitarisierung und Wiederbewaffnung West-Deutschlands wurde vereinzelt schon ab 1948 öffentlich geführt (siehe Artikel im Anhang). Verhandlungen auf höchster Ebene gingen diesen Debatten voraus, wobei sich deutlich abzeichnete, dass die Wiedererlangung der vollen Souveränität Deutschlands eng an die eigene militärische Wehrbereitschaft gekoppelt ist. Alliierte Organe betonten immer wieder, dass es den Völkern Frankreichs, Englands und der USA nicht zumutbar wäre, Deutschland gegen die Sowjetunion zu verteidigen, ohne dass dieses einen eigenen Beitrag dazu leiste.

Welche Abstriche man auf Seiten ranghoher Militärs und der Regierung Adenauer bei der Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit zu machen bereit war, zeigt die »Himmeroder Denkschrift«. Dieses Papier ist im Oktober 1950 unter der Federführung ranghoher, als unbelastet geltender Militärs auf Initiative von Konrad Adenauer entstanden. Die besonders problematischen Stellen möchte ich hier zitieren.

Im Folgenden aus: »Himmeroder Denkschrift«

(Seite 1)

Militärischer Experten-Ausschuss.

9.10.1950

Diese Denkschrift ist Geheime Bundessache.

Sie darf nur mit Genehmigung des Herrn Bundeskanzlers oder in seinem Auftrage des Beraters für Sicherheitsfragen anderen Personen als den im Verteiler bezeichneten ganz oder teilweise im Original oder in Abschrift zur Kenntnis gebracht werden. [...]

90 Michael Geyer, S. 197

(Seite 2)

Denkschrift

Über die Aufstellung eines Deutschen Kontingents im Rahmen einer übernationalen Streitmacht zur Verteidigung Westeuropas.

(Seite 4)

I. Die militärpolitischen Grundlagen und Voraussetzungen.

[...]

(Seite 6)

Psychologisch:

R e h a b i l i t i e r u n g des deutschen Soldaten durch eine Erklärung von Regierungsvertretern der Westmächte (Aufhebung der seinerzeitigen Diffamierung durch Kontrollrats- u.a. Gesetze).

Freilassung der als „K r i e g s v e r b r e c h e r“ verurteilten Deutschen, soweit die nur auf Befehl gehandelt und sich keiner nach alten deutschen Gesetzen strafbaren Handlung schuldig gemacht haben. Einstellung schwebender Verfahren. Dieses Ziel wird nur schrittweise zu erreichen sein; es muß aber vor Beginn der Aufstellung ein s i c h t b a r e r Anfang gemacht werden. Auch die Frage der Verurteilten in Spandau (insbesondere der beiden Soldaten) ist aufzugreifen.

Einstellung jeder D i f f a m i e r u n g des deutschen Soldaten (einschließlich der im Rahmen der Wehrmacht seinerzeit eingesetzten Waffen-SS) und Maßnahmen zur Umstellung der öffentlichen Meinung im In- und Ausland. [...]⁹¹

Konrad Adenauers Position in dieser Debatte wird besonders deutlich durch seine Worte vom 24. Juni 1951 bei der CDU-Landesversammlung in Bad-Reichenhall. Auf der Internetseite der »Konrad Adenauer Stiftung« ist das Zitat nur verkürzt, in folgender Form wiedergegeben:

„Appell Konrad Adenauers auf der CSU-Landesversammlung in Bad Reichenhall an das deutsche Volk, das Parteizänk beiseite zu stellen:

»... Neutralisierung und Entmilitarisierung würden bedeuten, dass Deutschland in kurzer Zeit ein Satellitenstaat sein könnte.“⁹²

Ausführlicher zu finden bei Bernt Engelmann:

91 »Himmeroder Denkschrift«, Quelle: Bundesarchiv, BW 9/3119, Das deutsche Militärwesen - Bundesrepublik Deutschland 1949-1990; die Hervorhebungen im Sperrsatz entsprechen der Schreibweise im Originaldokument; (http://www.bundesarchiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/bilder_dokumente/01725/index-7.html.de)

92 zitiert nach: »Konrad Adenauer Stiftung« im www, (<http://www.kas.de/wf/de/190.5/y.1951/>)

„Neutralisierung unter gleichzeitiger Demilitarisierung Deutschlands bedeutet, daß wir in kurzer Zeit ein Satellitenstaat sind. Es bedeutet weiter, meine Damen und Herren, daß in Frankreich und Italien der Kommunismus triumphieren wird; es bedeutet, daß das christliche Abendland erledigt ist; es bedeutet, daß die Vereinigten Staaten ihr Interesse an Europa verlieren. Darum, meine Freunde: Wer die Neutralisierung und Demilitarisierung Deutschlands hier bei uns will, ist entweder ein Dummkopf allerersten Ranges oder ein Verräter!“⁹³

Im Geltungsbereich der NATO

Die Bundesrepublik Deutschland feierte ihre Gründung am 23. Mai 1949 mit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes. Am 9. Mai 1955 trat die BRD der NATO bei, das Besetzungsstatut wurde zuvor aufgehoben und man hatte das Recht wiedererlangt, eine Armee aufzubauen. Der Beitritt der DDR zum, in der Konsequenz gegründeten, Warschauer Pakt erfolgte im selben Jahr. Die Teilung Deutschlands in West und Ost war damit auf lange Sicht festgeschrieben, ebenso wie der Rüstungswettlauf der Hegemonialmächte und ihrer Verbündeten. Die volle Souveränität wurde der BRD nur in Teilabschnitten zugestanden, blieben doch so genannte Vorbehaltstrechte der Alliierten bis mindestens 15. März 1991, als die staatliche Einheit Deutschlands wiederhergestellt war, bestehen.

Der erste, große Rüstungsschub Deutschlands der Nachkriegszeit erreichte seine Hochphase in den Jahren 1960-1967, während dieser Zeit stieg „der Anteil der Militärausgaben am Bundeshaushalt kurzfristig auf über 30%“. ⁹⁴ Bereits 1965 stellte Deutschland „das stärkste NATO-Kontingent der Landstreitkräfte in Mitteleuropa“. „Innerhalb von zehn Jahren war die entwaffnete Bundesrepublik zu der neben Frankreich und der übergewichtigen Sowjetunion stärksten Militärmacht Kontinentaleuropas aufgerückt.“⁹⁵

Mit dem »Zwei-Plus-Vier-Vertrag«, der am 15. März 1991 in Kraft trat, und die ehemalige DDR in den Geltungsbereich des Grundgesetzes der BRD eingliederte, wurde formell das Ende der Besetzungs- und damit Nachkriegszeit beschlossen, und das gesamte deutsche Bundesgebiet dem Geltungsbereich der NATO-Mitgliedschaft unterstellt.

93 Bernt Engelmann „Weissbuch: Frieden“, Kiepenheuer & Witsch, Köln 1982, S.43

94 Michael Geyer, S. 217-218

95 ebenda, S. 218

Anhang:

»Die Zeit« vom 2.12.1948, „Wochenübersicht“

„Die Remilitarisierung Deutschlands in der Sowjetzone und in den Westzonen hat bereits begonnen“, erklärte Dr. Kogon, der Herausgeber der „Frankfurter Hefte“. Er bedauerte in einer Pressekonferenz die „Unwissenheit der deutschen Politiker“ in bezug auf diese Fragen und befürchtete, daß die verhängnisvolle Weimarer Entwicklung sehr wohl in verkürztem Zeitraum noch einmal ablaufen könne.

Der ehemalige deutsche Generalstabschef, General Halder, wies in der letzten Zeit verbreitete Gerüchte zurück, daß er in Pläne zur Remilitarisierung Westdeutschlands eingeschaltet sei.

Zuständige Kreise in London erklärten, daß alle Gerüchte über eine von den Westmächten beabsichtigte Remilitarisierung Westdeutschlands gegenstandslos seien und daß keinerlei Absicht bestehe, die internationalen Abmachungen hierüber zu verletzen.“⁹⁶

»Der Spiegel« 35/1959, 31.8.1950, „Aufrüstung/Internationales“, „Kein Mangel an Generalen“

„Die Bedenken gegen neue Waffen in deutschen Händen würden bei den Amerikanern nicht einmal mehr einen kritischen Novemberwahlschlager abgeben. Ein Gallup-Poll tastete den Puls der öffentlichen Meinung ab: 71 Prozent der befragten Amerikaner waren für Wiederbewaffnung Westdeutschlands. 16 Prozent dagegen. 13 hatten keine Meinung.

Ende Juli ließ sich auch Hanson W. Baldwin, Autorität unter den militärischen Kommentatoren, vernehmen: "Wenn der russische Kommunismus hinter die Pripyet-Sümpfe und den Dnestr zurückgeworfen werden könnte, so wäre dies ein Sieg von viel weitreichenderer Entscheidung als der Rückzug der Nordkoreaner hinter den 38. Breitengrad. Das Hauptaugenmerk und die Konzentration der Kräfte müssen daher auf Westeuropa gerichtet werden. Nicht nur größere militärische Budgets, sondern mehr Mannschaften werden nötig sein. Diese Mannschaften können nur aus zwei Hauptquellen kommen: Japan und Deutschland."

96 »Die Zeit« vom 2.12.1948, (<http://www.zeit.de/1948/49/wochenuebersicht/komplettansicht>)

Außenminister Dean Acheson blieb noch im Fuchsbau seines State Departments. Als Barde wurde John Sherman Cooper, einst republikanischer Senator von Kentucky und Berater des Außenministeriums, vorgeschnickt. Vor den Veteranen der 3. Armee in New York forderte er Westdeutschlands Wiederbewaffnung.

Die Presseabteilung des Außenamts gab die redigierte Rede heraus. Acheson wies am nächsten Tag vor den Presseleuten auf Coopers "kluge Rede" hin. Damit war das Ball-Bande-Ball-Spiel der deutschen Wiederbewaffnung offiziell gestartet. Die USA-Oeffentlichkeit griff es auf.

Den nächsten Schuß im wohlkonzertierten Billardspiel gab, kaum erholt vom Bürgenstock an den Rhein zurückgekehrt, Westdeutschlands Kanzler Konrad Adenauer. Drei Stunden konferierte er auf dem Petersberg. Dolmetscher und Protokollstenographen wurden hinausgeschickt.⁹⁷

»Der Spiegel« 46/1950, 15.11.1950, „Lieber Spiegeler Auf zur Abstimmung!“

„Die Amerikaner brauchen ein Deutschland das sich in Frieden und Freiheit regeneriert, die Russen brauchen ein Deutschland, das nicht Aufmarschgebiet ist, sondern beruhigende Flanke und Waren-Arsenal. Aber diese Chance wird der rheinische Bundeskanzler niemals ergreifen.

Von den Berlinern wissen wir, daß man den Sowjets nicht trauen kann. Wir wollen ihnen bei Gott niemals trauen. Aber die Faust in der Tasche, Zug um Zug, kann man mit ihnen politische Geschäfte machen. Wäre Roosevelt ihnen so gegenübergetreten, wäre Berlin die deutsche Hauptstadt (und Konrad Adenauer nicht Bundeskanzler).

Die zehn Divisionen, mit denen Dean Acheson die Deutschen bewaffnen will, sind ein Tropfen auf einen heißen Stein. Wie, wenn es der bekannte Tropfen wäre. der das Faß zum Ueberlaufen bringt?

Herzlichst Ihr

Rudolf Augstein⁹⁸

97 »Der Spiegel« 35/1959, 31.8.1950, (<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-44449559.html>)

98 »Der Spiegel« 46/1950, 15.11.1950, (<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-44451078.html>)

IM IRAK

Der Staat als Waffenhändler

Ende des Jahres 1990 wurde die Kritik an deutschen Rüstungslieferungen für Saddam Hussein in deutschsprachigen Medien immer lauter. Während über eine deutsche Beteiligung auf Seiten der Koalitionstruppen im Irak-Krieg noch eher zurückhaltend debattiert wurde, überschlagen sich die Berichte über deutsche Industrieunternehmen, die rüstungsrelevante Güter und Technologie-Wissen exportiert haben.

Saddam Hussein, der seit der islamischen Revolution Ayatollah Khomeinis 1979 zu einem Verbündeten des Westens gegen den gemeinsamen Feind Iran wurde, war über ein Jahrzehnt lang von Frankreich, Deutschland, den USA und einigen anderen Exportländern aufgerüstet worden. Davor, während der siebziger Jahre, wurde der Irak hauptsächlich durch die Sowjetunion aufgerüstet, kurzzeitig wurde aber auch der Iran von den Sowjets beliefert. Auf der Liste der Staaten die Rüstung für Hussein lieferten, befinden sich Ägypten, Äthiopien, Belgien, Brasilien, Bundesrepublik Deutschland, China, CSSR, DDR, Frankreich, Großbritannien, Italien, Jordanien, Jugoslawien, Kuwait [sic!], Marokko, Nordkorea, Österreich, Pakistan, Philippinen, Polen, Portugal, Saudi-Arabien, Schweiz, Sowjetunion, Spanien, Südkorea, Ungarn, USA und die Vereinigten Arabischen Emirate.⁹⁹

Der Daimler-Benz-Chef Edzard Reuter rechtfertigt in einem Interview des »Spiegel« zum Thema „Deutsche Waffenexporte“ die Beteiligung seines Konzerns dementsprechend auch mit dem Verweis auf die Politik. Auf die Raketenexporte der Daimler-Tochter MBB angesprochen, kontert er: „*Das war zu einer Zeit, als es politisch – ich betone: politisch – gewollt war, dem Irak in seiner Auseinandersetzung mit dem Iran militärisch zu helfen*“.¹⁰⁰ Der Freistaat Bayern war zu dieser Zeit mit fast 20 Prozent Anteilseigner von MBB, und „CSU-Prominenz war stets im Aufsichtsrat vertreten“.¹⁰¹ Die Aufrüstung des Irak durch die deutsche Industrie fällt größtenteils in die Zeit der Kanzlerschaft von Helmut Kohl (1982-1998), während der Deutschland Waffen im Wert von rund 20 Milliarden US-Dollar exportierte und so, „selbst nach dem Ende des Kalten

99 siehe dazu: Hans Leyendecker, „Die Giftgaslieferungen an den Irak waren kein Zufall – Deutsche Waffenexporte in den nahen Osten“, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 3/1991; (http://library.fes.de/gmh/main/jahresin/1991/jahres_9103.html)

100 »Der Spiegel« 5/1991, „Entscheiden muß die Politik“, S.102, (<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13489789.html>)

101 »Der Spiegel«, 39/1990, 24.9.1990, „Treffer mit Roland“, (<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13502778.html>)

Krieges den Fortbestand der deutschen Rüstungsindustrie“ sicherte.¹⁰²

Die Frage, inwieweit Staaten beziehungsweise Regierungen für die Lieferungen von Rüstungsfirmen moralisch aber auch politisch/juristisch haften, ist nur in jedem Einzelfall zu beantworten. Für die Bundesrepublik Deutschland ist zu sagen, dass Waffenexporte durch den Bundessicherheitsrat genehmigungspflichtig sind. Der Bundessicherheitsrat (gegründet 1955 vom Kabinett Adenauer) ist ein geheim tagender Kabinettsausschuss der Bundesregierung, er unterliegt keiner parlamentarischen Kontrolle beziehungsweise Rechenschaftspflicht, oberstes Mitglied ist der/die jeweilige Bundeskanzler_in. Welche der von Hans Haacke genannten Firmen tatsächlich illegal geliefert haben, war zum Zeitpunkt der Ausstellung nicht ausjudiziert. Verfahren wegen Verstößen gegen das Außenwirtschafts- bzw. Kriegswaffenkontrollgesetz vor dem Landgericht Darmstadt endeten 1994 und 1996 mit drei Bewährungsstrafen sowie Einstellungen und Freisprüchen.¹⁰³ Angeklagt waren Mitarbeiter_innen einzelner Unternehmen, die bei der Herstellung chemischer Kampfstoffe behilflich waren. Karl Kolb und Pilot Plant sind nur zwei der in diesem Zusammenhang immer wieder genannten Namen, die auch Hans Haacke auflistet, Preussag und die Firma W.E.T. seien der Vollständigkeit halber hier ebenfalls erwähnt. Viele der betreffenden Exportartikel waren zudem keine direkten Waffenlieferungen, sondern Technologie die zur Herstellung von Kriegsmaterial dient. Die überwiegende Mehrheit der von Haacke genannten Firmen machte sich bei ihren Geschäften mit dem Irak keines Rechtsbruches nach geltendem deutschen Recht schuldig!

Dass deutsche Unternehmen nicht die einzigen waren, die atomare, chemische und konventionelle Aufrüstung im Irak begünstigten, war 1990/91 durchaus bekannt. Die USA waren immerhin die Nummer zwei auf der Liste der Rüstungsexport-Länder in den Irak, solange der Irak-Iran-Krieg den Öl-gegen-Waffen-Kreislauf in Schwung hielt. Die Empörung über die deutsch-irakischen Wirtschaftsbeziehungen der späten Siebziger- und Achtzigerjahre kam aber nicht nur aus den Reihen einer zivilen, deutschen Friedensbewegung, sondern durchaus auch von den US-amerikanischen Militärs und deren politischen Sprachrohren.

Am 24. Dezember 1990 zitiert »Der Spiegel« das auswärtige Amt in Berlin in Berufung auf ein

102 Jürgen Grässlin, „Schwarzbuch Waffenhandel – Wie Deutschland am Krieg verdient“, Wilhelm Heyne Verlag, München 2013, S. 60

103 siehe dazu u.a.: Deutscher Bundestag, Drucksache 17/12692, Antrag der Fraktion „Die Linke“, „Anerkennung der irakischen Anfal-Operationen 1988/1989 und des Giftgasangriffs auf Halabja vom 16. März 1988 als Völkermord – Humanitäre Hilfe für die Opfer“, 13.3.2013

vertrauliches Fernschreiben mit den Worten: „»Allein der Verdacht einer Beteiligung deutscher Firmen an einem irakischen Atomwaffenprogramm« sei geeignet, der Bundesrepublik »erheblichen außenpolitischen Schaden zuzufügen«. Die Warnung war, wie sich inzwischen gezeigt hat, begründet. Seit Monaten, seit Husseins Truppen über Kuwait herfielen, wächst in den USA die Kritik an deutschen Rüstungslieferungen für den Irak.“¹⁰⁴

Der Staat als Kriegspartei

Rüstungsrelevante Industriegeschäfte deutscher Firmen waren eine Tatsache, die die öffentliche Meinung in dieser Zeit beschäftigte. Sie blieben aber bei weitem nicht die einzige deutsche Beteiligung in diesem Konflikt. So weiß Jürgen Grässlin in seinem „Schwarzbuch Waffenhandel – Wie Deutschland am Krieg verdient“ (2003), noch einiges mehr zu berichten: „Auch wenn die christlich-liberale Regierungskoalition keine Bundeswehrsoldaten entsandte, war Deutschland indirekte Kriegspartei: Über Kooperationsgeschäfte erfolgten Waffenlieferungen nie gekannten Ausmaßes auch an kriegsführende Staaten. Bekanntlich flogen die Luftstreitkräfte Saudi-Arabiens und Großbritanniens mit deutsch-britisches-italienischen Kampfflugzeugen vom Typ Tornado mehr als 1500 Einsätze gegen Irak, bei denen über 5000 Bomben abgeworfen wurden – um nur ein Beispiel zu nennen.“

Unter Bundeskanzler Kohl und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher avancierte die Bundesrepublik zum Kriegsfinanzier und die hiesige Rüstungsindustrie zum Kriegsprofiteur par excellence. Alles in allem unterstützte Deutschland diesen Krieg gegen Irak per »Scheckbuchdiplomatie« mit 17,9 Mrd. DM.“¹⁰⁵

In einer Stellungnahme der Deutschen Botschaft in Kuwait will diese die Annahme, Deutschland habe sich lediglich finanziell am Krieg beteiligt, nicht gelten lassen und betont ausdrücklich den Einsatz deutscher Kampfverbände bei der Befreiung Kuwaits. Die Botschaft schreibt wörtlich auf ihrer Internetseite:

104 »Der Spiegel« 52/1990, 24.12.1990, „Atom-Hilfe für Saddam Hussein“; (<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13503075.html>)

105 Jürgen Grässlin, „Schwarzbuch Waffenhandel – Wie Deutschland am Krieg verdient“, Wilhelm Heyne Verlag, München 2013, S. 42

„[...] Die Bundesregierung war sich ihrer außenpolitischen Verantwortung zur Unterstützung Kuwaits bewusst und reagierte mit zahlreichen Maßnahmen. Die Unterstützung durch Deutschland für den Staat Kuwait und für die am 2. Golfkrieg beteiligten Koalitionstruppen war umfangreicher als allgemein angenommen und beschränkte sich nicht nur auf finanzielle Mittel, wie oft angenommen wird.

Bereits am 10. August 1990 – eine Woche nach der Invasion - beschloss die Bundesregierung die Entsendung eines Minenabwehrverbandes der Deutschen Marine in das östliche Mittelmeer zur Freistellung dort operierender Einheiten für den Einsatz im Arabischen Golf. Im April 1991 wurde dieser Verband in den Nord-Arabischen Golf verlegt mit dem Auftrag: „... gemeinsam mit den Alliierten im Rahmen der UN-Resolution 686 dort Minenabwehr durchzuführen, um die Zufahrt nach Kuwait für die Schifffahrt zu ermöglichen. [...]

Ein weiterer Schwerpunkt der deutschen Beistandsleistung war die Unterstützung der NATO-Partner und der an der Befreiung Kuwaits beteiligten Koalitionskräfte. Als aktiver Truppensteller beteiligte sich die Bundeswehr am NATO-Einsatz zum Schutz der Türkei im Rahmen der Operationen ACE GUARD und SOUTHERN GUARD. Darüber hinaus leistete Deutschland einen finanziellen Beitrag von insgesamt 16,9 Milliarden DM (Stand April 1991). Hiervon entfielen 3 Milliarden DM auf militärische Leistungen zugunsten der NATO-Partner und der Koalitionskräfte. Die militärische Hilfeleistungen erstreckte sich sowohl auf die unentgeltliche Abgabe von Gerät und Munition als auch auf die Gewährung von Materialdarlehen. Die Kosten, die unseren Bündnispartnern durch den Einsatz zur Befreiung Kuwaits entstanden, wurden von Deutschland mit etwa 15–20% übernommen. Arabische Nachbarstaaten wurden mit etwa 2 Mrd. DM unterstützt um Folgen des Irak-Embargos zu mildern. Zudem übernahm die Bundeswehr Aufgaben im Rahmen der NATO-Verpflichtungen anderer Länder, denen so erlaubt war, eigene Kräfte abzuziehen und sie am Golf einzusetzen. [...]“¹⁰⁶

Ein Entschluss der Bundesregierung vom 10. August 1990 ermöglichte den Einsatz deutscher Verbände im Mittelmeer, bereits sechs Tage später, am 16. August wurden Marineeinheiten unter

106 Quelle: Deutsche Botschaft Kuwait, „In freundschaftlicher Verbundenheit – Deutschlands Beitrag zur Befreiung Kuwaits“, zuletzt aufgerufen am 8.5.2014; (http://www.kuwait.diplo.de/Vertretung/kuwait/de/03/Bilaterale__Beziehungen/seite__Befreiung__Kuwait.html)

dem Namen »Operation Südflanke« in Bewegung gesetzt. Im April 1991 wurden diese Marineverbände in den persischen Golf verlegt. Diese, rechtlich höchst umstrittenen 'out-of-area'-Einsätze (außerhalb des Geltungsbereichs der NATO), erhielten erst 1994 durch den Bundesverfassungsgerichtshof eine juristische Aufarbeitung, und damit Legitimation. Man bedenke, dass die Wiedervereinigung durch das in Kraft treten der »Zwei-plus-Vier-Verträge« erst im März 1991 erfolgte, was wohl den Verbleib der Marineverbände im Mittelmeer bis April erklärt.

Bereits im Januar 1991 wurden deutsche Luftstreitkräfte, sogenannte Alpha Jets, Flugabwehrkanonen und mehrere Hundert Soldaten im Rahmen der NATO-Operation »ACE GUARD« in der Türkei stationiert.

Am 4. Februar 1991 schreibt »Der Spiegel«, „Die Deutschen an die Front“:

„Nach einem Kabinettsbeschuß werden zum Schutz von Flugplätzen Luftabwehrkanonen der Typen Roland und Hawk in die Türkei verlegt, dazu 530 deutsche Soldaten zusätzlich zu den dort bereits stationierten Alpha Jets samt 200 Mann Besatzung. Zur Verstärkung der Marine werden Kampfflugzeuge und weitere Schiffe ins Mittelmeer entsandt. 3100 deutsche Soldaten stehen nächste Woche für den Einsatz im Golfkrieg bereit - die größte Mobilisierung außerhalb Deutschlands seit dem Zweiten Weltkrieg. Israel erhält eine "Patriot"-Raketenbatterie für die Abwehr der irakischen Scud, dazu ABC-Spürpanzer, Gerät und Ausrüstung zum Schutz der Zivilbevölkerung vor Angriffen mit biologischen und chemischen Kampfstoffen. Und auch die zwei U-Boote, die schon lange auf ihrer Wunschliste standen, sind den Israelis zugesagt worden.“

Waffen en masse ins Spannungsgebiet: ein glatter Bruch der Deutschen mit ihrer eigenen Maxime. Damit hat sich Bonn in die Kriegskoalition am Golf eingereiht. Die Deutschen seien nicht Kriegspartei, schwächt der Außenminister eher trotzig ab, aber: "Wir sind Partei in diesem Krieg" [...]

Seit vorigem Freitag werden eine Batterie Patriot-Flugabwehrkanonen, acht ABC-Spürpanzer "Fuchs", 100 000 ABC-Schutanzüge und eine Million Filter für Gasmasken sowie tonnenweise Sanitätsmaterial - von der Krankentrage bis zur Atropinspritze - nach Israel geflogen.[...] Nach Sprachregelung der Bonner Hardthöhe sind Verstärkungen aus "Fürsorge" zu den Fliegerhorsten Erhac und Diyarbakir unterwegs, um die

Fliegerstaffeln aus der Bundesrepublik, Belgien und Italien gegen Saddams Luftwaffe zu schützen.[...]

Weniger Sorgen um Unterkunft und Verpflegung hat die deutsche Marine, die vorige Woche ihre Präsenz im Mittelmeer weiter verstärkte. Inzwischen kreuzen dort 17 deutsche Kriegsschiffe und drei Aufklärungsflugzeuge des Typs Breguet Atlantic, die auch Bomben und Torpedos werfen können.

Der Probelauf für die von den Bonner Konservativen herbeigesehnten Bundeswehreinsätze rund um den Globus hat die Debatte um die künftige Struktur der deutschen Streitkräfte neu belebt. [...]

Schon hat die Regierung in Washington ihre Bonner Bündnispartner wissen lassen, sie erwarte, daß die Deutschen nach einer Änderung ihrer Verfassung künftig mit an der Front stünden, sobald Konflikte wie derzeit am Golf ausbrechen.“¹⁰⁷

Hussein als Hitlers Wiedergänger

In der gleichen Ausgabe des Spiegel vom Februar 1991 (6/1991), in der über den Einsatz deutscher Soldaten und „die größte Mobilisierung außerhalb Deutschlands seit dem Zweiten Weltkrieg“ informiert wurde, findet sich ein Kommentar des Deutschen Intellektuellen Hans Magnus Enzensberger mit dem Titel »Hitlers Wiedergänger«¹⁰⁸. Enzensberger argumentiert dabei, er „möchte versuchen zu zeigen, daß die Rede von Saddam Hussein als einem Nachfolger Hitlers keine journalistische Metapher, keine propagandistische Übertreibung ist, sondern das Wesen der Sache trifft.“ Und weiter: „Die Deutschen waren die Irakis von 1938 bis 1945. (...) Nichts könnte den Deutschen von heute ferner liegen, als sich in den arabischen Massen wiederzuerkennen. Eine solche Einsicht würde jeder rassistischen Deutung des Konflikts den Boden entziehen. Außerdem brächte sie verborgene Kontinuitäten ans Licht, Restbestände des Faschismus, an die niemand erinnert werden möchte. Die deutsche Industrie hat die hingebungsvollen Dienste, die sie Adolf Hitler geleistet hat, nie zu bereuen gehabt; daß sie seinem Nachfolger mit demselben Eifer zu Hilfe eilt, ist daher nur konsequent.“ Enzensberger nennt Saddam Hussein in seinem Kommentar „einen Feind des Menschengeschlechts“, dem jede Rationalität fehlt und mit dem es „keine denkbare Politik, wie

107 »Der Spiegel« 6/1991, 4.2.1991, „Die Deutschen an die Front“, (<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13487359.html>)

108 »Der Spiegel« 6/1991, 4.2.1991, „Hitlers Wiedergänger – Hans Magnus Enzensberger über Saddam Hussein im Spiegel der deutschen Geschichte“; (<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13487378.html>)

klug, wie umsichtig sie auch wäre“ aufnehmen kann. Seine Unterstützung beziehe er, wie einst Hitler, aus dem „Todesrausch“ seiner Untertanen, die sich durch „das Gefühl einer lang andauernden kollektiven Kränkung“ nach „dem Untergang sehnen“. Und weiter: „Der Feind der Menschheit kann sich mit der gesammelten Todesenergie der Massen aufladen.“ Dass die unterdrückten Völker sich fortwährend den Genozid herbeiwünschen, erklärt Enzensberger zur „anthropologischen Tatsache“, und nennt auch gleich die Schauplätze der kommenden Apokalypse, denn „ewige Verlierer gibt es in allen Himmelsrichtungen. Unter ihnen nimmt das Gefühl der Demütigung und die Neigung zum kollektiven Selbstmord mit jedem Jahr zu. Auf dem indischen Subkontinent und in der Sowjetunion liegt dafür das nukleare Arsenal bereit.“

Diese Sicht der Dinge blieb nicht unwidersprochen. So entgegnete wenige Tage später, am 15. Februar, Günther Nenning in der Ausgabe der Wochenzeitschrift »Die Zeit« unter dem Titel „Der Ajatollah des Westens – Hans Magnus Enzensbergers Wende zum Satanismus“, „Enzensberger bastelt aus dem großen Elend der Völker des Südens – eigentlich Anlaß für Solidarität und Nächstenliebe – eine breite Basis für die Anklage wegen Teufelsanbetung.“¹⁰⁹

Der SPD-Politiker Peter Glotz schreibt im Spiegel 9/1991, „Der ungerechte Krieg“:

„Der Vergleich Saddams mit Hitler ist unpolitische, dämonisierende Charakterologie. [...] Im Historikerstreit hat die Linke noch auf der Einmaligkeit der Verbrechen Adolf Hitlers bestanden, selbst in der Abwägung gegen die Untaten Stalins. Im Golfkrieg wird plötzlich Saddam Hussein zum 'Satan'. Welch glänzende Rechtfertigung für die Relativierer, die Hitler seit eh und je als Kriminellen unter Kriminellen betrachtet haben. [...] Daß die Deutschen ihre Schuld gegenüber den Juden bereuen und wiedergutmachen wollen, ist notwendig, unabweisbar. Nachdem wir Deutschen erneut lax und gierig waren und Waffen in den Nahen Osten geliefert hatten, ist es sogar verständlich, wenn wir Israel jetzt Geld für Abwehrraketen mit dem bezeichnenden Namen 'Patriot' überweisen. [...] Die Folge dieses Krieges wird eine schwere Demütigung der arabischen Mentalität, ein Islamisierungsschub in vielen Teilen der Welt und ein militanter, höchst fragwürdiger panarabischer Nationalismus sein. [...] Ein Krieg, der zu diesem Ergebnis führt, verletzt das Prinzip der Verhältnismäßigkeit der

¹⁰⁹ »Die Zeit«, 15.2.1991, „Der Ajatollah des Westens – Hans Magnus Enzensbergers Wende zum Satanismus“; (<http://www.zeit.de/1991/08/der-ajatollah-des-westens/komplettansicht>)

Mittel. Er schafft keine neue Friedensordnung in der Region.“¹¹⁰

Dies zeigt, dass selbst eine Stellungnahme gegen den Krieg im Irak und gegen die Dämonisierung des Despoten Hussein noch dazu benutzt wurde, Waffenlieferungen, in diesem Fall an Israel, zu rechtfertigen. Argumentiert wird auch hier vor dem Hintergrund des aktuellen Bedrohungsszenarios, und nicht, wie am Ende des Essays suggeriert wird, im Hinblick auf eine echte Friedensordnung, die ohne die ständige Drohung mit Waffengewalt auskommt.

Being framed – Haackes SS-Totenkopf als pars pro toto des Bösen?

In einem Artikel des »Kölner Stadt-Anzeiger« anlässlich der großen Werkschau Hans Haackes 2006 in Berlin und Hamburg wird Haacke in Bezug auf sein Werk »Die Fahne hoch!« von einem Journalisten gefragt: „Was wollen Sie damit sagen?“. Der »Kölner Stadt-Anzeiger« schreibt dazu: „Obwohl die Fahnen in ihrer beißenden Polemik eigentlich keiner weiteren Erklärung bedürfen, antwortet Haacke ruhig, doch nicht minder entschieden: »Diese Firmen haben sich im Irak eine goldene Nase verdient«, sagt er, obwohl bekannt gewesen sei, dass Saddam Hussein große Gruppen der Gesellschaft »unterdrückt und zum Teil vergast hat. Die Firmen hätten sich überlegen können, ob sie mit dem Diktator kooperieren wollen.“¹¹¹ Dieser, nur in einem Interview ausgedrückte Fokus auf die Person Hussein, muss im Hinblick auf das Werk differenziert betrachtet werden. Mir ist nicht bekannt, dass Kriegsbefürworter sich in irgendeiner Weise auf Haackes Werk bezogen haben, genauso wenig, wie es inhaltlich von dieser Seite kritisiert wurde. Dennoch ist in der Lesart der propagandistischen Kriegskommentatoren à la Enzensberger & Co. nun auch die Frage zu stellen, ob der Totenkopf in Haackes Flaggenwerk nicht auch als eine Symbolfigur des Bösen schlechthin, ein Platzhalter für Adolf Hitler gleich wie für Saddam Hussein sein kann.

Die Verurteilung der Deutschen Industrie als willige Helferin des Diktators, wurde im gleichen Atemzug zu einem willfährigen Argument für eine deutsche Beteiligung an der Beseitigung des selbst (mit-)verursachten Problems. Deutsche Verantwortung für Scud-Raketen, Giftgas- und Atomwaffenprogramme führe zur verpflichtenden Beteiligung deutscher Truppen beim Sturz des

110 »Der Spiegel«, 9/1991, 25.2.1991, „Der ungerechte Krieg“, Essay von Peter Glotz; (<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13489863.html>)

111 »Kölner Stadt-Anzeiger«, 18.11.2006, „Wer das Geld gibt, kontrolliert“, (<http://www.ksta.de/kultur/wer-das-geld-gibt-kontrolliert,15189520,13552572.html>)

Diktators – so die Kausalkette der Kriegsbefürworter.

Das Weglassen der genauen Bezeichnung des Totenkopfs, nämlich als SS-Embleme in sämtlichen Kommentaren zum Flaggenwerk, bekommt in diesem Zusammenhang noch einmal zusätzliche Brisanz. Denn als Stellvertreter für die SS ist der Totenkopf Symbol für das organisierte Handeln ganzer Gruppen, und kann nicht als Platzhalter für ein einzelnes, das ultimative Böse repräsentierendes Monster uminterpretiert werden.

Hätte Haacke für sein Werk die Hackenkreuzfahne statt des SS-Emblems verwendet, die des öfteren an genau der selben Stelle an der Fassade der Propyläen wehte und bekanntlich von Hitler selbst entworfen wurde, wäre ein derartiger Kurzschluss vielleicht zulässig. Dies ist aber eben nicht der Fall.

Da Friedensaktivisten 1991 wiederholt mit dem Verweis auf die deutsche Mitverantwortung abgekanzelt wurden, muss diese Lesart der Geschichte hier dennoch besprochen werden.

„Doch ist es wichtig zu erkennen, daß die von Künstlern angewandten Codes oftmals nicht so klar und unzweideutig sind wie die in anderen Bereichen der Kommunikation. Bewußte Mehrdeutigkeit ist wohl seit der Renaissance eine der spezifischen Eigenschaften großer Teile westlicher Kunst. Es ist nicht ungewöhnlich, daß ihre Botschaften verstümmelt, verzerrt oder gar in Umkehr des ursprünglich Gemeinten empfangen werden, ganz abgesehen von der schöpferischen Konfusion und Verwirrenheit bei ihrer Entstehung. Die historische Bedingtheit ihrer Codes und die unvermeidbare Parteinahme eines jeden, der sie entziffert, potenzieren ihre Probleme. Der Exegese bleibt viel Raum, was zahlreichen Beschäftigten in der Bewußtseinsindustrie ihr Auskommen sichert.“¹¹²

Hans Haacke, 1983

¹¹² Hans Haacke, „Museen – Manager des Bewußtseins“ New York, August 1983, in: „Das Museum als Arena – Institutionskritische Texte von KünstlerInnen“, herausgegeben von Christian Kravagna und Kunsthause Bregenz, Verlag Buchhandlung Walter König, Köln 2001, S. 142

Senator Helms Liste

21 Unternehmen listet Hans Haacke auf seinen Fahnen auf. Wieso genau diese 21 Unternehmen? In dem Buch »Freier Austausch«, das Gespräche zwischen dem Soziologen Pierre Bourdieu und Hans Haacke wiedergibt, sagt Haacke über seine Arbeit: „Die Ruhrgas AG, eines der deutschen Unternehmen, die ich auf meinen Fahnen auf dem Königsplatz in München zitiert habe, regte sich darüber fürchterlich auf. Als das Unternehmen eine einstweilige Verfügung gegen die Stadt München erwirkte, habe ich den Journalisten des Spiegel, dessen Artikel meine Informationsquelle gewesen war, angerufen. Als ich ihm erzählte, was in München geschehen war, meinte er: »Das ist toll. Auf meinen Artikel gab es von der Ruhrgas AG keinerlei Echo. Bei ihnen ist es anders. Anscheinend reagieren die, wenn so etwas auf einem öffentlichen Platz passiert. Da ist es peinlich und erregt Aufsehen.«“¹¹³

Die Aussage „dessen Artikel meine Informationsquelle gewesen war“, ließe darauf schließen, dass tatsächlich ein Artikel existiert, in dem alle diese 21 Unternehmen angeführt werden. Dem ist aber nicht so. Die höchste Übereinstimmung weist ein Artikel der »Spiegel«-Ausgabe 33/1990 mit dem Titel „Schlimmer als die Pest“ auf, in dem 16 Firmen genannt sind, die auch in Haackes Arbeit zitiert werden. Darüber hinaus werden in diesem Artikel aber noch ca. 30 weitere deutsche Firmennamen genannt, die „heiße Ware für den Irak“ geliefert haben, die bei Haacke nicht vorkommen.¹¹⁴

Die Frage, wie Haacke zu seiner Auswahl der 21 gelangt, kann mit dem Verweis auf „den Spiegel Artikel“ also nicht beantwortet werden. Fest steht, dass spätestens ab Herbst 1990 darüber berichtet wurde, dass mindestens 68 deutsche Firmen an Irak-Geschäften im Rüstungssektor beteiligt waren. In besagtem Buch zitiert Haacke in Bezug auf die Münchner Arbeit noch zweimal den Spiegel. In Fußnoten verweist er auf die Artikel „Atom-Hilfe für Saddam Hussein?“ (»Der Spiegel«, 52/1990, S. 69-71.), den Haacke in Bezug auf Firmen (insbesondere Siemens), die bei der Herstellung atomarer und chemischer Waffen behilflich waren, zitiert und „Treffer mit Roland“ (»Der Spiegel«, 39/1990, S. 32, 33.), der besonders die Daimler-Benz-Tochter MBB als Raketen- und Hubschrauber-Lieferant hervorhebt. Im Artikel „Treffer mit Roland“ ist weiters zu lesen, dass „Bonns Diplomaten in Washington“ zunehmend unter Rechtfertigungsdruck geraten, da die Kritik aus „Administration, Kongreß und Öffentlichkeit“ an

113 Pierre Bourdieu & Hans Haacke, „Freier Austausch – Für die Unabhängigkeit der Phantasie und des Denkens“, S. Fischer Verlag GmbH., Frankfurt am Main, 1995, S.29ff.

114 »Der Spiegel«, 33/1990, 13.8.1990, „Schlimmer als die Pest“, (<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13500456.html>)

Deutschlands „Todeskrämern“ zunimmt. „So werde der [US-]Senat schon in Kürze eine Liste mit 132 Irak-Lieferanten veröffentlichen – darunter seien allein 68 Unternehmen aus der Bundesrepublik.“¹¹⁵

Der andere, von Haacke zitierte Artikel „Atom-Hilfe für Saddam Hussein?“ gibt einen weiteren Hinweis auf den zunehmenden Druck von US-amerikanischer Seite: „»Unsere Jungs am Golf«, erklärte jüngst ein aufgebrachter US-Senator, »müssen sich erst durch deutsche Giftgas-Schwaden kämpfen, um dann die deutschen Atomfabriken zu zerstören.“¹¹⁶

Wenige Wochen später gibt ein weiterer Spiegel-Bericht bekannt, um welchen speziellen US-Senator es sich dabei gehandelt hat. Ein Name, der Hans Haacke bestens bekannt war, hat er ihm doch 1990 eine eigene Arbeit gewidmet, die das 'Sponsoring' für den ultrarechten Senator durch die Tabaklobby thematisierte (Helmsboro Country, Hans Haacke 1990, John Weber Gallery, New York). Sein Name war Jesse Helms.

„Aber auch international geraten deutsche Firmen wegen ihrer Rüstungslieferungen zusehends in die Schußlinie. Schon im Herbst hatte der republikanische US-Senator Jesse Helms seinem Präsidenten George Bush eine Liste ("Saddam's Foreign Legion") mit 132 Irak-Lieferanten überreicht - darunter nicht weniger als 68 Unternehmen aus der Bundesrepublik. Auch auf einer schwarzen Liste des renommierten Simon-Wiesenthal-Instituts in Los Angeles, die den Titel "The Poison Gas Connection" trägt, liegen die Deutschen eindeutig vorn. In den meisten Fällen stützen sich die Amerikaner bei ihren Angaben auf einschlägige Berichte des SPIEGEL (Heft 17, 21, 28, 32, 33, 35, 37, 39 bis 42/1990).“¹¹⁷

»Die Zeit« schreibt im Dezember 1990 „die Firmenliste, die US-Senator Jesse Helms seinem Präsidenten Bush übergab, enthält so viele erste Adressen der deutschen Industrie, daß man von einem repräsentativen Querschnitt der deutschen Wirtschaft sprechen kann.“¹¹⁸ Senator Helms Liste wird auch in einer Doktorarbeit der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster von Klaus-

115 »Der Spiegel«, 39/1990, 24.9.1990, „Treffer mit Roland“, (<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13502778.html>)

116 »Der Spiegel«, 52/1990, 24.12.1990, „Atom-Hilfe für Saddam Hussein?“, (<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13503075.html>)

117 »Der Spiegel«, 4/1991, 21.1.1991 „Saddams Legion“, S.31, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13488858.html>

118 »Die Zeit«, Nr.51, 14.12.1990, „Wer Bagdad aufrüstete“, (<http://www.zeit.de/1990/51/wer-bagdad-aufruestete/komplettansicht>)

Peter Ricke über „Präventive Maßnahmen bei der Ausfuhr von Gütern“¹¹⁹ zitiert, aus der hervorgeht, dass besagte Liste Anfang 1991 dem BMWi (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie) übergeben worden ist.

Dass das Geschäftsgebaren deutscher Firmen als Argumentationsgrundlage für eine deutsche Militär- und Steuergeld-Beteiligung im Irakkrieg benutzt wurde, ist somit evident. Nicht nur 1990/91 wurde so verfahren, auch 2002, im Vorfeld des zweiten Irakkrieges unter der Führung G.W. Bushs tauchen erneut Berichte über die deutsch-irakischen Wirtschaftsbeziehungen der 70iger und 80iger Jahre auf. Ein Rüstungsbericht der irakischen Regierung an den UN-Sicherheitsrat listet von 1975 bis 2001 mehr als 80 deutschen Firmennamen auf, die mit Saddam Hussein Geschäfte machten. Dies schreibt am 17. Dezember 2002 die TAZ unter Berufung auf den Bericht, der der Redaktion als Kopie vorlag.¹²⁰

119 Klaus-Peter Ricke, „Präventive Maßnahmen bei der Ausfuhr von Gütern“, Schriftenreihe des Europäischen Forums für Außenwirtschaft, Verbrauchsteuern und Zoll e.V. an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Band 47, Mendel Verlag, Witten 2011, S. 156, (www.efa-schriften.de/pdfs/Ricke.pdf); „Demgegenüber ist das KG Berlin der Ansicht, dass etwaige negative Reaktionen nichtstaatlicher Stellen wie z.B. der Medien fremder Staaten allein für sich gesehen nicht als Störung der auswärtigen Beziehungen angesehen werden könnten, sondern allenfalls verstärkende Bedeutung hätten. Gleiches gilt nach Meinung des LG Münster für die negative Erwähnung in Listen wie der sog. Timmerman-Liste, der Liste des „Wisconsin Projects on Nuclear Arms Controls“ oder der Senator Helms-Liste.“

(Fußnote 337) „Mit 'Saddam's Foreign Legion' bezeichnete Liste von u.a. deutschen Rüstungslieferanten des Irak, die von Senator Jesse Helms Anfang 1991 dem BMWi übergeben worden ist – Urteil des LG Münster vom 26.6.1994 – 11 Kls 6 Js 157/91, S. 35; Timmerman, Kenneth R., *The Death Lobby – How the West armed Iraq*, New York, 1991, S. 105 „Saddams men would find other partners in West Germany's chemicals, electronics, and military establishment. Over the next ten years, Germans work shoulder to shoulder with Iraqi chemists, ballistics engineers, and nuclear scientists to develop one of the most diversified arsenals of unconventional weapons found anywhere in the world. Senator Jesse Helms, whose staff assistants spent months tracking them down, called these companies and their cohorts 'Saddam's Foreign Legion'.“

120 »taz.de«, 17.12.2002, „Deutsche Hilfe für Bagdad“; (<http://www.taz.de/1/archiv/archiv/?dig=2002/12/17/a0045>)
»taz.de«, 17.12.2002, „Aufrüstung Iraks – Fremde Hilfe für Saddam“, (<http://www.taz.de/1/archiv/archiv/?dig=2002/12/17/a0123>)

„Die Bush-Administration bemüht sich derzeit nach Informationen aus unmittelbarer Umgebung von Vizepräsident Dick Cheney um zusätzliche Informationen, mit denen sie eine angeblich bis heute anhaltende rüstungstechnische Kooperation Deutschlands mit dem Irak belegen zu können hofft. [...] Ein der taz namentlich bekanntes langjähriges hochrangiges Mitglied des Bagdader Regimes hat der Bush-Administration seine Bereitschaft signalisiert, für die Zusage schonender Behandlung im Gegenzug nach einem Sturz des Regimes Informationen über die Kooperation mit Deutschland zu liefern. Dem Vernehmen nach will die Bush-Administration entsprechende Mitteilungen einsetzen, um ein Wohlverhalten Deutschlands im UN-Sicherheitsrat zu bewirken. [...] Unklar ist, ob die Informationen aus Bagdad vollständig allen 15 Mitgliedern des UNO-Sicherheitsrates zugehen. Die der taz vorliegenden Kopien stammen aus dem einzigen kompletten Originalbericht, über den nach Ankunft in New York vor zwei Wochen US-amerikanische Spezialisten für 24 Stunden die alleinige Verfügung hatten. Sie hätten zumindest Zeit und Gelegenheit gehabt, Informationen zu entfernen, bevor sie Kopien für die vier anderen ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates herstellten.“

Deutsche Industrie desavouiert die Friedensbewegung

Wehrminister Gerhard Stoltenberg war Anfang des Jahres 1991 bemüht, die Vorwürfe der „am Bombenkrieg beteiligten Staaten“, „die Deutschen sähen nur tatenlos zu“, zu entkräften.¹²¹ Schließlich lieferte und lieh man Kriegsgerät an die Koalitionstruppen und die Türkei im Wert von mehreren D-Mark-Milliarden.

Demonstrierende Friedensaktivisten und Rüstungsgegner, die mit Parolen wie „Kein Blut für Öl“ auf die Straße gingen, erzürnten so manchen deutschen Politiker. Helmut Kohl monierte: Wer jetzt demonstriere, müsse „sich fragen lassen, wo er am 2. August, am Tag des Überfalls auf Kuwait, war“. ¹²² Die Rüstungslieferungen deutscher Industrieunternehmen mutierten in der öffentlichen, international geführten Debatte zu einem Totschlagargument gegen Friedensforderungen.

„Weil Saddams Bunker und Chemiefabriken ausgerechnet mit deutscher Hilfe entstanden sind, hat die Friedensbewegung in Israel und bei den alliierten Kriegern keinerlei Kredit.“¹²³

Für diejenigen, die sich 1991 öffentlich gegen eine deutsche Beteiligung am Krieg engagierten, musste eine Lesart von Haackes Flaggenwerk existieren, die heute unter Umständen leicht zu übersehen ist. Es war im Herbst 1991 wohl auch als eine – allzu oft wiederholte – Erinnerung an eine 'Mitschlud am Problem-Saddam' zu verstehen. Und diese 'Teiltäterschaft als Rüstungslieferant' war auf paradoxe Weise mit dem Ruf nach Beteiligung am Krieg verknüpft.

121 »Der Spiegel« 5/1991, „Deutsche Bomben auf Bagdad“, S. 22, (<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13489568.html>)

122 »Der Spiegel«, 5/1991, 28.1.1991, „Nie mehr Täter sein“, S. 28, (<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13489582.html>)

123 ebenda, S. 29

Listen und Gegenlisten

Hans Haacke war, das gibt er durch die Zitation der besagten Artikel zu erkennen, durchaus bewusst, dass Listungen deutscher Industrieunternehmen argumentativ dazu verwendet wurden, deutsche Steuergelder und sogar deutsche Soldaten in den Irakkonflikt zu involvieren.

Betrachtet man seine Fahnen herausgelöst aus ihrem ursprünglichen Ausstellungsort, etwa bei der Retrospektive 2006 in den Hamburger Deichtorhallen, verkommen die Nennungen der Namen zu einer schlichten Propaganda gegen jene, die Saddam beliefert haben, obwohl sie sich hätten „überlegen können, ob sie mit dem Diktator kooperieren wollen.“¹²⁴

Einzig die Installation auf dem Münchner Königsplatz ist geeignet, die eigentliche Komplexität zu fassen, die hinter den Rüstungsgeschäften steckt. Mit den Propyläen am Königsplatz als Ausstellungsort werden die Beteiligungen des Staates Bayern, aber auch der gesamten BRD an den 'legalen' Rüstungsgeschäften mit in den Blick genommen. Erst in dieser Zusammensetzung wird es möglich zu fragen, wie es sein kann, dass 'private Unternehmen' mit 'staatlicher Beteiligung' ein Problem verursachen (Aufrüstung eines Diktators), zu dessen Beseitigung später öffentliches Geld und Staatsbürger in Uniform ins Feld geführt werden müssen!

Die Entscheidung, die Nennung dieser Firmenamen nicht jenen zu überlassen, die sie als Argument für eine deutsche Kriegsbeteiligung einsetzen, macht deutlich, dass Haacke den symbolischen Kampf um die Deutungs- und Interpretationshöhe zu führen bereit ist. Der symbolischen Dominanz (Bourdieu) derjenigen, die in den Massenmedien ohnehin zu Wort kommen, setzt er auf dem Feld der Kunst ein wirksames, symbolisches Werkzeug entgegen, das den Zuschauer_innen die Frage abnötigt, welcher Interpretation mit welchen Konsequenzen sie eher gewillt sind zuzustimmen. Pierre Bourdieu sieht darin einen Beweis, dass „es möglich ist, symbolische Aktionsformen zu erfinden, die uns von unseren ewigen Petitionen abzubringen und die Kräfte der literarischen und künstlerischen Phantasie in den Dienst der symbolischen Kämpfe gegen die symbolische Gewalt zu stellen vermögen.“¹²⁵

124 Hans Haacke im Interview, »Kölner Stadt-Anzeiger«, 18.11.2006, „Wer das Geld gibt, kontrolliert“, (<http://www.ksta.de/kultur/wer-das-geld-gibt-kontrolliert,15189520,13552572.html>)

125 Pierre Bourdieu & Hans Haacke, „Freier Austausch – Für die Unabhängigkeit der Phantasie und des Denkens“, S. Fischer Verlag GmbH., Frankfurt am Main, 1995, S.27

»Die Fahne hoch!« – was ist ein Titel?

Titel zu Bildern sind für uns eine derartige Selbstverständlichkeit, dass oft wenig bis gar nicht hinterfragt wird, woher die Bezeichnungen zu den Bildern eigentlich kommen. Die Museen sind voll mit Bildern und den selbstverständlichen, kleinen Schildchen daneben, die Auskunft darüber geben, was diejenigen, die die Deutungshoheit über die Bilder innehatten oder hatten, über sie denken und dachten. Dass der Titel eines Werks selbstredend vom Künstler oder der Künstlerin kommt, ist eine Annahme unserer Zeit, aber eben oft nicht mehr als das.

Zum Sprechen über ein Werk brauchen wir jedoch eine Bezeichnung, die sicherstellt, dass wir eindeutig dieses, und nicht jenes Werk meinen. Eine chronologische Nummerierung von Bildern großer Meister_innen, die selbst keine Titel hinterlassen haben, würde diesen Zweck bei Maler_innen ebenso erfüllen wie bei Mozart das Köchelverzeichnis.

Der Vergleich macht deutlich, dass dies nicht der Art entspricht, wie wir gewohnt sind, über Bilder zu sprechen, wie wir gewohnt sind, ihnen auch Bedeutungen zuzuschreiben.

Die Titel von Bildern sind eine zusätzliche Ebene der Kommunikation. Eine Information, die (darüber hinaus) mitgeliefert wird, und daher auch eine Möglichkeit der gesteigerten Vermittlung. Der von Haacke gewählte Titel für sein Werk auf dem Königsplatz ist bestens geeignet, noch einmal die Kontinuitäten aufzuzeigen, die bestehen.

Da sich der Titel des Werks nicht aus der Betrachtung der Fahnen erschließt, und, wie ich stark annehme, an den Säulen der Propyläen auch kein kleines, weißes Schildchen montiert war, folgere ich, dass die Besucher_innen der Ausstellung den Titel erst durch ein nachrangiges Medium zweiter Ordnung (z.B. Ausstellungskatalog), erfuhren. Die Besprechung zum Titel in dieser Diplomarbeit kommt daher ebenfalls an nachgereihter Stelle.

„Die Fahne hoch...“, ist die erste Textzeile des Horst-Wessel-Liedes, einem Kampflied der Nationalsozialisten, insbesondere der SA. Horst Wessel, Sohn eines evangelischen Pastors, NSDAP und SA-Mitglied, veröffentlichte den von ihm geschriebenen Text, der später zum »Horst-Wessel-Lied« wurde, erstmals 1929. Wessel, aktives Mitglied von SA-Schlägertruppen, starb 1930 nach einer Schussverletzung an einer Blutvergiftung. Nach der 'Machtübergabe' 1933 wurde er zu einem Märtyrer, einem 'Blutzeugen' stilisiert, öffentliche Plätze und Kampfverbände nach ihm benannt. Sein Lied wurde zur Parteihymne der NSDAP und nach 1933 wurde es zur Pflicht, nach

dem Singen der ersten Strophe des »Lied der Deutschen«, mit dem »Horst-Wessel-Lied« anzuschließen. So wurde aus der Nationalhymne und dem »Horst-Wessel-Lied« in der Zeit des Nationalsozialismus eine feste Einheit, und nach der bedingungslosen Kapitulation Nazi-Deutschlands hat der Alliierte Kontrollrat konsequenter Weise beide Lieder verboten.

„Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt“, so beginnt das »Lied der Deutschen«, so beginnt seine erste Strophe, und dieses Lied ist die Deutsche Nationalhymne für das Wiedervereinigte Deutschland, und es war auch wieder die Nationalhymne der BRD ab 1952. Auf Betreiben von Bundeskanzler Konrad Adenauer wurde 1952 ein Briefwechsel zwischen ihm und dem Bundespräsidenten Theodor Heuss veröffentlicht, in dem der Bundespräsident seine Zustimmung erteilt, das »Lied der Deutschen« wieder zur Hymne zu machen. Gesungen werden sollte bei offiziellen Anlässen aber nur noch die dritte Strophe, sie beginnt mit den Worten „Einigkeit und Recht und Freiheit, für das deutsche Vaterland!“.

Das Abspielen oder Singen des »Horst-Wessel-Lied« blieb nach wie vor verboten. Alle jene, die in den Jahren des Nationalsozialismus darauf konditioniert wurden, das »Lied der Deutschen« und das »Horst-Wessel-Lied« als eine Einheit zu begreifen, mussten sich ihren eigenen Reim darauf machen, was sie von den Kontinuitäten des neuen und alten Deutschen Landes zu erwarten hatten.

Bertolt Brecht schrieb 1949 einen textlichen Gegenentwurf in einem Versmaß, das sowohl auf das »Lied der Deutschen«, als auch auf die spätere Hymne der DDR »Auferstanden aus Ruinen« passte. Die als »Kinderhymne« bekannt gewordenen Zeilen, ein Loblied auf die Völkerverständigung, wurden seit der Wiedervereinigung Deutschlands wiederholt als neue, gemeinsame Hymne vorgeschlagen. Jedoch bislang ohne Erfolg.

Host-Wessel-Lied

*Die Fahne hoch!
Die Reihen fest geschlossen!
SA marschiert
Mit ruhig festem Schritt
Kam'raden, die Rotfront und
Reaktion erschossen,
Marschier'n im Geist
In unser'n Reihen mit

Die Straße frei
Den braunen Bataillonen
Die Straße frei
Dem Sturmabteilungsmann!
Es schau'n aufs Hakenkreuz voll
Hoffnung schon Millionen
Der Tag für Freiheit
Und für Brot bricht an

Zum letzten Mal
Wird Sturmappell geblasen!
Zum Kampfe steh'n
Wir alle schon bereit!
Schon flattern Hitlerfahnen über
allen Straßen
Die Knechtschaft dauert
Nur noch kurze Zeit!*

*Lied der Deutschen von A. H. H.
von Fallersleben*

*Deutschland, Deutschland über
alles,
Über alles in der Welt,
Wenn es stets zu Schutz und
Trutze
Brüderlich zusammenhält,
Von der Maas bis an die Memel,
Von der Etsch bis an den Belt –
Deutschland, Deutschland über
alles,
Über alles in der Welt!

Deutsche Frauen, deutsche
Treue,
Deutscher Wein und deutscher
Sang
Sollen in der Welt behalten
Ihren alten schönen Klang,
Uns zu edler Tat begeistern
Unser ganzes Leben lang –
Deutsche Frauen, deutsche
Treue,
Deutscher Wein und deutscher
Sang!

Einigkeit und Recht und Freiheit
Für das deutsche Vaterland!
Danach lasst uns alle streben
Brüderlich mit Herz und Hand!
Einigkeit und Recht und Freiheit
Sind des Glückes Unterpfand –
Blüh im Glanze dieses Glückes,
Blühe, deutsches Vaterland!*

Kinderhymne von Bertolt Brecht

*Anmut sparet nicht noch Mühe
Leidenschaft nicht noch Verstand
Daß ein gutes Deutschland blühe
Wie ein andres gutes Land.

Daß die Völker nicht erbleichen
Wie vor einer Räuberin
Sonst ihre Hände reichen
Uns wie andern Völkern hin.

Und nicht über und nicht unter
Andern Völkern wolln wir sein
Von der See bis zu den Alpen
Von der Oder bis zum Rhein.

Und weil wir dies Land
verbessern
Lieben und beschirmen wir's
Und das Liebsten mag's uns
scheinen
So wie andern Völkern ihrs.*

„Last week's murder of Dr. King came as a great shock. Linda and I were gloomy for days and have still not quite recovered. The event pressed something into focus that I have known for long but never realised so bitterly and helplessly, namely, that what we are doing, the production and the talk about sculpture, has no relation to the urgent problems of our society. Whoever believes that art can make life more humane is utterly naive. Mondrian was one of those naive saints ... Nothing, but really absolutely nothing is changed by whatever type of painting or sculpture or happening you produce on the level where it counts, the political level. Not a single napalm bomb will not be dropped by all the shows of 'Angry Arts'. Art is utterly unsuited as a political tool. No cop will be kept from shooting a black by all the light-environments in the world. As I've said, I've known that for a number of years and I was never really bothered by it. All of a sudden it bugs me. I am also asking myself, why the hell am I working in this field at all. Again an answer is never at hand that is credible, but it did not particularly disturb me. I still have no answer, but I am no longer comfortable.“¹²⁶

Hans Haacke, April 1968

VORSPIEL

Karriere und andere Vergleiche

„Alle öffentlichen Artikulationen, zu denen natürlich auch die künstlerischen gehören, haben potentiell gesellschaftliche Folgen, nicht nur die, die sich dezidiert als »engagiert« zu erkennen geben.“¹²⁷

Hans Haacke war als junger Kunststudent Zeuge, wie der abstrakte Expressionismus und die dazugehörige, an rein werkimmanenteren Qualitätsmaßstäben orientierte Kunstkritik zum Gegenstand ideologischer Kriegsführung zur Verteidigung der kapitalistischen Freiheit in

126 erstmals: Extract from letter to Jack Burnham in Kaspar Koenig (ed.), Hans Haacke – Framing and Being Framed – 7 Works 1970–1975, The Press of Nova Scotia College of Art and Design, Halifax; New York University Press, New York, 1975.

zitiert aus: „Art and social change – a critical reader“, Hrsg: W. Bradley, Ch. Esche; Tate Publishing, London 2007, S. 174

127 Hans Haacke in: »Texte zur Kunst«, Dezember 1992, 2. Jahrgang Nr. 8, S. 52

Abgrenzung gegenüber dem sozialistischen Realismus im real existierenden Sozialismus gemacht wurde. Seine, während der documenta 1959 in Kassel, in Fotografien dokumentierten Beobachtungen einer Entfremdung des Publikums gegenüber den Werken decken sich mit seiner Aussage, damals beschlossen zu haben, nicht durch den Verkauf von Kunst den Lebensunterhalt bestreiten zu wollen.

Spätere Veröffentlichungen wie das 1999 erschienene Buch von Frances Stonor Saunders (»Who Paid the Piper. The CIA and the Cultural Cold War«) dokumentierten die gezielte Förderung von Jackson Pollock und anderen Expressionisten über die Ford Foundation, die Rockefeller Foundation und die CIA. Haackes frühe Intuition und spätere Politisierung mündeten in eine Karriere, die er selbst als „eine Art öffentlicher Dienst“¹²⁸ bezeichnete.

Mit den Bürgerrechtsbewegungen und den Anti-Vietnam-Kriegs-Demonstrationen war der vorläufige Niedergang der Verherrlichung einer expressiven Subjektivität eingeleitet (die Wiederkehr solcher Künstlerfiguren war nur kurzfristig aufgeschoben).

Die Politisierung der Gesellschaft durchdrang auch den Kunstbetrieb und führte zur Implementierung kritischer Betrachtungen von Gesellschaft, Ökonomie und Politik, nicht zuletzt auch im Museum.

»Art Workers Coalition«, Museum of Modern Art & Vietnam War

Die »Art Workers Coalition« (AWC) war ein Zusammenschluss von Künstler_innen, der sich im Januar 1969 bildete. Erster Auslöser war der Versuch des Künstlers Vassilakis Takis eines seiner Werke aus einer Ausstellung des »Museum of Modern Art« in New York entfernen zu lassen, obwohl es vom Museum bereits angekauft war, weil er mit der Präsentation der Arbeit im hergestellten Kontext nicht einverstanden war. Die Gruppe übermittelte in weiterer Folge eine Liste mit 13 Forderungen an das MoMa, darunter die Forderung nach freiem Zugang für alle zum Museum und die Ausweitung der Museumsaktivitäten in die „Black, Spanish and other communities“. Später kamen noch Forderungen wie die Schließung des Museums bis zum Ende des Vietnam-Krieges hinzu. Hans Haacke war von Anfang an Mitglied der »Art Workers Coalition«.

¹²⁸ Grace Glueck, „Eine Art öffentlicher Dienst“, in: „Hans Haacke – Bodenlos“, Herausgeber Klaus Bußmann, Florian Matzner, im Auftrag des Auswärtigen Amtes in Bonn anlässlich der Biennale Venedig 1993, S. 69

»And babies.«

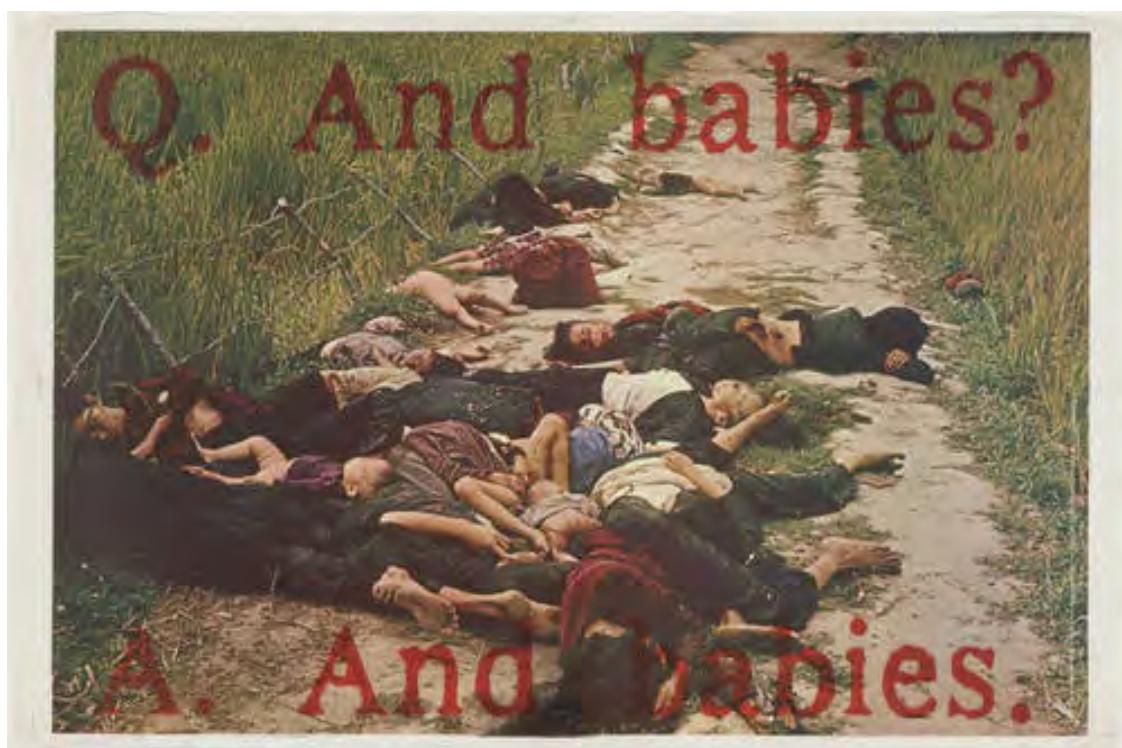


Abb. 8: Art Workers Coalition & R. L. Haeberle, The "And babies" poster, 63,5 x 96,5 cm, New York 1969

Im Dezember 1969 produzierten Mitglieder der »Art Workers Coalition« ein Poster, das zu einer Ikone der Anti-Kriegs-Bilder wurde. »And babies.« basiert auf einem Foto des Kriegsphotographen der U.S.-Armee Ronald L. Haeberle. Es zeigt Opfer des My Lai Massakers vom 16. März 1968, begangen durch Soldaten der U.S.-Army an der Zivilbevölkerung Südvietnams. Die Angaben über die Zahl der getöteten Männer, Frauen und Kinder schwanken zwischen 347 und 504. Das Foto zeigt eine Gruppe von etwa zwanzig toten, auf einem Feldweg liegenden Körpern. Für das Poster haben die Künstler_innen (vermutlich Irving Petlin, Jon Hendricks, Fraser Dougherty) die Textzeilen „Q. And babies?“ und „A. And babies.“ über das Foto gelegt. Sie stammen aus einem Interview mit Paul Meadlo, einem am Massaker beteiligten Soldaten.

Interviewauszug:¹²⁹

Q. So you fired something like sixty-seven shots?

A. Right.

129 Transkription eines »CBS News television« Interviews, zitiert nach: http://en.wikipedia.org/wiki/And_babies

Q. And you killed how many? At that time?

A. Well, I fired them automatic, so you can't - You just spray the area on them and so you can't know how many you killed 'cause they were going fast. So I might have killed ten or fifteen of them.

Q. Men, women, and children?

A. Men, women, and children.

Q. And babies?

A. And babies.

Das Poster sollte ursprünglich mit Unterstützung des MoMa-NY produziert werden, die zugesagte Hilfe wurde aber zurückgezogen, als Mitglieder des Board of Trustees, darunter Nelson Rockefeller, einen Entwurf davon gesehen hatten. Die »Art Workers Coalition« hat auf eigene Kosten 50.000 Stück davon gedruckt und in Umlauf gebracht. Mitglieder der AWC haben das Poster im MoMa neben dem damals dort gezeigten Picasso-Gemälde »Guernica« platziert.

Inwieweit Hans Haacke an der Entstehung dieses Posters beteiligt war, konnte ich nicht sicher klären. Jedenfalls bewegte er sich im direkten Umfeld der beteiligten Künstler_innen und war Teil der unmittelbaren Proteste wie zum Beispiel den sit-ins im MoMa. In unserem Zusammenhang ist es in zweierlei Hinsicht nützlich. Zum einen ist es ein Anti-Kriegs-Statement in Form einer Wort-Bild-Kombination, und daher für einen Vergleich mit »Die Fahne hoch!«, zu dem ich später noch zurückkomme, nützlich. Zum anderen ist es ein Baustein, der hilft zu erklären, wie Hans Haacke seinen Weg zu politischen Arbeiten, die sich vielfach der Schrift bedienen, gefunden hat.

»Information« - The Museum of Modern Art, New York, 2.7.1970 – 20.9.1970

Im Sommer 1970 ist Hans Haacke mit zahlreichen jungen Künstler_innen eingeladen, an der Ausstellung mit dem Titel »Information« im Museum of Modern Art New York teilzunehmen. Die Ausstellung ist angekündigt als „international report on recent activity of young artists“ und im Katalog zur Ausstellung findet sich folgende Eigendefinition:

»Many of the highly intellectual and serious young artists represented here have addressed themselves to the question of how to create an art that reaches out to an

audience larger than that which has been interested in contemporary art in the last few decades,« Mr. Mc Shine says. »Their attempt to be poetic and imaginative, without being either aloof or condescending, has led them into the communications areas that INFORMATION reflects. The only common denominator is that all are trying to extend the idea of art beyond traditional categories.«¹³⁰

Hans Haacke hatte angekündigt, sein Beitrag »MoMA-Poll« sei eine Besucherbefragung mit einer einfachen Ja/Nein Frage, ermittelt durch ein automatisches, elektronisches Zählwerk im Eingangsbereich der Ausstellung. Die konkrete Frage hatte er bis zum Vorabend der Ausstellung für sich behalten. Sie lautete nämlich:

Question:

Would the fact that Governor Rockefeller has not denounced President Nixon's Indochina policy be a reason for you not to vote for him in November?

Answer:

*If 'yes'
please cast your ballot into the left box
if 'no'
into the right box.*

Die Wahlurnen für die Stimmzettel waren transparent, zusätzlich wurde der vorläufige Stand durch das automatische Zählwerk permanent angezeigt. Die Wahlzettel, die an der Kasse ausgehändigt wurden, waren farblich codiert, je nachdem ob jemand Museumsmitglied war, regulär bezahlte oder sonstige Vergünstigungen bekam.

Nelson Rockefeller, der in der Frage gemeinte Gouverneur des Staates New York, war ein ehemaliger Direktor des MoMa, und Bruder des Vorsitzenden des Board of Trustees des MoMa, dem Bankier David Rockefeller. Die Frage war an diesem besonderen Ort also ortsspezifisch, hoch politisch, und zurecht bis zuletzt von Haacke geheim gehalten worden. Andernfalls hätte er

130 The Museum of Modern Art, »Information«, Catalogue No. 69, New York, 1970, S. 1, (http://www.moma.org/pdfs/docs/press_archives/4483/releases/MOMA_1970_July-December_0003_69.pdf?2010)

sie wohl nicht stellen können.

Nicht amtliches Endergebnis:¹³¹

»yes«: 25.566 Stimmen (68,7%)

»no«: 11.563 Stimmen (31,3%)

Die »INFORMATION«-Ausstellung gilt als die erste, große Konzept-Kunst Ausstellung in den USA. Innerhalb von Hans Haackes Gesamtwerk ist diese Arbeit die erste, die Text als Werkzeug benutzt.

Text als Werkzeug

Diese Künstler_innenkohorte wollte das 'art-establishment' dekonstruieren, Kunst entauratisieren, mit dem Fetischcharakter der Werke als Waren brechen, und konsequenter Weise selbst nicht als geniale Autor_innen oder Meister_innen überhöht werden. Die Gesellschaft war nicht nur Absatzmarkt oder zu analysierendes Objekt, wie Haackes Befragung vermuten lässt, sondern wurde verstanden als integraler, das Werk erst vollendender Akteur eines kulturellen Aushandlungsprozesses, zu dem auch die Kunst zählt.

Die Politisierung Haackes in der Zeit des Vietnam Krieges hat ihn nach eigener Aussage zur Implementierung von Text in seinen Arbeiten geführt.

*"I became politicized, like a lot of people. As I had been dealing with what I considered, at the time, to be physical and biological 'systems' it appeared to be only logical, from the point of view of general system theory, and particularly in view of what was happening in the social arena, also to address social issues. That seemed to require a shift in medium ... That led me to the incorporation of words. Our social relations are structured and largely intelligible through verbal constructs. This development in my work coincided with the influx of words into the art scene of the period."*¹³²

In einem Interview mit der Zeitschrift »Texte zur Kunst« sagt Hans Haacke, dass in der MoMA-

131 Hans Haacke, „wirklich – Werke 1956-2006“, Herausgeber Robert Fleck und Matthias Flügge, Richter Verlag, Düsseldorf 2006, S. 259

132 Irving Sandler, "Art of the post-modern era: From the Late 1960s to the Early 1990s", Westview Press Inc., 1996, zitiert nach: http://ewaneumann.com/websites/haacke/hans_haacke.html

Ausstellung »Information« „viel geschriebenes an den Wänden hing“, und sein »MoMA-Poll« „dem Genre der Ausstellung entsprach“.

„Brecht und Benjamin hatten ja schon Anfang der dreißiger Jahre entdeckt, daß ein Foto der Kruppwerke oder der AEG nichts Wesentliches über diese Institute hergibt.“¹³³

Er bezieht sich dabei auf Zeilen Bert Brechts aus dem »Dreigroschenprozeß«: „Die Lage wird dadurch so kompliziert, daß weniger denn je eine einfache »Wiedergabe der Realität« etwas über die Realität aussagt. Eine Photographie der Kruppwerke oder der AEG ergibt beinahe nichts über diese Institute. Die eigentliche Realität ist in die Funktionale gerutscht. Die Verdinglichung der menschlichen Beziehungen, also etwa die Fabrik, gibt die letzteren nicht mehr heraus. Es ist also tatsächlich »etwas aufzubauen«, etwas »Künstliches«, »Gestelltes«.“¹³⁴ Walter Benjamin greift Brechts Zitat in seinem Aufsatz „Kleine Geschichte der Photographie“ ebenfalls auf, und lässt darauf den Satz folgen: „Wegbereiter einer solchen photographischen Konstruktion herangebildet zu haben, ist das Verdienst der Surrealisten.“¹³⁵

133 Hans Haacke in: »Texte zur Kunst«, Dezember 1992, 2. Jahrgang Nr. 8, S. 58

134 Bertolt Brecht, „Der Dreigroschenprozeß“, in: Gesammelte Werke, Band 18, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1967, S. 161

135 Walter Benjamin, „Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit“, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1963, S.63

Vorbilder?

Für politische Arbeiten, die Text verwenden, um Aussagen zu transportieren gibt es natürlich diverse historische Vorfahren. John Heartfields »Der Sinn des Hitlergrusses« etwa, das Hitler mit nach hinten über Kopf gehaltener Hand zeigt, in die ein übergroßer Gönner Geldscheine legt; darunter steht der Text:

Motto: Millionen stehen hinter mir. Kleiner Mann bittet um große Gaben.

Oder die Fotomontage die eine Familie am Tisch sitzend zeigt, alle verschlingen diverses Metall, Fahrradteile, eine Axt, Gewichte, Schrauben und Kabel, mit dem dazugehörigen Text:

Hurra, die Butter ist alle!

Goering in seiner Hamburger Rede: „Erz hat stets ein Reich stark gemacht, Butter und Schmalz haben höchstens ein Volk fett gemacht“.

Arbeiten wie diese sind nicht nur Beispiel für Bild-Text-Kompositionen von Künstlern, sondern zeigen auch ein schon in den frühen 30iger Jahren vorhandenes Wissen über die wahren Zusammenhänge zwischen dem Nazi-Regime, ihren Geldgebern und Profiteuren.

Auch die Kapitalismuskritik des bedeutendsten niederländischen Malers des 16. Jahrhunderts, Pieter Bruegel (geb. 1525-1530, gestorben 1569) kommt auf uns in Form einer Bild-Text-Kombination. »Der Kampf der Geldkisten und Sparbüchsen« zeigt Geldbehältnisse mit menschlichen Gliedern, die sich gegenseitig abschlachten und dabei Geld bluten. Dieser völlig entgrenzte Kampf aller gegen alle, ist von einem lateinischen Text begleitet, der übersetzt bedeutet:

Vorwärts! Ihr Sparbüchsen, Geldbeutel und Geldkisten, es ist alles für Geld und Güter, dieses Kämpfen und Streiten. Wenn Dir jemand einredet, es sei anders, glaub es nicht. Deswegen folgen wir diesem Banner, das uns nie verlassen hat. Man versucht Aktionen zu finden, um uns stillzuhalten, aber es gäbe nie einen Krieg, wenn es nichts zu rauben gäbe.¹³⁶

Die Liste ließe sich fortsetzen (man denke z.B. an die mittelalterliche Buchmalerei), es soll an dieser Stelle jedoch lediglich verdeutlicht werden, dass weder Kapitalismuskritik noch die Verwendung von Wort-Bild-Kombinationen im Feld der Kunst ein Novum der 1970er-Jahre oder des frühen 20. Jahrhunderts sind.

136 Aspekte zur Geschichte der Kunst, Vorlesung an der Univ. f. angew. Kunst, Wien, Skriptdownload: (www.angewandtekunstgeschichte.net)

Vergleich und Resümee

»And babies.« und »Die Fahne hoch!« sind beides Arbeiten mit explizit politischem Inhalt. In beidem Fällen sind Krieg und Waffen Thema. Beide kombinieren Bild und Text, die Darstellung ist einmal drastisch (»And babies.«) einmal spröde (»Die Fahne hoch!«). Die Reaktionen auf die Arbeiten sind dementsprechend divergierend: einmal aufröhrend, das andere mal zum Forschen auffordernd.

Die Drastik von »And babies« schockiert. Tote Menschen werden gezeigt, und es ist klar, dass jemand dahinter den Finger am Abzug betätigte. Ein konkretes Geschehen zu einem spezifischen Zeitpunkt wurde auf einem Bild festgehalten. Es ist geeignet, Anklage zu erheben, gegen jene Mörder, die die Waffen bedienten, und dabei nicht einmal das Leben von Babies schonten. Es ist aufröhrend und verleitet zu einer ebenso kämpferischen Opposition gegen die herrschenden Verhältnisse. Eine distanzierte Haltung, die versucht die Aussage des Bildes zu relativieren, abzulehnen, ist kaum denkbar, handelt es sich doch um einen dokumentarischen Tatsachenbericht, und nicht um eine, erst durch den künstlerischen Eingriff in einen Zusammenhang gebrachte Kombination von Wort und Bild. Die Aussage des Soldaten und das darunter liegende Bild sind zwei medial verschiedene Ausdrucksformen der selben Geschichte. Dazwischen ist kein Platz für Interpretation.

»Die Fahne hoch!« ruft zum Appell – die Todesschwadronen in den Irak – und die Bezüge zum Nationalsozialismus, mit SS-Totenkopf und Frakturschrift auf gehissten Fahnen lassen nicht zu, dass die Betrachter_innen diesem Appell bereitwillig folge leisten, sich mobilisieren. Im Gegenteil, dieser Appell muss geradezu eine Abwehrhaltung hervorrufen, die bei längerer Überlegung zu der Frage führt, wo die Position der Betrachter_innen liegt. Das spröde Werk sieht zwar auf den ersten Blick wie eine eindeutige Schuldzuweisung an die Deutsche Industrie aus, die Bezüge zur Geschichte, sowohl über die Ästhetik des Nationalsozialismus, als auch durch die Spezifik des Ortes, schließen aber die Betrachter_innen – als durch die Geschichte gewordene Wesen – mit ein. Wer kann am Münchner Königsplatz stehend sagen, er oder sie sei nicht Teil der (deutschen) Geschichte, nicht auch Teil der (deutschen) Industrie oder des (deutschen) Staats- und Wirtschaftswesens?

Diese Kunst fordert zum Forschen auf. Sie gibt Anlass zu der Frage, ob den hergestellten Bezügen zwischen Vergangenheit und Gegenwart zuzustimmen ist oder nicht. Zwischen der Ästhetik des

Nationalsozialismus, dem SS-Totenkopf und dem Appell „Deutsche Industrie im Irak“ klafft eine Raum-Zeit-Lücke, die den Betrachter_innen zur Interpretation überlassen wird. Somit ist das Werk geeignet, eine Diskussion in Gang zu setzen (sofern eine Öffentlichkeit vorhanden ist, die bereit ist, sich auf eine Diskussion einzulassen).

„Ich bemühe mich, Materialien zu liefern, die dazu auffordern, über die Vergangenheit, ihre Verlängerung in die Gegenwart und die Situation, in der wir heute stecken, noch einmal nachzudenken.“¹³⁷

Hans Haacke 1992

Kunst im öffentlichen Raum – Kunst für Öffentlichkeit

„Ich empfehle Brechts »Fünf Schwierigkeiten beim Schreiben der Wahrheit« neu zu lesen. Wenn Sie meine Arbeiten daraufhin ansehen, in welchem Kontext sie zum ersten Mal gezeigt worden sind, dann werden Sie merken, daß ich im öffentlichen Raum mit seinem enormen, aber an der Kunst nur marginal interessierten Publikum anders vorgehe als in Museen und Galerien.“¹³⁸

Dass Hans Haacke nicht Kunst um der Kunst willen – im Sinne des interesselosen Wohlgefallens – betreibt, bedarf an dieser Stelle keiner weiteren Vertiefung. Sein Betätigungsfeld ist aber unbestritten innerhalb jenes Bezugsrahmens, dem eine spezielle Aufmerksamkeit zuteil wird, weil er in einer kulturellen Tradition künstlerischer Äußerungen liegt. Wie er selbst zu verstehen gibt, ist er nicht bereit, das Feld kampflos zu räumen. Seine Einladung auf den Königsplatz ist zweifellos das Verdienst eines anhaltenden Kampfes um Zugang zu protektierten Bereichen, wie dem Museum oder öffentlichen Plätzen, und um die Behauptung der Autonomie eines Künstlers bei der Schaffung seiner Werke. Ober mit Bourdieu gesprochen, hat sich Haacke das soziale Kapital im Kunstbetrieb erarbeitet, um auf das kulturelle Kapital (das Museum beziehungsweise die öffentliche Präsentation von Kunst im Allgemeinen) seinen Einfluss ausüben zu können. In diesem Sinne hat er sich – nach meinem Verständnis – um die Kunst und um der Kunst willen hoch verdient gemacht. Gerade weil er die Schauplätze der (kulturellen) Macht nicht meidet, sondern den Zugang dorthin für sich und andere erfolgreich reklamiert.

137 Hans Haacke in: »Texte zur Kunst«, Dezember 1992, 2. Jahrgang Nr. 8, S. 54

138 ebenda, S. 60

Dieser Anspruch musste erst erkämpft werden. Betrachtet man zum Beispiel den Münchener Königsplatz, einen Ort aristokratischer Repräsentation, dann ist leicht zu verstehen, dass Kunst im öffentlichen Raum, die nicht ortsgebunden ist, also überall ausgestellt werden könnte, eine Zeit lang die bürgerliche Wunschvorstellung der Autonomie einer interesselosen Kunst verkörpern vermochte. Die Definitionsmacht des Kapitals über den Kunstmarkt lehrt uns aber immer wieder, dass die Absenz von Interessen nie gegeben ist. Symbolische Macht verschwindet auch nicht, indem man versucht, sie zu ignorieren oder ihre Erscheinungsformen für veraltet erklärt.

Die Rückkehr von Kunst an einen spezifischen Ort, die Ortsbindung, und damit die Bezugnahme auf Geschichte, Politik und Gesellschaft (des Ortes) kann abermals nur als immanent politisch begriffen werden. Der grundlegende Unterschied aber ist, im diskutierten Fall geht die (zeitlich begrenzte) künstlerische Manifestation nicht von einem Herrscher von Gottes Gnaden aus, sondern nimmt die Position eines Autonomen ein, der – wie Zola – es wagt zu schreiben: „Ich klage an!“.

Was ist das Kunstwerk (für mich)?

Hans Haackes Arbeit hat mir ermöglicht, mich mehrere Monate eingehend mit offenen Fragen zu beschäftigen. Geschichte, die ich in meiner Schulzeit nicht gelernt habe. Ich habe zumindest die Oberfläche einiger historischer Faktenwahrheiten für mich entstaubt und Kontinuitäten entdeckt, die nie abrissen.

Ich bin überzeugt, dass die ernsthafte Analyse eines Kunstwerks verlangt, den Versuch zu unternehmen, Einblick zu erlangen, und Disziplinengrenzen nicht als Hindernis zu begreifen. Denn wie schon Buckminster Fuller bemerkte:

„Aus »Teile und herrsche« folgt »Geteilt sein heißt beherrscht sein«. Spezialisiert sein heißt beherrscht sein. Spezialisierung, in der die Menschheit befangen ist, wurde von den bewaffneten Analphabeten, den Eroberern von gestern, erfunden. Die Aufteilung der Menschen auf verschiedene Länder machte es ihnen leicht zu herrschen.“¹³⁹

Ich verstehe Haackes Werk als Bildungsauftrag an mich selbst, denn als ich versuchte zu

139 Buckminster Fuller, „Das totale Kommunikationssystem des Menschen“, erstmals 1970, hier zitiert von: „Bedienungsanleitung für das Raumschiff Erde und andere Schriften“, herausgegeben von Joachim Krausse, Verlag der Kunst, Dresden 1998, S. 151

beschreiben was es ist, musste ich beginnen zu lernen.

Bild und Schrift auf Haackes Fahnen bringen eine dumpfe Saite im kollektiven Gedächtnis zum klingen. Auf den ersten Blick sehen wir eine Repräsentation von Zeitgeschehen, die aber weit über die Darstellung eines Augenblicks hinausgeht. So macht das Werk empfindsam für die Wirkmächtigkeit von Vergangenheit in der Gegenwart. Versucht wird, Zeugnis darüber abzulegen, dass die Vergangenheit nicht vergangen ist. Zwar wird kein zeitlicher Ablauf nach Art einer Abfolge von Ereignissen illustriert, es wird keine Geschichte erzählt, (wie ich es mit Worten tue). Vielmehr wird die Präsenz der Vergangenheit – die mit der Architektur an diesem Platz ohnehin vorhanden ist, aber sich durch die gebaute Selbstverständlichkeit einer bewussten Wahrnehmung entzieht – in der Gegenwart durch das Flaggenwerk imposant deutlich.

Was auch immer an Wissen und – über Bilder vermittelte – Empfindungen über die SS und den Nationalsozialismus, den Kapitalismus und die Staatsräson Rüstung bei den Betrachter_innen vorhanden ist, von Haackes Fahnen wird dieses empathische Wissen angesprochen. Inwieweit die Rolle der Deutschen Industrie im Irak mit der SS und ihren Gönnern und Günstlingen in Einklang gebracht werden kann, entscheidet letztlich jeder für sich, auf der Grundlage des vorhandenen Wissens, aber auch vor dem Hintergrund der aktuellen, politischen und wirtschaftlichen Debatten, die es gestatten, oder auch verunmöglichen können, derartige Parallelen zu ziehen.

Die Reporter_innen des »Spiegel« rühmen sich zurecht ihrer aufdeckerischen Leistungen, die deutsche Hilfe beim Bau von Giftgas-, Atom- und anderen Waffensystemen wäre ohne ihre Arbeit wohl kaum einer breiteren Öffentlichkeit bekannt geworden. Dabei aber eine Analogie zur skrupellosen Verfahrensweise der großindustriellen Akteure im Nationalsozialismus zu ziehen, und sei es nur in einem Nebensatz, wäre eine, für Journalist_innen völlig unakzeptable Anmaßung, die die sofortige Stornierung von Werbeanzeigen im jeweiligen Magazin zur Folge hätte.

Ein derartiger Kommentar, der als unzulässige Einmischung und schädigende Beeinträchtigung der aktuellen Agenden der Wirtschaftspolitik zurückgewiesen werden würde, obliegt unabhängigen Künstler_innen (und den mutigen/unabhängigen Wissenschaftler_innen), die sich den spezifischen Mitteln ihres Faches bedienen können, um aufzuzeigen, was für jene, die in direkter Abhängigkeit stehen, unmöglich ist.

„Die Kanalisierung von Bewußtsein ist nicht nur in Diktaturen verbreitet, sondern auch in liberalen Ländern. Eine solche Behauptung mag ungeheuerlich klingen, will doch der Volksglaube, daß es dergleichen nicht gibt. Eine solche Behauptung mag auch als Versuch mißverstanden werden, die Brutalität herunterzuspielen, mit der totalitären Regimes die Einhaltung normgerechten Verhaltens durchsetzen, und sie mag zu dem Mißverständnis führen, man meine, überall werde mit der gleichen Gemeinheit unterdrückt. In nicht-diktatorischen Gesellschaften muß die Einführung und Aufrechterhaltung einer bestimmten Denk- und Sichtweise sehr subtil gehandhabt werden, wenn sie erfolgreich sein soll. Es muß natürlich erscheinen, Toleranzgrenzen für abweichende Meinungen nicht zu überschreiten.“¹⁴⁰

Von der subtilen Repression abgesehen, die sich aus der finanziellen Abhängigkeit der 'unabhängigen' Presse ergibt, ist in Worten auch nicht transkribierbar, was Haacke mit Ästhetik erreicht. Reporter_innen des »Spiegel«, die in einem kapitalismuskritischen Nebensatz eine Analogie zwischen NS und 1991 behaupten wollten, kämen sicher in Schwierigkeiten, wenn sie – wie ich – für die Begründung dieser Aussage mindestens 200.000 Zeichen bräuchten.

Der Text, auch diese Diplomarbeit, ist eine andere mediale Vermittlung und damit Konstruktion von Welt, und darf nicht als Übersetzung des Kunstwerks von einem ins andere Medium verstanden werden. Was über das Werk gesagt werden kann, ist nicht identisch im Sinne einer sprachlichen Übersetzung mit dem Werk selbst, auch wenn das Werk und das Sprechen darüber in unserer Wahrnehmung zusammenfließen.

Ich habe Ausschnitte aus der Genealogie der Beziehung von SS und Industrie, sowie von den Ereignissen rund um die Aufrüstung Saddam-Husseins nacherzählt, um einzugrenzen, welches vorhandene Wissen in diesem Werk repräsentiert sein könnte. Diese sprachverfasste Form einer Wahrnehmung, das sei an dieser Stelle festgehalten, hat, auch wenn sie sich an vielen Stellen schlichter Fakten bedient, letztlich den Charakter einer kunstvollen Überredung.

Das Kunstwerk aber – in diesem Fall die Verbindung von ikonischen und verbalen Zeichen – liefert nichts abgeschlossenes, sondern vollendet seine Wahrheit erst innerhalb der und zwischen den Betrachter_innen.

140 Hans Haacke, „Museen – Manager des Bewußtseins“, New York, August 1983, in: „Das Museum als Arena – Institutionskritische Texte von KünstlerInnen“, herausgegeben von Christian Kravagna und Kunsthaus Bregenz, Verlag Buchhandlung Walter König, Köln 2001, S. 143

Literaturverzeichnis

Götz Aly, „Hitlers Volksstaat“, S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2005

Hannah Arendt „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“, erstmals »The Origins of Totalitarianism«, New York 1951, Piper Verlag, München 1996

Hannah Arendt, „Wahrheit und Politik“ in „Wahrheit und Lüge in der Politik“, erstmals 1967, Piper Verlag, München 2013

Edward Bernays, „Propaganda – Die Kunst der Public Relations“, erstmals 1928, deutsche Ausgabe bei Orange Press, Kempten 2007

Walter Benjamin, „Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit“, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1963

Pierre Bourdieu & Hans Haacke, „Freier Austausch – Für die Unabhängigkeit der Phantasie und des Denkens“, S. Fischer Verlag GmbH, Frankfurt am Main, 1995

Pierre Bourdieu, „Zur Soziologie der symbolischen Formen“, Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 1970

Bertolt Brecht, „Gesammelte Werke“, Band 18, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1967

Bernt Engelmann, „Auf gut deutsch – Ein Bernt Engelmann Lesebuch“, C. Bertelsmann Verlag, München 1981

Bernt Engelmann „Weissbuch: Frieden“, Kiepenheuer & Witsch, Köln 1982

Bernt Engelmann „Wie wir wurden, was wir sind – Von der bedingungslosen Kapitulation zur unbedingten Wiederbewaffnung“, Goldmann, München 1982

Sam Perlo-Freeman, Carina Solmirano, SIPRI Fact Sheet, „Trends in World Military Expenditure, 2013“, Solna, Sweden, April 2014, (<http://books.sipri.org/files/FS/SIPRIFS1404.pdf>)

Buckminster Fuller, „Bedienungsanleitung für das Raumschiff Erde und andere Schriften“, herausgegeben von Joachim Krausse, Verlag der Kunst, Dresden 1998

Michael Geyer, „Deutsche Rüstungspolitik 1860 – 1980“, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1984

Jürgen Grässlin, „Schwarzbuch Waffenhandel – Wie Deutschland am Krieg verdient“, Wilhelm Heyne Verlag, München 2013

Hans Haacke, „Standortkultur, Das Politische und die Kunst“, Herausgegeben von der Fakultät Gestaltung der Bauhaus-Universität Weimar anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde an Hans Haacke, Verlag Bauhaus-Universität Weimar 1998

Gabriele Hoffmann, „Art into Society – Society into Art“, Verlag und Datenbank für Geisteswissenschaften, Weimar 2011

Heinz Höhne, „Der Orden unter dem Totenkopf – Die Geschichte der SS“, zitiert nach: »Der Spiegel« 46/1966, 7.11.1966; (<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-46414893.html>)

Peter Köpf, „Der Königsplatz in München: ein deutscher Ort“, Ch. Links Verlag, Berlin 2005

Hans Leyendecker, „Die Giftgaslieferungen an den Irak waren kein Zufall – Deutsche Waffenexporte in den nahen Osten“, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 3/1991

Thomas Alan Schwartz, „Die Begnadigung deutscher Kriegsverbrecher. John J. McCloy und die Häftlinge von Landsberg“, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben von K.Bracher, H. Schwarz, 38.Jahrgang 1990, Heft 3, R. Oldenburg Verlag München

Sammelbände

„Art and social change – a critical reader“, Hrsg: W. Bradley, Ch. Esche; Tate Publishing, London 2007)

„Bayerische Geschichte in Wissenschaft und Unterricht“, Münchener Universitätsschriften, Herausgeberin Monika Fenn, in der Reihe: Münchener Kontaktstudium Geschichte, Band 14, Herausgeber Hans Michael Körner, Herbert Utz Verlag, München 2011

„Das Museum als Arena – Institutionskritische Texte von KünstlerInnen“, herausgegeben von Christian Kravagna und Kunsthaus Bregenz, Verlag Buchhandlung Walter König, Köln 2001

„Die Kunst des Vernetzens: Festschrift für Wolfgang Hempel“, Band 9 der Schriftenreihe des Wilhelm-Fraenger-Instituts Potsdam, Herausgeber Botho Brachmann, Verlag für Berlin-Brandenburg, 2006

„München - »Hauptstadt der Bewegung«: Bayerns Metropole und der Nationalsozialismus“, Herausgeber: Richard Bauer, Hans Günther Hockerts, Brigitte Schütz, Wolfgang Till, Walter Ziegler; Klinkhardt und Biermann, München 1993

„Trials of War Criminals before the Nuernberg Military Tribunals under control council law no. 10“, Nuernberg October 1946-April 1949, Volume VI „The Flick Case“, United States Government Printing Office Washington, 1952,

Ausstellungskataloge

„ArgusAuge“, Herausgeber Werner Fenz, Copyright bei den Autoren und Städtische Galerie im Lenbachhaus München, Weber Offset, München 1991

The Museum of Modern Art, »Information«, Catalogue No. 69, New York, 1970

„Hans Haacke – Bodenlos“, Herausgeber Klaus Bußmann, Florian Matzner, im Auftrag des Auswertigen Amtes in Bonn anlässlich der Biennale Venedig 1993

Hans Haacke, „wirklich – Werke 1956-2006“, Herausgeber Robert Fleck und Matthias Flügge, Richter Verlag, Düsseldorf 2006

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Hans Haacke, »Die Fahne hoch!«, München Königsplatz 1991, Rechte bei Hans Haacke, gescannt aus:
„Hans Haacke – Bodenlos“, Herausgeber Klaus Bußmann, Florian Matzner, im Auftrag des Auswertigen
Amtes in Bonn anlässlich der Biennale Venedig 1993

Abb. 2: ebenda

Abb. 3: ebenda

Abb. 4: ebenda

Abb. 5: Skull & Bones Logo, Universität Yale, USA, (http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bones_logo.jpg)

Abb. 6: FC St. Pauli Totenkopffahne, FC St. Pauli Hamburg, BRD, (<http://fc-st-pauli-wallpaper.softonic.de/>)

Abb. 7: Sea Shepherd Fahne, Sea Shepherd Conservation Society, Friday Harbor, Washington,
USA, http://de.wikipedia.org/wiki/Sea_Shepherd_Conservation_Society

Abb. 8: Art Workers Coalition & R. L. Haeberle, The "And babies" poster, 63,5 x 96,5 cm, New York 1969,
(http://www.moma.org/collection/object.php?object_id=7272), sowie:
(http://en.wikipedia.org/wiki/File:And_Babies.jpg) The picture itself is in the public domain (work of a
US combat photographer). The added lettering to create the poster (probably) makes it an original work
of art, although it's unclear who owns the copyright. It was widely reproduced by newspapers,
magazines etc..